

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	10
Klima & Energie	11
Konsum & Verbraucherschutz	15
Landwirtschaft & Gentechnik	16
Naturschutz & Biodiversität	18
Stadt & Region	20
Tierschutz & Ethik	21
Umweltpolitik & Umweltrecht	21
Verkehr & Tourismus	24
Wasser & Meere	25
Wirtschaft & Ressourcen	27

VERBÄNDE



Thema: Muslime und Ökologie	30
DNR intern	31
Aus den Verbänden	31
Ehrenamt	32

SERVICE

Rezensionen	33
Internet	34
Neu erschienen	35
Impressum	35
Termine	36

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	37
Wertevermittlung im Elementarbereich	
Schwerpunkt: Globales Lernen	

THEMEN DES MONATS

Langfristige Umweltpolitik

Gretchenfrage Umweltschutz

**Der EU-Ministerrat erteilt ein klares Mandat für eine
Neuaufgabe des EU-Umweltaktionsprogramms**

Seite 2

Olympische Winterspiele

Der Blick aufs Ganze

**Der Deutsche Alpenverein engagiert sich in der
Bewerbungsgesellschaft für München 2018**

Seite 4

Volkswirtschaft

Mehr Umwelt in die Finanzen!

**2011 ist ein entscheidendes Jahr für die Ökologisierung der
europäischen Wirtschaftspolitik**

Seite 6

Interview: Gebäudeenergieeffizienz

„Die Regierung scheut das Ordnungsrecht“

**Auch Deutschlands Mietervertretungen wollen die
Gebäudesanierung – aber nicht auf dem Rücken der Mieter**

Seite 14

Religion

Wie ökologisch ist der Islam?

**Der Schutz der Natur ist in der islamischen Ethik verwurzelt,
Muslime haben aber erst begonnen ihn zu entdecken**

Seite 30

Langfristige EU-Umweltpolitik

Gretchenfrage Umweltschutz

Der EU-Ministerrat erteilt ein klares Mandat für eine Neuauflage des EU-Umweltaktionsprogramms

Die EU-Kommission soll ein neues langfristiges Programm für die europäische Umweltpolitik vorlegen. Bisher hat sie den Prozess verzögert. Doch an den Debatten um ein 7. Umweltaktionsprogramm wird sich zeigen, ob die europäische Umweltpolitik noch zu eigenständigen und weitreichenden Impulsen in der Lage ist. ■ VON CHRISTIAN HEY, SRU

Seit dem einstimmigen Beschluss des Umweltministerrates vom 20. Dezember 2010 kann man wohl endlich mit Sicherheit davon ausgehen, dass es ein 7. Umweltaktionsprogramm (UAP) geben wird. Das Mandat der UmweltministerInnen ist eindeutig und anspruchsvoll. Der Beschluss greift wesentliche Forderungen aus den letzten Monaten auf, wie eine Zeitperspektive bis 2050, die Festlegung the-

matischer Schwerpunkte oder die Betonung einer zielorientierten Umweltpolitik für mehr Kohärenz und bessere Umweltintegration. Die Zeit des Zögerns der Europäischen Kommission ist damit vorbei. Einem solchen Mandat kann sie sich nicht ernsthaft verschließen.

Das Mandat kommt gerade noch rechtzeitig. Betrachtet man die Erfahrungen aus dem 6. Umweltaktionsprogramm, so ist die sorgfältige Vorbereitung, die sich sowohl auf eine breite Diskussion als auch auf neuere wissenschaftliche Erkenntnisse stützt, eine Erfolgsvoraussetzung. Da diese Vorbereitung vor zehn Jahren beim 6. UAP versäumt worden war, musste sie – zumindest für die darin enthaltenen thematischen Strategien – später nachgeholt werden. Ohne solide Vorbereitung kann es auch kein Programm geben, von dem eigenständige und weitreichende Impulse für die europäische Umweltpolitik in der nächste Dekade ausgehen. Es bedarf keiner umfassenden wissenschaftlichen Auswertung des 6. Umweltaktionsprogramms, um zu so einer grundlegenden Erkenntnis zu kommen.

Fragwürdige Gegenargumente der EU-Kommission

Dennoch lohnt sich ein kritischer Blick auf das, was die Europäische Kommission zögern lässt. Die Kommission begründet ihre Position mit zwei zentralen Argumenten.

Da ist zum einen die fast banale Feststellung, dass ein Programm, das alle fünf bis zehn Jahre formuliert wird, für einige aktuelle Weichenstellungen zu früh oder zu spät kommt. Das hätte die bisherigen sechs Umweltaktionsprogramme aber genauso infrage gestellt. Sicher wird die Verabschie-

dung des 7. Umweltaktionsprogramms für die großen politischen Entscheidungen von 2011 und 2012 zu spät kommen: für das Flaggshipprojekt Ressourceneffizienz, die Road Map 2050 für einen CO₂-armen Energiesektor, die Agrarreform oder das mittelfristige Budget. Zugleich stellt sich aber die Frage, worin die Legitimation der Generaldirektion Umwelt bestünde, in den kommissionsinternen Vorbereitungen zu diesen Strategien auch eine umweltpolitische Langfristperspektive einzubringen und mehr als das Erreichte zu verteidigen. Selbst „Ziele im Werden“, die sich in der Debatte um die Konturen eines 7. Umweltaktionsprogramms herauskristalisieren, sind eher geeignet, eine breite und zukunftsorientierte Legitimation zu liefern als der defensive Rückzug auf den Status quo. Und selbst wenn die großen Strategien den allgemeinen Rahmen abgesteckt haben sollten, gibt es für die Umweltpolitik noch viel zu tun. Die Wahrheit steckt bekanntlich im Vollzug.

Mit ihrem zweiten Hauptargument begibt sich die Kommission auf eine EU-vertragsrechtlich brisante Argumentationslinie. Der Vertrag von Amsterdam gibt Ministerrat und Parlament seit 1999 ein Mitspracherecht bei der Entscheidung über Umweltaktionsprogramme. Das schafft ein Spannungsverhältnis zum ebenfalls vertraglich gesicherten „Initiativmonopol“ der Europäischen Kommission, einem zugesicherten Privileg, das zu den Erfolgsgeschichten der europäischen Integration und der europäischen Umweltpolitik wesentlich beitragen hat. Dennoch ist es nicht ohne Brisanz, dass ausgerechnet die Kommission als „Hüterin der Verträge“ den Beteiligungswunsch des europäischen Souveräns als Problem formuliert. Offiziell

Umweltaktionsprogramme

Seit 1974 legt die Europäische Union – damals noch als Europäische Wirtschaftsgemeinschaft – ihre mittelfristigen umweltpolitischen Ziele in sogenannten Umweltaktionsprogrammen (UAP) fest. Die Programme setzen einen übergeordneten Rahmen für die EU-Umweltpolitik der jeweils nächsten zehn Jahre. Dazu benennen sie Prioritätsbereiche und Ziele, in manchen Fällen auch Zeitpläne.

Zurzeit läuft das 6. UAP, das von 2002 bis 2012 gilt. Es ist das erste Programm, das im Mitentscheidungsverfahren verabschiedet wurde – also unter gleichberechtigter Beteiligung von Ministerrat und Parlament. Es hat damit einen rechtlich bindenden Charakter und stellt unter anderem den ökologischen Eckpfeiler der Strategie zu Nachhaltiger Entwicklung der EU dar. Klimawandel, Natur und Artenvielfalt, Umwelt und Gesundheit sowie Rohstoffe und Abfall sind im 6. UAP als Prioritätsbereiche definiert. Außerdem umfasst es thematische Strategien zu Luft, Abfallvermeidung und -recycling, Boden, Pestiziden, Meeresschutz, städtischer Umwelt und Rohstoffen.

lässt sich eine solche Argumentation nicht durchhalten und wird einen unnötigen Konflikt zwischen Rat und Parlament auf der einen und der Kommission auf der anderen Seite provozieren!

Wenn also die beiden zentralen vorgebrachten Argumente nicht besonders überzeugen, wo liegt dann das eigentliche Problem?

Das Dilemma der Umweltpolitik

Die These sei gewagt: Nach 40 Jahren befindet sich die nationale und europäische Umweltpolitik an einem Wendepunkt und in einem Dilemma. In ihrem begrenzten Wirkungskreis war sie in der Summe erfolgreich, für manche Kreise sogar zu erfolgreich. Gemessen an der Größe der Herausforderungen ist aber der Wirkkreis der Umweltpolitik zu begrenzt. Hieraus entspringt der jahrzehntealte, aber nur in Teilbereichen erhörte Ruf nach der Integration der Umweltbelange in andere Politikbereiche, vor allem in die Energie-, Verkehrs- und Agrarpolitik.

Der zentrale Ansatz der europäischen Umweltpolitik ist ein regulativer und an Schutzgütern orientierter: Die Politik formuliert Ziele und Nutzungsgrenzen für die verschiedenen Schutzgüter und Umweltmedien und hat damit einen unpopulär defensiven Ansatz. Der Ruf nach Bürokratieabbau zielt letztlich immer auch auf die Lockerungen der Grenzziehungen, zuletzt und besonders heftig beim Naturschutz und der Luftreinhaltungspolitik. Der Druck auf die europäische Umweltpolitik wird regelmäßig in ökonomischen Phasen der Rezession besonders stark. Er hat sich zweifelsohne auch wegen der Erweiterung der EU durch Staaten verstärkt, die zunächst den Anschluss an das Wohlstandsniveau der alten Mitgliedstaaten anstreben.

Die Ökonomisierung der Umweltdebatte hat ihren Preis

Den hauptsächlich wirtschaftspolitisch motivierten Rufen nach Flexibilisierung begegnet die Umweltpolitik mit guten Argumenten durch eine Ökonomisierung des Diskurses: Die ökologische Industriepoli-

tik oder die Umweltechnologieaktionsprogramme der EU begründen zu Recht Umweltpolitik als Wachstumsmotor für international sehr erfolgreiche Industriezweige.

Der Stern-Report von 2006⁽¹⁾ vergleicht die erheblichen gesellschaftlichen Kosten klimapolitischer Untätigkeit mit den geringen Kosten aktiver Klimapolitik. Die im vergangenen Dezember vorgestellte TEEB-Studie (The Economics of Ecosystem-Services und Biodiversity⁽²⁾) macht auf eine bisher unbeachtete Quelle unseres Wohlstands aufmerksam: die biologische Vielfalt. Auf gleiche Weise soll die Umdefinition des Umweltschutzes zur unentbehrlichen „Ressource“ für die Industriegesellschaft die ökonomische Bedeutung von „Naturkapital“ in all seinen Facetten hervorheben. Letztlich ist auch die Green Growth Strategy der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD⁽³⁾ und vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen UNEP⁽⁴⁾ hier einzuordnen.

Diese Strategie der Ökonomisierung der Umweltdebatte ist besonders in der Klimapolitik erfolversprechend. So hat sie in den letzten Jahren zu neuen industriepolitischen Allianzen und zu einer enormen Aufwertung und breiten Akzeptanz für weitreichende, langfristige Ziele beigetragen – sogar bei der Energiewirtschaft selbst.

Eine solche Strategie hat aber auch ihren Preis. Gerade wegen der politischen Karriere des Klimaschutzes wurde der Umweltpolitik dieses Thema auf der europäischen Ebene und auch in einzelnen Staaten entzogen. So entstand zum Beispiel eine separate Generaldirektion für Klimapolitik bei der Europäischen Kommission. Klimapolitik wurde phasenweise zur Chefsache von Regierungschefs und dem EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso. Die Zuständigkeit für Umweltfragen wurde auf mehrere Generaldirektionen aufgeteilt. Ob eine solche Aufteilung, die es nicht nur auf europäischer Ebene gibt, im Endeffekt zu Rivalitäten zwischen den unterschiedlichen Ressorts mit überlappenden Zuständigkeiten oder aber zu einer breiteren Koalition führt, ist noch nicht ausgemacht.

Huckepackstrategie oder eigenständige Umweltziele?

Das Risiko einer einseitigen Ökonomisierung der Umweltdebatte liegt darin, dass dabei die Definitionshoheit und Prozessführerschaft der Wirtschaftspolitik überlassen wird, deren übergeordnetes strategisches Ziel die Stärkung der Wachstumskräfte und der Wettbewerbsfähigkeit ist. Eine europäische Ressourcenstrategie muss sich in diese übergeordneten Ziele bruchlos einordnen. Die europäische Umweltpolitik versucht, im diskreten Huckepackverfahren noch einen gewissen Einfluss auf die Debatte zu behalten. Ein 7. Umweltaktionsprogramm könnte hingegen als Herausforderung durch politische Ziele verstanden werden, die sich nicht reibungslos unterordnen lassen.

In diesem Sinne ist die Auseinandersetzung um das 7. Umweltaktionsprogramm ein Symbol für die Zukunft der europäischen Umweltpolitik: Bleibt sie ein eigenständiger Handlungsbereich mit eigenen Impulsen und Zielen, zwar mit Synergien und Schnittstellen zur Wirtschaftspolitik, aber nicht flächendeckend – oder ordnet sie sich unter und ein? Zumindest die Umweltminister haben nun eine klare Antwort gegeben!

Dieser Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder. Er ist keine offizielle Analyse des Sachverständigenrats für Umwelt.

Anmerkungen

- ▶ (1) www.kurzlink.de/stern-report
- ▶ (2) www.teebweb.org
- ▶ (3) www.oecd.org/greengrowth
- ▶ (4) www.greengrowth.org

Der Verwaltungs- und Politikwissenschaftler Dr. Christian Hey ist Generalsekretär des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU) mit Sitz in Berlin.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 263696110,
E-Mail: christian.hey@umweltrat.de,
www.umweltrat.de



Olympische Winterspiele

Der Blick aufs Ganze

Der Deutsche Alpenverein engagiert sich in der Bewerbungsgesellschaft für München 2018

München hat sich um die Ausrichtung der Winterolympiade im Jahr 2018 beworben. In Garmisch-Partenkirchen in den Bayerischen Alpen sollen dann die Schneewettbewerbe stattfinden. Solche Großveranstaltungen lassen sich zwar nicht ohne Belastungen für die Natur durchführen. Durch eine aktive Mitgestaltung der Olympiapläne können aber wichtige Umweltprojekte im bayerischen Alpenraum vorwärtsgebracht werden. ■ VON LUDWIG WUCHERPFENNIG, DAV

Millionen gefahrene und geflogene Kilometer. Staus ohne Ende. Unmengen verbrauchten Stroms. Müllberge. Lärm. Wenn Zehntausende an einem Ort zusammenkommen, bleiben Schäden nicht aus. Großveranstaltungen sind deshalb nicht ohne Belastungen für die Natur durchzuführen. Großveranstaltungen wie Olympische Winterspiele erst recht nicht.

Der Deutsche Alpenverein (DAV) arbeitet an der Bewerbung Münchens für Olympia 2018 mit. Obwohl er ein bundesweit anerkannter Naturschutzverband ist. Ist das nicht widersinnig? Ist das nicht ärgerlich? So scheint es – aber: Es gibt Gründe für das olympische Engagement des DAV. Gute Gründe. Und alle haben damit zu tun, dass es nicht in der Macht des DAV steht, zu beeinflussen, ob die Spiele kommen oder nicht. Beeinflussbar ist hingegen, mit welcher Belastung für die Natur die Spiele kommen. Und beeinflussbar ist auch, ob die Spiele unter dem Strich positive ökologische Auswirkungen entfalten oder nicht. Vor diesem Hintergrund gibt es zwei Möglichkeiten, auf die Olympischen Winterspiele 2018 zu blicken: Aus der einen Perspektive sind sie eine Bedrohung, aus der anderen eine Chance. Der DAV hat sich für die zweite Perspektive entschieden.

Der DAV ist deshalb der Überzeugung, dass durch eine aktive Mitgestaltung der Spiele erreicht werden kann, dass im bayerischen Alpenraum wichtige ökologische Projekte vorwärtsgebracht werden. In der Satzung des DAV sind Bergsport und Naturschutz als gleichberechtigte Ziele verankert. Deshalb sind entsprechende Konflikte im Verein seit vielen Jahrzehnten an der Tagesordnung. Immer wieder ringen Bergsportler und Naturschützer um die programmatische Ausrichtung des DAV. Immer wieder werden Standpunkte verhandelt, festgelegt und wieder revidiert. Und immer wieder hat die Erfahrung gezeigt: Am effektivsten wird der DAV seiner gesellschaftlichen Verantwortung gerecht, wenn er Diskurse fördert, Diskussionen moderiert und Kompromisse vermittelt. Die Umweltpolitik des DAV ist daher davon geprägt, pragmatische Lösungen zu finden.

Die Spiele müssen einen ökologischen Mehrwert haben

Der DAV engagiert sich von Anfang an in der Bewerbungsgesellschaft – er ist im Aufsichtsrat und in der Fachkommission Umwelt vertreten. Von Anfang an hat er aber auch seine Bedingungen für dieses

Engagement klar gemacht: München 2018 muss einen ökologischen Mehrwert für die Region haben. Die Bewerbungsschrift, die am 11. Januar beim Internationalen Olympischen Komitee (IOC) eingereicht wurde – das sogenannte Bid Book –, gewährleistet dies nach Ansicht des DAV voll und ganz.

Ein Teil des Bid Books ist das „Konzept für umweltverträgliche und nachhaltige Olympische und Paralympische Winterspiele München 2018“. An diesem Umweltkonzept hat der DAV maßgeblich mitgewirkt – und zwar in zwei Richtungen. Im Teil eins des Konzeptes hat er mit dafür gesorgt, dass die Spiele selbst möglichst umweltverträglich ablaufen. Im Teil zwei hat der DAV zwei Projekte mit auf den Weg gebracht, die weit über die Spiele hinaus in ökologischer Hinsicht positiv auf den bayerischen Alpenraum wirken.

Eine Großveranstaltung wie Olympia bringt ökologische Belastungen mit sich – das lässt sich nicht verhindern. Verhindern lässt sich allerdings, dass Schäden unnötig groß werden. Hier hat sich der DAV mit seinem Sachverstand als Naturschutz- und Sportverband eingebracht. Konkret hat er zum Beispiel an den Entscheidungen maßgeblich mitgewirkt, dass Kaltenbrunn und Krün sowie Oberammergau als Standorte



Ferien - zu fairen Preisen - im Luxus Natur
www.naturfreunde-ferien.de



für die Nordischen Disziplinen verworfen worden sind. Im ersten Fall hätten die Wettbewerbe das Schutzgebiet „Mittenwalder Buckelwiesen“ und mehrere Biotopflächen betroffen. Im Fall Oberammergau wären Probleme mit der Verkehrsanbindung und mit der mangelhaften Wasserversorgung der Beschneiungsanlagen unausweichlich gewesen. Sollten die Spiele 2018 nach München kommen, würden die Nordischen Disziplinen jetzt am Gut Schwaiganger bei Murnau stattfinden. Dort hat der DAV dafür gesorgt, dass bei der geplanten Streckenführung Biotopflächen umgangen werden. Ein letztes konkretes Beispiel: In Zusammenarbeit mit anderen Organisationen hat der DAV bewirkt, dass das Mediendorf nicht im Grüngürtel von Garmisch-Partenkirchen gebaut wird. Dieser Grüngürtel, der den Ort vom Skigebiet trennt, bleibt damit erhalten.

Im Teil zwei des Umweltkonzepts der Bewerbung sind 18 Umweltprojekte vorgesehen. Sie sind integraler Bestandteil der Bewerbung, ihre Finanzierung ist gesichert. Und diese Umweltprojekte sind nicht nur heiße Luft, sondern bringen einen echten ökologischen Mehrwert. Zwei der Projekte haben den Umweltschutz im bayerischen Alpenraum zum Ziel. Das Projekt „Bergtour 2018 – nachhaltige Bergsport- und Tourismusentwicklung in der Olympiaregion“ hat der DAV entwickelt. Sollte der Zuschlag für München erfolgen, würde er die Federführung übernehmen. Das Projekt zielt darauf ab, ein Gesamtkonzept für naturverträglichen Bergsport im bayerischen Alpenraum zu entwickeln und umzusetzen. Außerdem soll der Tourismus – eine wichtige Lebensgrundlage der Region – nach den Kriterien der Nachhaltigkeit weiterentwickelt werden. Das Projekt „Natur, Kulturerbe, Bildung – gemeinsames Handeln in der Olympiaregion“ hat der DAV gemeinsam mit anderen Akteuren auf den Weg gebracht. Sollte der Zuschlag für München erfolgen, würde der Landkreis Garmisch-Partenkirchen die Realisierung für dieses Projekt übernehmen. Das Projekt hat zum Ziel, die bestehenden Biotop und Schutzgebiete im Landkreis Garmisch-Partenkirchen miteinander zu vernetzen.

Unter dem Strich wird die Region profitieren

Zwei gute Gründe also. Der eine läuft darauf hinaus, die direkten Umweltschäden, die von den Spielen ausgehen, so gering wie möglich zu halten. Tatsächlich sind praktisch keine wertvollen Biotop im Bereich von Gut Schwaiganger von den Baumaßnahmen betroffen, und hier hat der DAV maßgeblich mitgewirkt. Der zweite Grund wird erst sichtbar, wenn man nicht nur Schäden betrachtet, sondern auch Projekte mit in den Blick nimmt, die erst durch die Spiele möglich werden. Wenn man also direkte Kosten und indirekte Nutzen gegeneinander aufrechnet. Bei diesem Blick aufs Ganze gibt es nicht nur Schwarz und Weiß. Geduld, Sachverstand und Kompromissfähigkeit sind gefragt. Selbstverständlich wird nicht jeder zum Ergebnis kommen, dass sich ein Engagement für die Bewerbung wirklich lohnt. Der DAV selbst ist allerdings der festen Überzeugung, dass die Region unter dem Strich profitieren wird. Er ist der Überzeugung, dass die positiven Effekte gegenüber den Belastungen durch die Olympischen Spiele überwiegen werden. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt übrigens auch Winfried Herrmann, sportpolitischer Sprecher und Vorsitzender des Verkehrsausschusses der Grünen im Bundestag. Er sagt: „München ist die grünste Bewerbung.“

Ludwig Wucherpfennig ist seit 1954 Mitglied im Deutschen Alpenverein (DAV), davon 20 Jahre als Vorsitzender. Seit 2005 ist er DAV-Vizepräsident und befreut vor allem den Bereich Umwelt und Naturschutz.

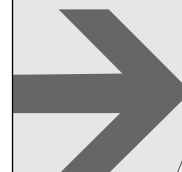
Kontakt:
Tel. +49 (0)89 / 14003-25,
E-Mail: info@alpenverein.de,
www.alpenverein.de



Nachdem zusammen mit dem Beitrag von Axel Döering (Bund Naturschutz; umwelt aktuell 10.2010, S. 21) Pro- und Contra-Stimmen zur Münchner Olympiabewerbung zur Sprache gekommen sind, lädt die Redaktion zu weiterer Diskussion ein, um das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln zu beleuchten.

Nachhaltigkeit

A-Z



G wie Gemeingüter

Was haben Wasser, Wissen und Erbgut gemeinsam? Richtig, sie sind lebensnotwendig, unser aller Besitz und daher unverkäuflich. Soweit die Theorie, denn die Realität sieht anders aus: Der Welt droht die Einzäunung und Kommerzialisierung. Dieses Buch präsentiert unsere Gemeingüter in all ihrer Vielfalt, zeigt deren Potenzial und verdeutlicht ihre Rolle bei der Durchsetzung und Sicherung von Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Demokratie.

S. Helfrich, Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.)
Wem gehört die Welt?
Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter
mit einem Beitrag der Nobelpreisträgerin
Elinor Ostrom,
285 Seiten, 24,90 EUR,
ISBN 978-3-86581-133-2

Erhältlich bei
www.oekom.de
kontakt@oekom.de

 **oekom**

Die guten Seiten der Zukunft

Volkswirtschaft

Mehr Umwelt in die Finanzen!

2011 ist ein entscheidendes Jahr für die Ökologisierung der europäischen Wirtschaftspolitik

Um Europa zukunftsfähig zu machen, müssen Gelder anders verteilt werden. Alle EU- und Staatsaufgaben sollten verpflichtend Nachhaltigkeitskriterien beachten. Doch ohne öffentlichen Druck werden die Regierungen kaum konkrete Maßnahmen für mehr Klima- und Umweltschutz beschließen. ■ VON JACQUELINE COTTRELL, GREEN BUDGET EUROPE

2011 könnte als Jahr der ökologischen Finanzreformen in die EU-Geschichte eingehen. Die Energiesteuerrichtlinie wird überarbeitet, die Verhandlungen über den EU-Haushalt für 2014 bis 2020 beginnen und die Europa-2020-Strategie muss umgesetzt werden – inklusive der Ressourceneffizienzinitiative. Umweltschädliche Subventionen bleiben Thema, nicht zuletzt weil fast alle Mitgliedstaaten ihre Haushalte konsolidieren müssen. Hinzu kommt die geplante Gründung eines Forums für marktbasierende Instrumente. Überall ist der Einsatz von Nichtregierungsorganisationen gefragt, um ein Gegengewicht zu wenig progressiven Elementen in Brüssel und den Mitgliedstaaten zu schaffen.

Dreipunkteplan zur Verbesserung der Energiesteuerrichtlinie

Die umstrittene Energiesteuerrichtlinie (2003/96/EC) bietet als etabliertes Instrument zumindest die Möglichkeit, bei der anstehenden Überarbeitung die enthaltenen Mindeststeuersätze zu ändern, die Struktur zu verbessern und Ausnahmen zu reduzieren. Ein Vorschlag dazu soll voraussichtlich im März kommen.

Aus Arbeitspapieren der EU-Kommission geht hervor, dass Mindeststeuersätze für Heizbrennstoffe, Treibstoffe und Strom nach Energiegehalt und CO₂-Ausstoß eingeführt werden sollen. Das würde eine Angleichung von Mindeststeuersätzen für Diesel und Benzin mit sich bringen – die, so heißt es in Brüssel, bisher von der deutschen Regierung wegen der mächtigen Autolobby torpediert werden. Auch wenn diese Mindeststeuersätze nicht besonders hoch sein werden, könnte die Revision für

viele Länder zum ersten Mal die Einführung einer CO₂-Steuer bedeuten. Damit könnte die Energiesteuerrichtlinie ein vernünftiges und effektives Instrument für den Klimaschutz werden.

Die Kommission schlägt allerdings auch vor, die Mindeststeuersätze für die Energiebesteuerung mehr oder weniger beizubehalten und zusätzlich eine neue CO₂-Steuer einzufügen, mit Ausnahmen für die Sektoren, die bereits unter das Europäische Emissionshandelssystem ETS fallen. Die Steuersätze veranschlagen einen Kohlendioxidpreis zwischen zehn und 30 Euro pro Tonne – bei Weitem nicht genug für eine wirkungsvolle Reduzierung von CO₂-Emissionen. Es ist zu befürchten, dass der endgültige Gesetzestext sehr niedrige Raten und lange Vorlaufzeiten beinhaltet und viele Ausnahmen bestehen bleiben, zumal sich zahlreiche Mitgliedstaaten querstellen werden. Deshalb wird entscheidend sein, wie viel Druck Umweltorganisationen ausüben, sowohl auf die Kommission und ihren Präsidenten José Manuel Barroso als auch auf das EU-Parlament und auf die deutsche Regierung.

Die Hauptziele der Umweltverbände sind bekannt. Erstens müssen Mindeststeuersätze wirklich Anreize für eine Reduktion der CO₂-Emissionen und für Energieeinsparungen geben. Studien zeigen, dass im ETS ein CO₂-Preis von mindestens 35 Euro pro Tonne notwendig ist, um das Verbraucherverhalten zu ändern. Das Forschungsprojekt Petre ermittelte sogar eine nötige Abgabe von 53 bis 142 Euro pro Tonne CO₂, um die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 20 Prozent zu reduzieren. Zweitens müssen die Steuerbefreiungen für Energieerzeugnisse in der Luft- und Schifffahrt abgeschafft und

weitere Ausnahmen vermieden werden. Drittens müssen die Steuersätze an die Inflation angepasst werden, damit sie langfristig einen dynamischen Anreiz zur Emissionsminderung leisten können.

Nachhaltige Argumente für die EU-Haushaltsverhandlungen

Die Debatten zum EU-Haushalt von 2014 bis 2020 bieten für Nichtregierungsorganisationen eine seltene Gelegenheit, den EU-Haushalt selbst und auch verwandte Staatsausgaben in den Mitgliedstaaten zu „ökologisieren“ und sicherzustellen, dass die Gelder der europäischen Steuerzahler effektiv, sozial gerecht und im Interesse des Klimaschutzes ausgegeben werden. Obwohl der EU-Haushalt nur etwa ein Prozent des EU-Volkseinkommens ausmacht, beeinflusst er nicht nur das staatliche Ausgabeverhalten stark, sondern auch private Investitionen. Er spiegelt auch die Prioritäten der Europäischen Union wider. In der nächsten Haushaltsperiode sollten umweltbezogene und soziale Nachhaltigkeitskriterien unbedingt in alle Entscheidungen integriert werden.

Eine Koalition von europäischen Umweltorganisationen hat zehn Prinzipien für einen nachhaltigen EU-Haushalt entwickelt.⁽¹⁾ Darunter sind Forderungen wie die, öffentliche Gelder nur für öffentliche Güter auszugeben und klare Ziele für Ausgaben zu definieren, die den Mehrwert für die Zivilgesellschaft maximieren. Transparenz und die Anwendung von Nachhaltigkeitskriterien sind weitere Forderungen. Für diesen Punkt setzen sich Green Budget Europe (GBE) und das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) besonders ein. Alle Staatsausgaben müssen Nachhal-

tigkeitskriterien unterzogen werden – und Nachhaltigkeit ist dabei nicht nur in Bezug auf Klima, Biodiversität, Ressourcen- und Energieeffizienz, sondern auch im Hinblick auf soziale und wirtschaftliche Kriterien zu sehen. Nur wenn alle diese Kriterien bei Entscheidungen berücksichtigt werden, können die Klimakatastrophe, die Wirtschafts- und Finanzkrise bewältigt und die Fragen der sozialen Gerechtigkeit beantwortet werden.

Die Überprüfung des EU-Haushaltes wurde im Oktober 2010 veröffentlicht. Diese Evaluation war sehr enttäuschend, da Vorschläge für eine bessere Aufteilung des Haushalts oder für konkrete Maßnahmen im Rahmen des Budgets in Bezug auf Klimaschutz und andere Umweltschutzaspekte fehlten. Biodiversität wird beispielsweise nur einmal im Text erwähnt und das Thema Ressourceneffizienz nur kurz angeschnitten. Aber wie die Ausgaben des Budgets darauf Bezug nehmen können, wird nicht einmal angedeutet. Die Mitgliedstaaten haben sich hauptsächlich mit dem Umfang des EU-Haushalts beschäftigt, aber kaum mit der Qualität der Ausgaben – worauf es natürlich ankommt. In dieser Debatte ist es wichtig zu verhindern, dass die Staaten sich hinter geschlossenen Türen auf grundlegende Punkte einigen, beispielsweise ein weiteres Mal die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) in ihrer jetzigen Form zu erhalten.

Die Chance zur umweltfreundlichen Einmischung

Wie kann man diesen Prozess am besten beeinflussen? In der ersten Jahreshälfte 2011 werden beispielsweise informelle EU-Ministerratstreffen zur Kohäsions- und Agrarpolitik stattfinden, um die nächste Haushaltsperiode zu diskutieren – hier kann man auch im eigenen Mitgliedstaat Entscheidungen beeinflussen. Zudem wird im Mai 2011 eine Mitteilung der Kommission zum mehrjährigen Finanzrahmen des EU-Haushalts veröffentlicht und im Juni 2011 sollen dazu legislative Vorschläge der Kommission veröffentlicht werden. Vorher sind alle Arten von Kontakten mit der Kommission – und bestenfalls Treffen mit

relevanten Kabinetten und Kommissaren – sehr wichtig, um diese Vorschläge so umweltverträglich wie möglich zu gestalten. Im EU-Parlament wird die Überprüfung des EU-Haushaltes der Kommission diskutiert und im Plenum bis Mai beschlossen. Im Dezember 2010 haben über 140 EuropaparlamentarierInnen einen Brief an Kommissionspräsident Barroso unterzeichnet, in dem sie fordern, dass erneuerbare Energien in Zukunft wesentlich mehr Mittel aus dem Haushalt bekommen. Interessanterweise greift der Brief die kommissionseigene Position auf. Diese stammt aus dem Fahrplan für Erneuerbare Energien von 2006, der 650.000 neue Arbeitsplätze bei den erneuerbaren Energien bis 2050 voraussagt. Dies ist natürlich ein schlagkräftiges Argument, das soziale, wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeitskriterien erfüllt, und es zeigt, dass es sehr großes Potenzial zur Kooperation mit Abgeordneten aller Parteien im EU-Parlament gibt: sowohl im Kontext der Überprüfung des Haushalts als auch bei der Entwicklung des mehrjährigen Finanzrahmens.

Strategische Argumente aus der Europa-2020-Strategie

Nicht jeder weiß, dass die ökologische Finanzreform einen wichtigen Teil der Europa-2020-Strategie darstellt. In dieser Strategie wurde festgelegt, dass die Mitgliedstaaten die Steuerlast von Arbeit auf Energieträger und umweltschädliches Verhalten verlagern und umweltschädliche Subventionen abbauen sollten. Schon 2010 hat die Notwendigkeit, Haushaltsdefizite zu konsolidieren, manchen Regierungen den Charme von ökologischen Finanzreformen klargemacht – und die Umweltverbände werden auch 2011 Druck in diese Richtung ausüben. Nichtregierungsorganisationen können sich für die ÖFR starkmachen und sich dabei auf die Strategie für Europa 2020 berufen. Dies ist bei allen relevanten Politikbereichen der EU möglich, nicht zuletzt wenn es um die Entwicklung einer Ressourceneffizienzinitiative geht, die ebenfalls in der Europa-2020-Strategie ins Leben gerufen wurde. Bisher ist die Initiative etwas in den Hintergrund gerückt,

aber ein Konsultationsprozess ist für 2011 geplant. Dabei sollten UmweltaktivistInnen ihren Fokus vor allem auf die Integration von ökologischen Finanzreformen und die Entwicklung eines ehrgeizigen Fahrplans zu Ressourceneffizienz legen.

Und dann sind da noch die umweltschädlichen Subventionen

Der Europäische Rat hatte schon 2008 die Kommission aufgerufen, einen Fahrplan für die Abschaffung von umweltschädlichen Subventionen zu entwickeln, wie in der EU-Nachhaltigkeitsstrategie von 2006 festgelegt. Seitdem hat die EU-Kommission viel geforscht, sich aber trotzdem dagegen entschieden, einen Plan zu entwickeln. Die Begründung lautete, dass Subventionsabbau in die sektorale Politik der EU integriert werden soll („Mainstreaming“). Daraufhin forderten Umweltverbände die Kommission auf, wenigstens ihre selbst entwickelten Methoden auf den EU-Haushalt von 2007 bis 2013 anzuwenden und die umweltschädlichen Subventionen darin zu quantifizieren. Doch eigentlich müsste dringend mehr zum Abbau umweltschädlicher Subventionen getan werden – auch im Zusammenhang mit Europa 2020 und dem G-20-Prozess, der den Subventionsabbau für fossile Energieträger vorsieht. Engagement für dieses Ziel lässt sich an vielen Facetten der EU-Politik verankern. Green Budget Europe organisiert unter anderem eine gemeinsame Veranstaltung mit der Generaldirektion für Steuern und Zollunion zur Dienstwagenbesteuerung am 28. Februar in Brüssel.

Anmerkung

► (1) www.kurzlink.de/changingperspectives

Die Expertin für ökologische Finanzreform Jacqueline Cottrell setzt sich bei Green Budget Europe (GBE) für eine Ökologisierung der Finanzpolitik ein.

Kontakt:
Tel. +44 1383 / 416381,
E-Mail: jlc@foes.de,
www.green-budget.eu



ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Abfallvermeidungsprogramm**Müllvermeidung ist machbar**

■ Das Umweltbundesamt hat eine Grundlagenstudie für ein bundesweites Abfallvermeidungsprogramm veröffentlicht. Die Autoren von Wuppertal- und Öko-Institut bewerten darin die Wirkung von rund 300 Maßnahmen aus 20 Ländern. Die EU-Abfallrahmenrichtlinie schreibt den Mitgliedstaaten vor, bis 2013 nationale Aktionspläne zur Müllvermeidung zu entwickeln. [jg]

► www.uba.de/uba-info-medien/4043.html

Elektronikschratt**Sträuben gegen Sammelziele**

■ Bei der Revision der EU-Richtlinie über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (WEEE) besteht weiter Unklarheit über die Sammelziele für Elektroschrott. Eine Mehrzahl der EU-Staaten lehnt ein verpflichtendes Ziel von 65 Prozent der auf dem Markt befindlichen E-Geräte bis 2016 ab, heißt es in einem Zwischenbericht der belgischen Ratspräsidentschaft. Die erste Lesung im EU-Parlament ist für Februar geplant. Sollten sich die zuständigen Ratsarbeitsgruppen einigen, könnte der Umweltminister im März in erster Lesung abstimmen, anderenfalls legt die seit Januar amtierende ungarische Ratspräsidentschaft einen weiteren Sachstandsbericht vor. [jg]

► www.kurzlink.de/weee-zwistand2010

Chemikalien in Elektrogeräten**Auch Medizinbereich im Blick**

■ Nun fehlt nur noch die Zustimmung des EU-Umweltministerrates im März, dann kann die Neufassung der Richtlinie über die Verwendung gefährlicher Stoffe in

Elektrogeräten (RoHS) in Kraft treten. Das EU-Parlament unterstützte im November den ausgehandelten Kompromiss.

Die RoHS-Richtlinie verbietet bereits die Verwendung mehrerer Schwermetalle und bromierter Flammschutzmittel, lässt aber begründete Ausnahmen zu. Die neue Fassung nennt verschiedene Weichmacher und ein weiteres Flammschutzmittel, die künftig beschränkt werden könnten. Ein von Umweltverbänden gefordertes schnelles Verbot war nicht durchsetzbar.

Die Richtlinie soll innerhalb von acht Jahren auf alle E-Geräte einschließlich medizinischer Geräte und Überwachungsinstrumente ausgedehnt werden. Solarmodule bleiben ausgenommen – bei der Produktion wird teilweise Cadmium eingesetzt. Auch Militärmaterial bleibt außen vor.

Parallel zur EU-Chemikalienverordnung REACH wird ein Mechanismus zur Überprüfung der Liste verbotener Stoffe durch Ausschüsse eingeführt, um weitere Stoffe nach neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen berücksichtigen zu können. [jg]

► www.eu-koordination.de (EU-News – 25.11.2010)

Chemikalien in Bauprodukten**Mehr Ökowissen auf dem Bau**

■ Bauprodukte, die gesundheitsgefährdende Stoffe enthalten, sollen nach dem Votum des EU-Parlaments Mitte Januar eindeutig gekennzeichnet und die Nutzer aufgeklärt werden. Der Verordnungsvorschlag der EU-Kommission sieht außerdem eine Kennzeichnung für wiederverwertbare und recyclingfähige Bauprodukte vor, um den Ressourcenverbrauch zu reduzieren. Zwar seien schon viele gefährliche Baustoffe über die REACH-Verordnung und weitere Regelungen erfasst müssten gekennzeichnet werden. Doch greifen die Regeln nach Meinung des federführenden Binnenmarktausschusses (IMCO) zu kurz. Nun muss noch der EU-Ministerrat endgültig zustimmen. [jg]

► IMCO: www.kurzlink.de/imco-pm-2011-01

► Vorschlag: www.kurzlink.de/com2008-311.pdf

REACH**Register oder Marktverbot**

■ Bis Ende November hatten Unternehmen Zeit, chemische Stoffe, die sie in Mengen von mindestens 1.000 Tonnen pro Jahr herstellen oder importieren, bei der Europäischen Chemikalienagentur ECHA in Helsinki registrieren zu lassen. 24.675 Stoffdossiers gingen ein. Seit Dezember gilt nun ein EU-weites Markt-, Herstellungs- und Importverbot für nicht registrierte Substanzen. Die EU-Chemikalienverordnung REACH schreibt weitere Fristen vor: Bis zum 31. Mai 2013 müssen Unternehmen alle Stoffe registrieren lassen, die in Jahresmengen ab 100 Tonnen hergestellt oder importiert werden, fünf Jahre später sinkt die Mengengrenze auf eine Tonne. [jg]

► www.echa.eu

EU-Biozidverordnung**Verbände rügen Umweltrat**

■ Als „giftiges Weihnachtsgeschenk“ hat ein Bündnis von Umwelt- und Gesundheitsorganisationen die Entscheidung des EU-Umweltministerrats über die Biozidverordnung im Dezember bezeichnet. Die jetzige Regelung belasse gefährliche Giftstoffe auf dem Markt und erleichtere Neuzulassungen, ohne die Unternehmen zu verpflichten, sicherere Alternativen zu verwenden. Den höchstmöglichen Schutz der Umwelt und der Gesundheit besonders von Risikogruppen könne die neue Verordnung, die für rund 50.000 Produkte wie Schädlingsbekämpfung- oder Desinfektionsmittel gelten soll, nicht gewährleisten. Die Organisationen um das Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN) erneuerten ihren Ruf nach einer Rahmenrichtlinie, die Aktionspläne zum nachhaltigen Gebrauch von Biozidprodukten enthält und sichere Alternativen fördert. Diese Maßnahmen müssten während der Verhandlungen zur zweiten Lesung von den beteiligten EU-Institutionen beschlossen werden. [jg]

► www.kurzlink.de/pan-biozidseite

Formaldehyd**Haare glatt und giftig**

■ Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) hat vor Haarglättungsmitteln gewarnt, die Formaldehyd enthalten. Überwachungsbehörden hatten Mittel mit Konzentrationen von 1,7 bis 1,8 Prozent freiem Formaldehyd entdeckt. Formaldehyd wirkt stark reizend auf Augen, Haut und Schleimhäute, kann Allergien auslösen und gilt als krebserzeugend. In der EU ist Formaldehyd für Haarglättungsmittel nicht zugelassen. Doch VerbraucherInnen und Frisiersalons beziehen die Produkte laut BfR direkt aus dem Ausland. Nagelhärter und andere Kosmetika dürfen aber auch in der EU Formaldehyd enthalten.

Frankreich hat nach Angaben der Organisation Chemical Watch bei der Europäischen Chemikalienagentur ECHA beantragt, dass Formaldehyd in der neuen Richtlinie über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen (CLP) in eine Klasse gefährlicherer Stoffe eingestuft wird. [jg]

- ▶ www.bfr.bund.de
- ▶ www.chemicalwatch.com/5928

Quecksilber**Fortschritt im Krebsgang**

■ Die Europäische Kommission hat eine Überprüfung der EU-Strategie für Quecksilber vorgenommen. Alle Ergebnisse der 2005 beschlossenen 20 Maßnahmen wurden analysiert, die meisten schnitten zufriedenstellend ab oder sind noch in Arbeit. Größter Erfolg der EU-Quecksilberpolitik ist wohl das ab 15. März geltende Ausfuhrverbot für metallisches Quecksilber und bestimmte Quecksilberverbindungen.

Bei der Behandlung zahnmedizinischen Amalgamabfalls gibt es in einigen EU-Staaten allerdings noch Nachholbedarf. Für 2011 plant die EU-Kommission eine Lebenszyklusbewertung der Quecksilberverwendung in Amalgam. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/com2010-723.pdf

Bisphenol A**In Babyflaschen bald tabu**

■ Ab März sind die Produktion und ab Juni der Verkauf von Babyflaschen aus Polycarbonat, in dem der Weichmacher Bisphenol A (BPA) enthalten ist, in der EU verboten. Das beschloss der Ständige Ausschuss für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit Ende letzten Jahres. Er stimmt dabei für einen Richtlinienvorschlag der EU-Kommission. Vorausgegangen war eine monatelange Diskussion zwischen Kommission, Europäischer Lebensmittelbehörde (EFSA), Mitgliedstaaten und Industrievertretern.

Die Organisationen BUND und Women in Europe for a Common Future (WECF) begrüßten den Beschluss, forderten aber ein generelles Verbot von Bisphenol A in Verbraucherprodukten. Allein in Deutschland würden jährlich rund 400.000 Tonnen Bisphenol A vermarktet. Babyfläschchen hätten daran nur einen geringen Anteil. Der Stoff stecke auch in Innenbeschichtungen von Dosen und Thermopapier.

Das Verbot für Babyfläschchen könne nur ein Anfang sein, mahnten die Verbände, denn der Stoff sei sehr gefährlich, aber leicht zu ersetzen. [jg]

- ▶ www.bund.net/bisphenola
- ▶ www.wecf.eu/english/chemicals-health

Innenraumluftqualität**WHO veröffentlicht Leitlinien**

■ Im Dezember hat das europäische Regionalbüro der Weltgesundheitsorganisation WHO Leitlinien zur Innenraumluftqualität veröffentlicht. Das Projekt, zu dem mehr als 60 WissenschaftlerInnen beitragen, soll als Empfehlung für Grenzwerte für die Raumluftqualität dienen und eine Grundlage für entsprechende Gesetzgebungen schaffen. Die Studie berücksichtigt neun Stoffe, die weltweit als Schadstoffe in Erscheinung treten, darunter Benzol, Tetrachlorethen und Naphthalin. [hmp]

- ▶ www.kurzlink.de/who-leitlinie.de

Nano-Unternehmenspolitik**Lasche Grenzwerte für Bayer**

■ Der BUND und die Coordination gegen Bayer-Gefahren (CBG) haben das Genehmigungsverfahren für eine Nanokohlenstoffröhrchen-Versuchsanlage der Bayer AG scharf kritisiert. Die seit 2010 arbeitende Pilotanlage in Leverkusen müsse sich zwar an Emissionsgrenzwerte von 0,05 Mikrogramm Nanoröhrchen pro Kubikmeter Raumluft halten, diese seien jedoch willkürlich und ohne fundierte wissenschaftliche Grundlage festgesetzt. Die zuständige Bezirksregierung Köln habe die Anlage außerdem als Pilotanlage mit einer Produktionskapazität von 200 Tonnen im Jahr genehmigt. Eine reguläre Produktionsanlage hätte ein Genehmigungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung und Umweltverträglichkeitsprüfung durchlaufen müssen, kritisieren die beiden Umweltverbände. Solche Versuchsproduktionen unterlägen weder einer Immissionschutz noch der Störfallverordnung. Bayer wolle aber die Kapazitäten bis 2012 auf 3.000 Jahrestonnen ausbauen.

Nanokohlenstoffröhrchen stehen im Verdacht, ähnlich wie Asbestfasern über die Atemluft aufgenommen zu werden und dort Gesundheitsschäden auszulösen. [jg]

- ▶ www.cbgnetwork.org/3343.html

Nano-Verbraucherinformation**Neue Nanodatenbank**

■ Der BUND hat eine öffentliche Datenbank für Produkte erarbeitet, die Nanomaterialien enthalten. Rund 200 Einträge sind bisher aufgeführt – wahlweise nach Hersteller, Produktkategorie oder enthaltenem Nanomaterial sortiert. Die Datenbank soll interaktiv noch weiter wachsen. Bisher gibt es weder eine Kennzeichnungspflicht noch ein staatliches Nanoregister, obwohl schon mehrere Hundert Produkte auf dem Markt sind, darunter Nano-Aurum zum Einnehmen und Nanosilber-Zahnbürsten. [jg]

- ▶ www.bund.net/nanodatenbank

Nanomaterialien

EU soll Klartext reden

■ 46 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) aus Europa, den USA, Südamerika und Asien haben die EU-Kommission aufgefordert, eine verantwortungsvolle rechtliche Definition für Nanomaterialien vorzulegen. Das biete letztlich die Grundlage, um Umwelt und menschliche Gesundheit adäquat zu schützen. Es mehrten sich Hinweise, dass Nanopartikel Gesundheitsprobleme verursachen könnten. Ihre Reaktionen in und mit der natürlichen Umwelt seien weitgehend unbekannt.

Die NGOs fordern eine weite und am Vorsorgeprinzip orientierte Definition. Sollte die rechtliche Definition zu eng ausfallen und nicht alle Materialien einbezogen, könnten alle Folgeregelungen davon betroffen sein. Außerdem müsse die Definition daraufhin überprüft werden, ob sie alle Materialien, die bereits negativ aufgefallen sind, einschließe. Es gebe auch keine wissenschaftliche Basis dafür, den Begriff Nanomaterialien auf die aktuell diskutierte Größe bis 100 Nanometer zu beschränken. Die Verbände empfehlen eine möglichst umfassende Größenordnung, zum Beispiel 0,3 bis 300 Nanoquadratmeter. Auch größere Partikel sowie „zusammengeballte“ Agglomerate könnten Nanoeigenschaften beziehungsweise reaktive Partikel an der Oberfläche aufweisen.

Mit der Stellungnahme beteiligten sich die Organisationen – darunter das Europäische Umweltbüro (EEB), der BUND und der Deutsche Naturschutzring – an einer öffentlichen Konsultation der EU-Kommission. [jg]

► www.kurzlink.de/ngo-nanodefinition

Industrieunfälle

Vorschlag für Seveso III

■ Die EU-Kommission hat Ende Dezember einen neuen Richtlinienvorschlag zur Beherrschung von schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen vorgelegt. Die sogenannte Seveso-III-Richtlinie soll im Ver-

gleich zu den Vorgängerversionen die Änderungen durch das neue Einstufungssystem der EU für gefährliche Stoffe enthalten und rechtliche Unklarheiten beseitigen. Etwa 10.000 europäische Unternehmen sind von der Richtlinie betroffen.

Bei der Überprüfung der bisher gültigen Seveso-II-Richtlinie hatte die Kommission eine „Reihe von Bereichen ermittelt, in denen beschränkte Änderungen angebracht wären“. Hauptgrund für die Revision ist die neue Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen (CLP-Verordnung), deren rechtliche Überschneidungen berücksichtigt werden müssen.

Das Schutzniveau für Gesundheit und Umwelt werde trotz der Änderungen nicht absinken, versprach die Kommission. Die wichtigste Neuerung betrifft die Gesundheitsgefahren und die Zuordnung zu drei Gefahrenkategorien. Außerdem sollen Neuregelungen für unterirdische Gasspeicher aufgenommen werden. [jg]

► Vorschlag: www.kurzlink.de/com2010-781.pdf

EU-Luftqualität

Gesetze gut, Praxis schlecht

■ Die Europäische Umweltagentur (EEA) hat im Januar eine insgesamt positive Bilanz der Wirksamkeit von EU-Regelungen gegen Luftverschmutzung gezogen. Demnach hat die Luftqualität in Europa durch die Gesetze gewonnen. Allerdings würden die Effekte viel besser sein, so die EEA, wenn die Mitgliedstaaten die Maßnahmen auch endlich umsetzen würden.

Industrieabgase und Straßenverkehr seien verantwortlich für 55 bis 66 Prozent der Gesamtemissionen von Feinstaub, ozonschädigenden und zur Versauerung beitragenden Schadstoffen. Die EU regelt dies unter anderem durch Emissionsstandards für Straßenkraftfahrzeuge (Euro-Normen), die Richtlinie über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (IPPC) sowie die Richtlinie zur Begrenzung von Schadstof-

femissionen von Großfeuerungsanlagen in die Luft (LCP). Die EEA hat diese drei Gesetzeswerke und ihre Effekte bewertet und mit zwei Szenarien verglichen: einmal gänzlich ohne Regelung und zum anderen, wenn alle Mitgliedstaaten die Gesetze wie gefordert umsetzen würden.

Das Ergebnis: Die Emissionen könnten viel geringer sein, wären die letzten Euro-Normen für Kraftfahrzeuge in allen EU-Staaten vollständig angekommen. Das gelte besonders für Stickstoffemissionen aus Benzinfahrzeugen und Feinstaub aus Diesel-Kfz. Erstere könnten in vielen EU-Staaten halbiert werden, würde die LCP-Richtlinie eingehalten. Auch Feinstaubpartikel bis 2,5 Mikrometer – Verursacher schwerer Gesundheitsschäden und Todesfälle – wären ein viel geringeres Problem.

Wenn die Mitgliedstaaten zudem ihre nationalen Emissionsobergrenzen in der NEC-Richtlinie beachten würden, ergäben sich nach Meinung der EEA viele weitere positive Reduktionseffekte. [jg]

► www.kurzlink.de/eea-vergleich-luft

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Weltstaudammkommission

Streit um Empfehlungen

■ Die Organisationen Urgewald und Greenpeace haben die Bundesregierung Mitte November aufgerufen, die Empfehlungen der Weltstaudammkommission (WCD) zur Grundlage für die von ihr unterstützten Dammprojekte zu machen. Anlass war der zehnte Jahrestag der Empfehlungen. Die Organisationen wiesen unter anderem auf das Ilisu-Projekt in der Türkei hin, bei dem die Bevölkerung entgegen den WCD-Empfehlungen kein effektives Mitspracherecht habe.

Die Weltstaudammkommission wurde 1998 einberufen, um die Entwicklung internationaler Kriterien für Planung, Bau und Betrieb von Staudämmen sowie Alternativen für die Nutzung von Wasserres-

sourcen zur Energiegewinnung zu begutachten. Die WCD benannte sieben strategische Prioritäten für Staudambauten, darunter Akzeptanz bei Betroffenen und umfassende Analyse von Alternativen.

Urgewald nannte das Vorgehen der WCD bahnbrechend, da sich erstmals Befürworter und Kritiker einer Technologie zusammengesetzt hätten. Allerdings versuche die Wasserkraftindustrie die Standards der WCD zu unterlaufen. Urgewald forderte die Bundesregierung auf, sich auch international für die Empfehlungen der WCD einzusetzen. [hmp]

► www.gegenstroemung.org/drupal/node/94

Recht der Natur

Schutz für „Mutter Erde“

■ Boliviens Parlament hat im Dezember ein Gesetz zum Schutz der „Mutter Erde“ erlassen, das der Natur mehr Rechte zugestehen und ihre Ausbeutung verringern soll. Damit wurde weltweit erstmals ein „Recht der Natur“ gesetzlich verankert. Nach den neuen Gesetzen sollen natürliche Ressourcen so genutzt werden, dass eine Regeneration möglich ist. Zur Kontrolle will Bolivien eine neue Behörde schaffen. Die Indigenenorganisation Conamaq kritisierte jedoch das Gesetz, da es nicht mit Vertretern indigener Gruppen abgesprochen sei und nur dazu gedient habe, Präsident Evo Morales auf dem Klimagipfel in Cancún zu profilieren.

Am Tag der Unterzeichnung des Gesetzes durch seinen Vizepräsidenten schloss Morales in Japan ein milliardenschweres Investitionsprogramm ab, das japanischen Firmen ermöglichen soll Boliviens Lithium abzubauen (siehe S. 28). Da ausländische Öl- und Gaskonzerne nach zahlreichen Verstaatlichungen nur noch zögerlich in Bolivien investieren, bot die Regierung in La Paz im Januar an, privaten Firmen die kompletten Kosten für erfolgreiche Bohrungen zu erstatten. [lk]

► www.kurzlink.de/bolivien-bohren
 ► www.kurzlink.de/schutz-mutter-erde

Cancún hat den Klimaprozess gerettet, nicht das Klima

Der Klimagipfel im Dezember in Mexiko ließ fast alle Staaten gut dastehen. Um die wichtigen Fragen haben sie sich aber gedrückt. Über positive Beschlüsse und offene Fragen schreibt Jürgen Maier vom Forum Umwelt und Entwicklung.

Nach dem Flop von Kopenhagen im Winter 2009 waren die Erwartungen an die Klimakonferenz von Cancún extrem niedrig. Eine reine Arbeitskonferenz sollte es werden, ohne Massenaufzug von Staatschefs und allumfassenden Klimarechtsvertrag am Ende. Auf der Tagesordnung stand die Klärung von Verfahrensfragen und nicht vorrangig die Lösung der großen Knackpunkte, an denen Kopenhagen gescheitert war. So gut wie alle Delegationen waren sichtlich bemüht, konstruktiv zu erscheinen. Die ausgesprochen professionell agierende mexikanische Präsidentschaft machte das Beste daraus.

Vor dieser Kulisse war Cancún sicher ein Erfolg: Man hat die Scherben von Kopenhagen sortiert und einen Verhandlungsfahrplan zusammengestellt, wie es weitergehen soll. So konnte übertüncht werden, dass sich die Staaten in den zentralen inhaltlichen Fragen keinen Zentimeter nähern konnten: Die USA werden sich auf absehbare Zeit an keinem Vertrag mit bindenden Emissionsreduktionsverpflichtungen beteiligen. Damit wird auch China allenfalls freiwillige Selbstverpflichtungen abgeben. Japan und die anderen außereuropäischen Industrieländer werden dann ebenfalls nicht bereit sein, die Ende 2012 auslaufende erste Kyoto-Vereinspflichtungsperiode zu verlängern. Damit entfällt die Arbeitsgrundlage für alle sogenannten flexiblen Kyoto-Mechanismen wie CDM oder den geplanten REDD-Wäldermechanismus, die ja auf Emissionsgutschriften für eine Kyoto-Vereinspflichtung abzielen. Wenn es die nicht mehr gibt, haben die Zertifikate keinen Sinn mehr. Vor diesem Hintergrund sind vielleicht die haltbarsten Beschlüsse von Cancún diejenigen, die auch ohne den magischen großen Kyoto-Nachfolgevertrag auskommen, etwa die Einrichtung des Green Climate Fund oder des Cancún Adaptation Framework.

Kyoto einfach ohne neue Ziele zu verlängern wäre eine Möglichkeit, Zeit zu gewinnen. Doch das lehnen Japan und Russland strikt ab. Ohne sie würden außer der EU nicht mehr viele Kyoto-Teilnehmer übrigbleiben, denn Australien und Kanada haben

Kyoto zwar ratifiziert, machen aber keinerlei Anstalten, den Vertrag umzusetzen, und die USA sind ohnehin nicht dabei. Beim nächsten Klimagipfel 2011 in Südafrika wird man sich nicht mehr um diese zentrale Frage herumdrücken können: Wer ist überhaupt bereit, bindende Reduktionsverpflichtungen zu übernehmen, die über das Geplante hinausgehende Maßnahmen erfordern?

Das Kyoto-Protokoll ist ein System mit bindenden, vergleichbaren Reduktionsverpflichtungen nach gemeinsamen Regeln und einem darauf basierenden Emissionshandelsmarkt. Es deutet alles darauf hin, dass dieses Kyoto-System abgelöst wird durch einen Flickenteppich gut klingender, aber kaum vergleichbarer, unverbindlicher Versprechungen, die vor allem eines gemeinsam haben: Um den Klimawandel tatsächlich zu stoppen, greifen sie viel zu kurz. Dieser Pfad begann in Kopenhagen mit dem lediglich „zur Kenntnis genommenen“ Copenhagen Accord. In Cancún wurden diese freiwilligen Zusagen in einen formalen Konferenzbeschluss aufgenommen, verbunden mit dem erstmals in einem UN-Dokument formell beschlossenen Zweigrad-Ziel und der Aussage, dass diese freiwilligen Verpflichtungen für dieses Ziel nicht ausreichen. Das ist ebenso schön wie die Bekräftigung der Notwendigkeit, bis 2020 jährlich 100 Milliarden Dollar an Klimafinanzierungsmitteln aufzubringen, oder die ohne Zeitvorgaben beschlossene Aufforderung an die Staaten, Low Carbon Development Plans vorzulegen. Den Wert solcherlei Wunschlisten darf man getrost anzweifeln. Wahrscheinlicher als solche planwirtschaftlichen Ansätze dürfte es sein, dass die mit anziehender Weltwirtschaft wieder steigenden fossilen Energiepreise die althergebrachten CO₂-intensiven Entwicklungsstrategien am Markt immer mehr selbst ad absurdum führen.

Jürgen Maier war in Cancún als NGO-Vertreter dabei. Er koordiniert das Forum Umwelt & Entwicklung in Berlin.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 678177588, E-Mail: info@forumue.de, www.forumue.de

KLIMA & ENERGIE

Klimagipfel

Ergebnisse von Cancún

■ Die UN-Klimakonferenz im mexikanischen Cancún ist am 11. Dezember mit neuen Leitlinien für den Klimaschutz zu Ende gegangen. Die Vertreter von 193 Staaten bekannten sich zu dem Ziel, die Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen. Das Schlussdokument enthält neben Vereinbarungen zur Emissionsminderung auch Bekenntnisse zur Anpassung an den Klimawandel und zu deren Finanzierung. Die Übereinkünfte, die alle nicht rechtlich bindend sind, wurden gegen den Widerspruch Boliviens angenommen. Das Land will dagegen vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag klagen. Bolivien gehen die Beschlüsse nicht weit genug.

Die Hauptergebnisse von Cancún sind:

- ▶ Emissionsreduktion: Die Staaten einigten sich auf „substanzielle Verringerungen“ der weltweiten Treibhausgasemissionen bis 2050. Ein genaues Ziel soll auf der nächsten UN-Klimakonferenz Ende dieses Jahres im südafrikanischen Durban festgelegt werden. Zudem wurde ein Monitoring der Emissionen

zwischen 2013 und 2015 beschlossen, um das Zwei-Grad-Ziel im Auge zu behalten. Alle Staaten, auch Schwellen- und Entwicklungsländer, sollen dafür freiwillige Minderungsziele festlegen und an das UN-Klimasekretariat melden. An die Unterzeichnerstaaten des Kyoto-Protokolls wird appelliert, ihre CO₂-Emissionen bis 2020 um 25 bis 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Konkrete Zielvorgaben gibt es nicht.

- ▶ Finanzierung und Begleitung von Klimaschutz und Anpassung: Für die Entwicklungsländer wird ein „Grüner Klimafonds“ eingerichtet. Dorthin sollen ab 2020 jährlich 100 Milliarden Dollar aus öffentlichen und privaten Quellen fließen. Um Entwicklungsländer bei der Planung von Anpassungsstrategien zu unterstützen, wird ein „Cancún Adaptation Framework“ geschaffen.
- ▶ Waldschutz (REDD – Reducing Emissions from Deforestation and Degradation): Entwicklungsländer sollen die Waldzerstörung eindämmen, Industrieländer dafür angemessene Unterstützung leisten. Der Waldschutz soll nicht in den Emissionshandel einbezogen werden. [jgl]

(Siehe auch Kommentar Seite 11.)

- ▶ Übersicht: www.unfccc.int/2860.php

EU-Klimafinanzierung

Hilfe für Entwicklungsländer

■ Nach Ansicht der EU-Finanzminister ist Europa auf gutem Weg, seine Finanzierungsversprechen für Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern zu erfüllen. Die EU-Staaten zahlten dafür 2010 rund 2,2 Milliarden Euro. Die Maßnahmen sind Teil der Kopenhagener Klimavereinbarungen vom Dezember 2009. Allerdings hatte sich die EU darin verpflichtet, 7,2 Milliarden bis 2012 bereitzustellen und liegt damit um 200 Millionen Euro hinter die Zielmarke zurück.

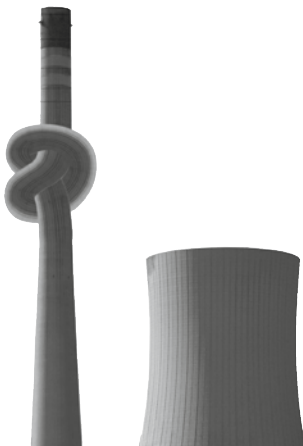
Die Entwicklungsorganisation Oxfam kritisierte, die EU habe nicht einmal auf dem Papier ihr Versprechen erfüllt. Ohnehin sei fraglich, ob ein Teil der Gelder nicht durch bloße Umwidmung von bereits eingeplanter Entwicklungshilfe zustande komme. Der „Copenhagen Accord“ verlangt neue, zusätzliche Mittel. Der von den Finanzministern angenommene Bericht gibt dazu keine Auskunft. Das europäische Klimaaktionsnetzwerk CAN forderte deshalb eindeutige Informationen in dem EU-Bericht. [am]

- ▶ EU-Ministerrat: www.kurzlink.de/ratwirtfin
- ▶ Oxfam: www.kurzlink.de/oxfamkom
- ▶ CAN: www.kurzlink.de/cankom

politische ökologie

Die Zeitschrift für Querdenker und Vordenkerinnen

oekom
verlag



CO₂-Speicherung

Klimarettung oder geologische Zeitbombe?

Die Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid – im Fachjargon CCS genannt – gilt Befürwortern als unverzichtbare Brückentechnologie, um den Klimawandel zu bekämpfen. Gegner kritisieren CCS als kaum erforscht, zu spät einsatzbereit und mit erheblichen sozial-ökologischen Auswirkungen behaftet. Wo Versuchsanlagen in Planung sind, formiert sich der Widerstand, doch bis Sommer 2011 muss Deutschland die EU-Rahmenrichtlinie zu CCS umsetzen.

Die *politische ökologie*¹²³ bringt Licht ins CCS-Dunkel. Sie erklärt, wie die Technologie funktioniert und diskutiert deren Potenziale und Risiken.

Mitherausgegeben vom Wissenschaftlichen Beirat des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland

CO₂-Speicherung – politische ökologie Heft 123 | 73 Seiten | 14,90 EUR (zzgl. Versand)
_ISBN 978-3-86581-228-5 | Erhältlich bei: www.oekom.de, kontakt@oekom.de



Emissionshandel und CDM

EU bremst lukrativen Betrug

■ Die EU-Kommission will Zertifikate von großen Industriegasprojekten künftig nur noch sehr eingeschränkt im europäischen Emissionshandel (ETS) zulassen. Dazu veröffentlichte die Kommission Ende November einen Vorschlag für eine Durchführungsverordnung. Die Pläne sorgten auf der Klimakonferenz in Cancún (siehe Beitrag links) für Streit zwischen der EU und China.

Die Verordnung zielt auf Projekte, bei denen gezielt Fluorkohlenwasserstoff (HFC) oder Schwefeldioxid (SO₂) hergestellt wird, nur um es dann wieder zu vernichten und dafür von im ETS aktiven Unternehmen bezahlt zu werden. Dabei wird das Klima nicht geschützt, sondern weiter geschädigt, weil die EU-Unternehmen, die sich die Reduktionen in den Industriegasprojekten im ETS anrechnen lassen, im Gegenzug mehr emittieren.

Chinas Regierung attackierte die EU-Pläne scharf. Nur 43 Prozent der fraglichen Produktionsstätten seien CDM-Projekte. Der Clean Development Mechanism (CDM) ist ein Kyoto-Instrument, bei dem sich Industrieländer Klimaprojekte im Ausland anrechnen lassen können, um selbst weniger CO₂ einsparen zu müssen.

Die unabhängige Organisation CDM Watch unterstützte dagegen die EU-Initiative. Es gehe um viel, da auf Industriegasprojekte 70 Prozent der bisher im CDM ausgestellten Zertifikate entfielen. [am]

- ▶ EU-Vorschlag: www.kurzlink.de/vorschlvorord
- ▶ Position Chinas (PDF): www.kurzlink.de/posichina
- ▶ CDM Watch: www.kurzlink.de/cdmwatch

EU-Energiepolitik I

Roadmap 2050 kommt

■ Die EU-Kommission will in diesem Jahr unter Federführung der Generaldirektion Energie eine Energie-Roadmap 2050 herausbringen. Sie soll der Klima-Roadmap 2050, die von der Generaldirektion Klima entwickelt wird, folgen. Um Stellungnah-

men zu der Energie-Roadmap zu sammeln, hat die Kommission noch bis zum 7. März eine Internetkonsultation geschaltet.

Während die Klima-Roadmap den Schwerpunkt auf eine Verringerung von Treibhausgasemissionen in der europäischen Wirtschaft um 80 bis 95 Prozent legt, soll die Energie-Roadmap verschiedene Wege für einzelne Sektoren aufzeigen. So sollen die Ziele der EU-Energiepolitik Nachhaltigkeit, Energiesicherheit und Wettbewerbsfähigkeit sein. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie eine Transformation zu einer CO₂-armen Wirtschaft zu mehr Energiesicherheit und Wettbewerbsfähigkeit führen kann. [am]

- ▶ Konsultation (engl.): www.kurzlink.de/konsulter

EU-Energiepolitik II

Energieinfrastrukturpaket

■ EU-Energiekommissar Günther Oettinger hat im November einen Vorschlag zum Ausbau der Energieinfrastruktur vorgelegt. Darin werden notwendige Investitionen von 200 Milliarden Euro veranschlagt, von denen vermutlich rund die Hälfte aus Staatshand kommen muss.

Oettinger sagte, der Infrastrukturausbau sei nötig, um die EU-Klimaziele zu erreichen: weniger Treibhausgase durch mehr Erneuerbare und Energieeffizienz. Das Paket nennt als Prioritäten die Anbindung der Offshorewindparks in Nord- und Mitteleuropa, den Netzausbau in Südwesteuropa zur Integration von Strom aus Sonne, Wind und Meer sowie die allgemeine Netzverbesserung in Osteuropa.

Die Grünen-Fraktion im Europaparlament begrüßte den Vorschlag. Der energiepolitische Sprecher Claude Turmes sagte, die Kommission setze mit dem Infrastrukturpaket den richtigen Schwerpunkt für die Energiewende. Auch Greenpeace sieht in dem Paket viel Positives. So stehe die Kommission der umstrittenen CCS-Technologie jetzt zurückhaltender gegenüber. Allerdings versuche sie weiter, Erneuerbare mit Kohle und Atomenergie zu kombinieren. Damit sinke die Chance

auf einen sauberen, flexiblen Energiemix.

Der Vorsitzende des EU-Ausschusses für Industrie und Energie ITRE, Herbert Reul (CDU), betonte dagegen die hohen Kosten, die auf die Verbraucher durch die notwendigen Investitionen zukämen, und warnte vor Widerstand in der Bevölkerung gegen neue Stromleitungen und Pumpspeicherwerke. [am]

- ▶ Kommission: www.kurzlink.de/pm-ip-10-1512
- ▶ Infrastrukturpaket: www.kurzlink.de/einfpak
- ▶ Greenpeace: www.kurzlink.de/reaktiongp

Energieeffizienz I

EU-Parlament will verbindliches Sparziel

■ Das Europäische Parlament hat sich Mitte Dezember für ein bindendes Energieeffizienzziel von 20 Prozent ausgesprochen. Damit sendet es ein starkes Signal an die Kommission, die bisher unschlüssig ist, ob das Ziel im Energieeffizienzaktionsplan (EEAP) verbindlich gemacht werden soll. Auch die EU-Staats- und Regierungschefs wollen beim Energie-Gipfel am 4. Februar über Effizienz beraten. Das Energieein-sparziel ist das einzige der sogenannten 20-20-20-Ziele, bei dem die EU nicht auf Kurs ist. Während die Ziele zu 20 Prozent CO₂-Reduktion und 20 Prozent mehr erneuerbaren Energien durch Entscheidungen und Richtlinien verbindlich gemacht wurden, blieb es bei Energieeffizienz bisher bei der politischen Willensbekundung.

Alle deutschen Abgeordneten der Linken, Grünen und SPD und mit einer Ausnahme auch der FDP stimmten geschlossen für das verbindliche Effizienzziel, während die deutschen Unionsabgeordneten mit zwei Ausnahmen dagegen stimmten.

Umweltverbände zeigten sich erfreut. Der Generalsekretär des Umweltdachverbandes Europäisches Umweltbüro (EEB) John Hontelez betonte, verbindliche Ziele brächten Planungssicherheit.

Die Abgeordneten forderten außerdem eine Schwerpunktsetzung bei Gebäudeeffizienz. Der öffentliche Sektor solle dabei

„Die Regierung scheut ordnungsrechtliche Maßnahmen gegen Gebäudeeigentümer und Vermieter“

Die energetische Gebäudesanierung ist der Schlüssel zur Reduzierung der deutschen CO₂-Emissionen. Auch Deutschlands Mietervertretungen sprechen sich dafür aus, halten aber die jetzt geplanten Mietrechtsänderungen für nicht sozial verträglich. Auf dem Rücken der Mieter werden die Energieeinsparziele nicht zu erreichen sein, sagt Reiner Wild vom Berliner Mieterverein.

umwelt aktuell: Herr Wild, alle schauen auf den Gebäudesektor, wenn es um Energieeffizienz, Klimaschutz und Arbeitsplätze geht. 40 Prozent der Energie wird dort verbraucht. Das CO₂-Einsparpotenzial ist enorm, wenn Häuser warm eingepackt und intelligent geheizt werden. Energetische Gebäudesanierung reduziert auch die Energiekosten. Was aber, wenn die Mieten mehr steigen, als die Mieter einsparen?

Reiner Wild: Das ist leider der Normalfall. Im Durchschnitt werden bei energetischer Sanierung etwa 50 Cent pro Quadratmeter an monatlichen Heizkosten eingespart. Weil die Miete aber um ungefähr 1,50 Euro steigt – das hat eine Untersuchung des Berliner Mietervereins ergeben –, bleibt im Durchschnitt eine tatsächliche Mehrbelastung der Haushalte von einem Euro pro Quadratmeter und Monat übrig. Nur ein kleiner Teil der Mieterhaushalte kann diesen Maßnahmen aus Härtegründen widersprechen. Eine höhere Sanierungsquote für den Klimaschutz bedeutet also eine höhere Wohnkostenbelastung. Das ist für viele Mieter einfach nicht zumutbar. Deshalb brauchen wir mehr öffentliche Fördermittel von Bund und Ländern und eine längerfristige Refinanzierung der Investitionen durch geringere Mietsteigerungen. Zur Kostendämpfung schlagen wir außerdem vor, dass die Mieterhöhung das Doppelte der Heizkostensparnis nicht übersteigen darf.

Ist energetische Gebäudesanierung trotzdem gerechtfertigt? Wie kann gesichert werden, dass Mieter sich weiter ihre Wohnung leisten können?

Der Deutsche Mieterbund und der Berliner Mieterverein setzen sich für eine energetische Verbesserung der Wohngebäude ein. Viele Mieter stehen heute wegen der Energiepreisentwicklung mit dem Rücken zur Wand. Mittelfristig gesehen werden Mieter in energetisch sanierten Gebäuden zwar erhebliche finanzielle Vorteile haben. Trotzdem müssen die Maßnahmen zur Verringerung des Energieverbrauchs und besonders zur CO₂-Reduktion sozial verträglich bleiben. Vor allem für Mieter, die Arbeitslosengeld, eine Form der Grundsicherung oder auch Wohngeld beziehen, muss über einen sogenannten Klimabonus die Wohnsicherheit

wieder hergestellt werden. Mietervertreibung im Namen des Klimaschutzes werden wir bekämpfen.

Wie kann denn die bevorstehende Mietrechtsreform sowohl der energetischen Gebäudesanierung als auch den Mietern helfen?

Nach einem Entwurf aus dem Bundesjustizministerium soll die Mietrechtsreform fast vollständig zulasten der Mieter gehen. Die Bundesregierung scheut sich vor ordnungsrechtlichen Maßnahmen gegen Gebäudeeigentümer und Vermieter, außerdem reduziert sie die öffentlichen Fördermittel zur Unterstützung der energetischen Sanierung. Deshalb versucht sie sanierungsunwillige Eigentümer über Mietrechtsreformen zu motivieren. Doch die Rechnung wird kaum aufgehen, denn das Mietrecht ist kein Investitionshindernis. Für das geringe Interesse an energetischer Sanierung besonders bei den privaten Kleineigentümern und Einfamilienhausbesitzern gibt es viele Gründe. Aber grundsätzlich gilt: Die Akzeptanz der Mieter für den Klimaschutz an Gebäuden wird nicht höher, wenn sie noch stärker zur Kasse gebeten werden. Im Gegenteil – wir empfehlen dem Gesetzgeber dringend, die Mieter mit rechtlichen Ansprüchen auszustatten, wenn Gebäudeeigentümer die gesetzlichen Mindestanforderungen an den energetischen Zustand nicht erfüllen. Außerdem brauchen wir eine Lösung für die Fälle, wo mit Energieeinsparung zwar der Primärenergieverbrauch sinkt, Endenergie in den Wohnungen jedoch nicht eingespart wird.

In den letzten Monaten war in einigen Medien von Zwangssanierung die Rede ...

Nicht nur in den Medien. Bei der ersten Vorstellung ihres Energiekonzepts 2050 hat die Bundesregierung die Gebäudeeigentümer noch zur energetischen Sanierung zwingen wollen. Doch mit Hilfe eines bundesweit erscheinenden Boulevardblatts ist es den Verbänden der Gebäudeeigentümer innerhalb weniger Tage gelungen, der Regierung diese Pläne wieder auszutreiben. Wir glauben nicht, dass die Klima- und Energiesparziele ohne verpflichtende Maßnahmen erreicht werden können. Die bisherigen sogenannten Zwangsmaßnahmen betreffen weitgehend den Wohnungsneubau. Der ist aber bundesweit beinahe

zum Erliegen gekommen. Verpflichtende Maßnahmen müssen deshalb schwerpunktmäßig auf die bestehenden Wohngebäude ausgerichtet sein – egal, ob es um den stärkeren Einsatz von erneuerbaren Energien geht oder um substanzielle Einsparungen durch bessere Heizanlagen und Wärmedämmung. Die bisherigen Energieeinsparverordnungen enthalten nur wenige unbedingte Anforderungen. Der erweiterte Zwang sollte aber mit Wahlfreiheiten für die Eigentümer über das Wie der energetischen Maßnahmen und mit sozialem Schutz für Mieter und Gebäudeeigentümer verbunden werden.

Sie haben in Berlin zusammen mit dem Umweltverband BUND und der Industrie- und Handelskammer ein Konzept für sozial verträglichen Klimaschutz im Gebäudesektor ausgearbeitet. Worum geht es dabei?

Unser gemeinsames Anliegen ist, den Klimaschutz auf Länderebene voranzubringen, weil die Ambitionen der jetzigen Bundesregierung nicht ausreichen. Als Alternative zum Entwurf von Berlins Umweltsenatorin Katrin Lompscher haben wir ein Stufenmodell entwickelt, mit dem Gebäudeeigentümer innerhalb von fünf Jahresstufen zur Einhaltung von Grenzwerten für den Energiebedarf oder -verbrauch oder für den CO₂-Ausstoß verpflichtet werden sollen. Der Berliner Senat hat aber trotz intensiver Diskussionen und Rückendeckung in der Öffentlichkeit bisher kein Landesklimaschutzgesetz zuwege gebracht.

[Interview: Stefanie Langkamp]

Der Soziologe Reiner Wild ist Geschäftsführer beim Berliner Mieterverein, einem Landesverband im Deutschen Mieterbund. Er war lange Zeit Mitglied im Berliner Energiebeirat.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 /
22626-119, Fax -162,
E-Mail: bmv@berliner-mieterverein.de,
www.berliner-mieterverein.de



die Führung übernehmen und öffentliche Gebäude auf ihr Einsparpotenzial hin prüfen.

Auch die EU-Kommission kündigte Anfang Januar an, die Mitgliedstaaten zu konkreten Energieeffizienzmaßnahmen drängen zu wollen. Verkehr, Industrie und Gebäude hätten große Sparpotenziale. [am]

- ▶ EU-Parlament: www.kurzlink.de/pmparleeziel
- ▶ EEB: www.kurzlink.de/eebkom

Energieeffizienz II

Auftritt der Effizienzbranche

■ Im November ist in Berlin die Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz (Deneff) gegründet worden. Das Netzwerk versteht sich als Interessenvertretung der Energieeffizienzbranche. Die Deneff vertritt zunächst alle Anbieter von energieeffizienzbezogenen Produkten und Dienstleistungen im Gebäudebereich. Erklärtes Ziel ist der industrieübergreifende Einsatz für eine bessere Energieeffizienzpolitik. Neben dem im Energiekonzept der Bundesregierung ausgearbeiteten Sanierungsfahrplan für den Gebäudebestand steht auch die Finanzierung auf dem Programm. Außerdem arbeitet die Deneff zur Neuauflage des EU-Energieeffizienzaktionsplans. Zu den Gründungsmitgliedern gehören zehn Unternehmen und Institutionen. [ej]

- ▶ Deneff, Geschäftsführer Martin Bornholdt, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 21232517, E-Mail: martin.bornholdt@deneff.org, www.deneff.org

Kohlekraftwerke

Subventionen noch bis 2018

■ Die EU-Kommission hat im Dezember ihren Vorschlag zu einer Verordnung über das Auslaufen der Kohlesubventionen geändert und das Enddatum von 2014 auf 2018 verschoben. Damit war der monatelange Druck von Deutschland und anderen Ländern erfolgreich. Die deutsche Regierung und die Bergbaugewerkschaft

begrüßten die Entscheidung. Dagegen erklärte die Klima-Allianz: „Deutschland hat mit aller Macht die Lobbyinteressen der Kohleindustrie schamlos durchgesetzt. Die Verlängerung der Steinkohlesubventionierung ist ökologisch unsinnig und eine große Belastung für die Steuerzahler.“ [am]

- ▶ Pressemitteilung der EU-Kommission (Punkt 2): www.kurzlink.de/pmkomkohle

Atomkraftwerke

Längere Laufzeiten

■ Trotz massiver Anti-Atom-Proteste im Herbst und Winter 2010 hat der Bundesrat Ende des Jahres das vom schwarz-gelben Kabinett beschlossene Atomgesetz bestätigt. Danach können die Atomkraftwerke im Schnitt zwölf Jahre länger in Betrieb bleiben; das letzte soll bis 2035 laufen.

Der Bundesrat verzichtete darauf, Einspruch gegen das Gesetz zu erheben und den Vermittlungsausschuss anzurufen. Eine aktive Zustimmung des Bundesrates, in dem die schwarz-gelb regierten Länder allein keine Mehrheit haben, war nicht erforderlich, weil die Regierung das Gesetz als nicht zustimmungspflichtig deklariert hatte. Ein Antrag der SPD-geführten Länder, dass dies nicht zulässig sei, fand vor der Diskussion in der Länderkammer keine Mehrheit, obwohl zuvor der Rechtsausschuss des Bundesrates mehrheitlich diese Position vertreten hatte. Zwei Wochen später unterzeichnete auch Bundespräsident Christian Wulff das Gesetz.

Die SPD-geführten Länder kündigten eine Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht an. Sollten sie damit erfolgreich sein, würde nach ihrer Auffassung die alte Gesetzeslage wieder gelten. Die frühere rot-grüne Bundesregierung hatte 2000 nach langen Konsultationen mit den Energieunternehmen für jedes Kernkraftwerk Reststrommengen festgelegt. Danach hätte der letzte Meiler im Jahr 2022 stillstehen müssen. [jgl]

- ▶ Bundesrat: www.kurzlink.de/bundesrat-10-11-26
- ▶ Dokumente: www.kurzlink.de/elftes-atomgesetz

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

EU-Lebensmittelkennzeichnung

Kalorien, Zucker, Fett und Salz müssen aufs Etikett

■ Verbraucher in der EU sollen künftig auf Verpackungen leichter erkennen können, wie viel Fett, Salz und Zucker und wie viel Kalorien in einem Produkt stecken. Das beschlossen die EU-Verbraucherminister im Dezember in Brüssel. Wenn das Europäische Parlament im Sommer zustimmt, gilt die neue Verordnung ab 2014. Bisher ist eine solche Kennzeichnung freiwillig und nur auf 70 Prozent aller Lebensmittelverpackungen zu finden.

Politische Akteure und Interessenvertreter hatten lange über die Form der Kennzeichnung gestritten. Die von Ernährungsfachleuten und Verbraucherverbänden bevorzugte Ampelkennzeichnung, bei der die Farben Rot, Gelb und Grün eine Warnung oder Empfehlung signalisieren, fand keine Mehrheit. Die Verbraucherorganisation Foodwatch kritisierte, mögliche Fortschritte im Kampf gegen Übergewicht und Krankheiten seien der Lebensmittelindustrie geopfert worden.

Der Verordnungsentwurf des Ministerrats sieht eine Nährwerttabelle vor, deren Angaben sich auf 100 Gramm oder Milliliter des Produkts beziehen. Außerdem muss die Schrift mindestens 1,2 Millimeter groß sein. Das ist allerdings nur halb so groß wie dieser Text. Künftig müssen auch falscher Käse und Schinken deklariert werden. Auch bei unverpackter Ware müssen allergieauslösende Stoffe deklariert sein.

Deutschland und einige andere Mitgliedstaaten forderten deutlichere Angaben zur Herkunft von Fleisch. Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner will sich auch dafür einsetzen, dass wesentliche Informationen bereits auf der Vorderseite der Verpackung stehen müssen. [mbu]

- ▶ Ratsbeschluss: www.kurzlink.de/eu-etiketten-pdf
- ▶ Foodwatch, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 240476-19, E-Mail: info@foodwatch.de, www.foodwatch.de

Die dunklen Seiten der hellen Bohne

Soja ist in aller Munde – sei es als Tofu, Milchersatz, in Schokoriegeln oder Aufstrich. Es gilt als wichtigster Eiweißlieferant in der Tierhaltung und soll als Biosprit unser Energieproblem lösen. Doch die Rodung der Regenwälder, die Vertreibung indigener Völker oder die Machenschaften der Gentechnikbranche werfen neues Licht auf die Bohne. Dieses Buch entlarvt die Mythen rund um den allgegenwärtigen Soja-Trend und ist zugleich ein packender Bericht über dessen Folgen.

N. Suchanek

Der Soja-Wahn

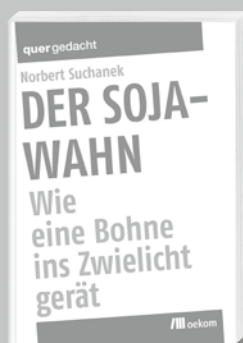
Wie eine Bohne ins Zwielficht gerät

quergedacht Band 5
109 Seiten, 8,95 EUR
ISBN 978-3-86581-216-2



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de



Lebensmittelqualität

Bessere Produktinformation

■ Ein Qualitätspaket für Agrarerzeugnisse, das die EU-Kommission im Dezember beschlossen hat, soll Verbrauchern hochwertige Lebensmittel und Landwirten faire Preise garantieren. Der Verordnungsvorschlag fasst Zertifizierungssysteme und Angaben über wertsteigernde Eigenschaften von Agrarprodukten und für Vermarktungsnormen zusammen, die bisher in Einzelvorschriften geregelt sind. Dazu gehören auch freiwillige Angaben wie „Freilandhaltung“ und „Erste Kaltpressung“. „Landwirte, die durch den Wirtschaftsabschwung, die Konzentration der Verhandlungsmacht im Einzelhandelssektor und die Globalisierung unter Druck stehen, benötigen Instrumente, mit denen sie die Verbraucher besser über ihre hochwertigen Erzeugnisse informieren können“, sagte EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș. [mbu]

► www.kurzlink.de/eu-qualitaet-2010

Biokonsumenten

Wissen wächst weiter

■ Deutsche Biokonsumenten wissen heute mehr über die Vorteile ökologisch erzeugter Produkte für den Tier- und Umweltschutz sowie das eigene Wohlbefinden als im letzten Jahr. Das ergab die Umfrage „Ökobarometer 2010“ im Auftrag des Verbraucherministeriums. Hauptgründe für den Kauf von Ökoware sind demnach die artgerechte Tierhaltung (90 Prozent), eine geringe Schadstoffbelastung (89) und die regionale Herkunft (86 Prozent). Auch Sozialstandards werden immer wichtiger. 49 Prozent gaben an, dass Prinzipien wie die gerechte Entlohnung von Erzeugern oder faire Arbeitsbedingungen ihre Kaufentscheidung beeinflussen – elf Prozent mehr als 2008. Für 88 Prozent ist wichtig, dass in Kindertagesstätten Bioessen angeboten wird. Das neue EU-Bio-Logo kennen 70 Prozent allerdings nicht. [mbu]

► Umfrage: www.oekolandbau.de/journalisten

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

Dioxinskandal

Futtermittelindustrie soll schärfer kontrolliert werden

■ Nach dem deutschen Dioxinskandal plant die EU-Kommission strengere Regeln für die Futtermittelproduktion in Europa. Nach vier Dioxinvorfällen in den letzten zehn Jahren, bei denen es jedes Mal um Probleme beim Fettmischen ging, wird vor allem über eine Trennung der Produktion von Fetten für die Industrie und für Futtermittel diskutiert. Der Vorsitzende der deutschen Gesellschaft für Ökologische Tierernährung Rudolf Joost-Meyer zu Bakum kritisierte die EU-Futtermittelrichtlinie. Sie regle nicht die Rückverfolgbarkeit der Produkte in der Lieferkette.

In Deutschland sollen für die Branche künftig strengere Zulassungsregeln gelten. Das versprach Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner (CSU) nach einem Treffen mit Futtermittelindustrie, Landwirtschaft und Verbrauchern im Januar. Sie schlug auch ein besseres Dioxinmonitoring vor.

Ende 2010 war bekannt geworden, dass in Deutschland tonnenweise dioxinbelastetes Fett in Tierfutter gemischt wurde. Das Gift fand sich in Eiern, Geflügel- und Schweinefleisch wieder. Die Firma Harles & Jentzsch aus dem schleswig-holsteinischen Uetersen hatte billige Fettabfälle aus der Biodieselproduktion für Futtermittelhersteller verarbeitet. Tausende Bauernhöfe wurden gesperrt.

Der Verbraucherverband VZBV forderte, dass die Behörden die Öffentlichkeit von sich aus informieren müssen, welche Hersteller, Händler und Produkte belastet sind. Auch die SPD-Bundestagsfraktion forderte, im Verbraucherinformationsgesetz eine Veröffentlichungspflicht für Untersuchungsergebnisse einzuführen, unabhängig von Grenzwertüberschreitungen. [mbu]

► Richtlinie: www.kurzlink.de/eu-richtlinie-futter

► www.vzbv.de

Patente auf Leben**Kein Erfinderschutz für konventionelle Züchtung**

■ Die Große Beschwerdekammer des Europäischen Patentamts (EPA) hat das Verfahren zur herkömmlichen Züchtung von Brokkoli und Tomaten nicht als technische Erfindung bewertet. Das bedeutet allerdings keine generelle Absage an Patente auf Lebewesen, die nicht gentechnisch verändert wurden. Man werde weiter Pflanzenpatente erteilen, sagte die für Biotechnologie zuständige Direktorin Siobhán Yeats der Tageszeitung Taz. Zwar seien laut der Rechtsprechung des EPA konventionelle Methoden zur Züchtung nicht patentierbar. Nicht zur Debatte gestanden hätten aber die Produkte dieser Verfahren. Nach geltendem Recht sind Patente auf Tiere und Pflanzen ausdrücklich erlaubt.

Umwelt- und Erzeugerverbände sowie die Grünen fordern nun eine gesetzliche Regelung, die die Patentierung von Lebewesen eindeutig verbietet. Der Vorsitzende des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) Felix Prinz zu Löwenstein sieht Verbraucherministerin Ilse Aigner in der Pflicht. Diese habe sich mehrfach gegen Patente auf Tiere und Pflanzen ausgesprochen. Nun müsse sie sich in Brüssel dafür einsetzen, dass Patente wie das auf Brokkoli gar nicht mehr angenommen werden können. [mbu]

- ▶ EPA: www.kurzlink.de/brokkolipatent
- ▶ BÖLW, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 28482-300, Fax -309, E-Mail: info@boelw.de, www.boelw.de

Umweltgerechte Landwirtschaft**Agrarexperten geben Rat**

■ Seit Ende vergangenen Jahres berät ein neunköpfiges Expertenteam das Umweltbundesamt (UBA) über eine umweltfreundliche Landbewirtschaftung. Hintergrund ist der Einfluss der Landwirtschaft auf Klima, Gewässer und Böden, der anhaltende Probleme verursacht. Neben

praktischen Vorschlägen soll die neue Kommission dazu beitragen, dem Umweltschutz in der bis 2013 geplanten EU-Agrarreform mehr Gewicht zu verschaffen. „Die Umweltprobleme der Landwirtschaft entstehen nicht dadurch, dass Landwirte gegen Gesetze verstoßen, sondern durch unzureichende rechtliche Vorgaben und falsche ökonomische Anreize“, sagte Lutz Ribbe, Direktor der Stiftung Euronatur und Leiter der neu gegründeten Kommission Landwirtschaft. Hauptziele des Gremiums seien die Senkung der Ammoniakemissionen, ein anspruchsvoller Gewässerschutz und der Klimaschutz. [mbu]

- ▶ UBA, Dessau/Anhalt, Tel. +49 (0)340 / 2103-0, Fax -2285, E-Mail: info@uba.de, www.uba.de

Agrogentechnik in der EU**US-Diplomaten als Lobbyisten**

■ Gentechnikbefürworter in den USA haben mithilfe der US-Botschaften in europäischen Ländern versucht, dort der Agrogentechnik zum Durchbruch zu verhelfen. Das zeigen geheime Dokumente, die im letzten Jahr auf der Enthüllungsplattform Wikileaks veröffentlicht wurden. Demnach bat zum Beispiel ein spanischer Agarpolitiker die US-Regierung um Unterstützung, nachdem sich 2009 die Stimmung in der EU immer mehr gegen Gentechnik drehte. Mitarbeiter des US-Gentechnikkonzerns Monsanto setzten sich den Dokumenten zufolge erfolgreich dafür ein, dass Spanien nicht dem Vorbild von Frankreich und Deutschland folgte, die beide den Gentechnik-Mais MON810 verboten hatten.

Andere Papiere enthüllen, dass US-Diplomaten ihrer Regierung empfohlen haben, den Papst zu einer Pro-Gentechnik-Haltung zu bewegen, um so die über eine Milliarde katholischer Gläubiger zu beeinflussen. Im vergangenen November versuchten Lobbyisten Papst Benedikt XVI. gentechnikfreundliche Äußerungen zu unterstellen. Dieser ließ jedoch demontieren. [mb]

- ▶ Bericht: www.telepolis.de/blogs/8/148979

Gentechnikgesetz**Standortregister und Haftungsregel bleiben**

■ Das Bundesverfassungsgericht hat Ende vergangenen Jahres das Gentechnikgesetz bestätigt. Sowohl das Standortregister als auch die Haftungsregelungen sind demnach mit dem Grundgesetz vereinbar und bleiben bestehen. Sachsen-Anhalt hatte mit einem Normenkontrollantrag Regelungen im Gesetz infrage gestellt: Das Haftungsrisiko liege einseitig bei den Gentechnik-Anwendern. Das Standortregister, in dem Gentechnikanbauflächen verzeichnet sind, verletze außerdem das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung, die Berufsfreiheit sowie den Eigentumsschutz.

Gentechnikkritiker wiesen darauf hin, dass das Gentechnikgesetz alle gentechnikfrei wirtschaftenden Bauern, Gärtner, Saatguterzeuger und Imker enorm belastete. Sie müssten einseitig die Kosten für die Vorsorge gegen Verunreinigung tragen. Ohne Standortregister sei ein Schutz vor der Agrogentechnik nicht möglich.

Die aktuellen Regeln waren 2004 unter der rot-grünen Bundesregierung verabschiedet worden. Damit sollten Landwirte mit konventionellen Anbaumethoden und besonders Biobauern geschützt werden. Die Verfassungsrichter setzten mit ihrer Entscheidung der Politik enge Grenzen: „Angesichts eines noch nicht endgültig geklärten Erkenntnisstandes der Wissenschaft bei der Beurteilung der langfristigen Folgen eines Einsatzes von Gentechnik trifft den Gesetzgeber eine besondere Sorgfaltspflicht.“ [mbu]

- ▶ Spruch: www.kurzlink.de/bverfg-gentechgesetz
- ▶ Informationen: www.keine-gentechnik.de

Genpflanzenanbau**Raus aus den Genkartoffeln ...**

■ Ob die gentechnisch veränderte Kartoffel Amflora dieses Jahr wieder in Mecklenburg angebaut wird, steht noch nicht fest. Laut Pressemeldungen kündigte das Gut

Bütow wegen des anhaltenden Protests von Gentechnikgegnern Anfang Januar den Vertrag mit der BASF-Tochterfirma Plant Science. Obwohl Plant Science dies bestätigte, sagte der Geschäftsführer des Gutes Karl-Heinrich Niehoff, er werde auch 2011 Amflora ausbringen. Vier Jahre lang wurde die Genkartoffel auf einem Versuchsfeld im Müritzkreis angebaut.

Klarheit sollte es ab Ende Januar geben, denn der Anbau von Genkartoffeln muss drei Monate vorab im Standortregister für Gentechnikfelder angemeldet und dann veröffentlicht werden. Mitte Januar waren dort ein Kartoffelversuchsfeld der Universität Rostock und zwei Äcker für genmanipulierte Zuckerrüben im niedersächsischen Northeim eingetragen. [mbu]

- ▶ BVL, Braunschweig, Tel. +49 (0)531 / 21497-0, Fax -299, www.bvl.bund.de
- ▶ www.keine-gentechnik.de (Dossiers – Kartoffeln)

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Natura 2000 I

EU prüft Kofinanzierung

■ Die EU-Kommission will Mitte des Jahres einen neuen Vorschlag zur Finanzierung von Natura 2000 machen, um die Situation des europäischen Schutzgebietsnetzes zu verbessern. Um Anregungen zu sammeln, hat sie noch bis zum 17. Februar eine Onlinekonsultation geschaltet.

Natura 2000 ist das weltweit größte Netzwerk seiner Art. Mit ihm will die EU ihr 2020- und 2050- Biodiversitätsziel erreichen und den Artenschwund stoppen. Biodiversität und Ökosystemleistungen sollen möglichst wiederhergestellt werden. Doch nur 17 Prozent der Arten und Habitate sind laut der Statusbewertung der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-RL) von 2009 in einem guten Zustand. Da Natura 2000 fast komplett ist, geht es jetzt darum, das Schutzgebietsnetz bis 2020 durch ein effektives Management und die Wiederherstellung der Gebiete in seiner

Funktionsweise zu verbessern.

Die Hauptverantwortung zur Finanzierung von Natura 2000 liegt bei den Mitgliedstaaten. Sogenannte prioritäre Schutzmaßnahmen können aber nach Artikel 8 der FFH-Richtlinie von der EU kofinanziert werden. Zurzeit kommt das Geld aus verschiedenen EU-Instrumenten. Der Erfolg war begrenzt, sodass der Umweltministerrat die Kommission aufgefordert hatte, andere Ansätze zu prüfen. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/konsult-naturafinanz
- ▶ www.kurzlink.de/natura2000-financing

Natura 2000 II

Netzwerk wächst im Meer

■ Natura 2000, Europas Netzwerk geschützter natürlicher Lebensräume, wurde um fast 27.000 Quadratkilometer erweitert. Das Netzwerk besteht nun aus über 26.000 Gebieten, die 850.000 Quadratkilometer – 18 Prozent der Landfläche der EU – sowie über 130.000 Quadratkilometer der EU-Meere umfassen. Mehr als die Hälfte der neuen Gebiete sind Meeresgebiete, vor allem in Frankreich, Dänemark und Spanien. [bv]

- ▶ www.ec.europa.eu/environment/nature
- ▶ www.europa.eu/rapid (Reference: IP/11/18)

EU-Umweltfinanzierung

Konsultation zu LIFE+

■ Die EU-Kommission hat bis zum 15. Februar eine Konsultation eröffnet, um Sichtweisen zum nächsten Finanzinstrument für die Umwelt zu sammeln. Es soll Nachfolger von LIFE+ in der Finanzperiode 2014 bis 2020 werden. Die Internetbefragung ist Teil einer breiter angelegten öffentlichen Konsultation, deren Antworten in dem Vorschlag für neue Instrumente berücksichtigt werden sollen. [bv]

- ▶ Konsultation: www.kurzlink.de/konsultation-life
- ▶ LIFE+: www.ec.europa.eu/environment/life

Wildnisgebiete

EU will Schutz vorantreiben

■ Die EU-Kommission will Wildnisgebiete besser schützen. Das Europäische Parlament hatte sie dazu aufgefordert, da nicht alle Wildnisgebiete in den Natura-2000-Schutzgebieten der EU liegen. Auf einer EU-Konferenz im November versprach die Kommission, 2011 ein Wildnisregister sowie spezielle Managementrichtlinien für Natura 2000 zu erstellen. Zudem soll das Wildnis-Konzept in die EU-Biodiversitätsstrategie einfließen.

In Wildnisgebieten kann sich die Natur ohne menschliche Eingriffe frei entwickeln. Während größere zusammenhängende Wildnisgebiete nur noch in den Bergen oder dem äußersten Norden und Osten Europas zu finden sind, gibt es kleinere Gebiete überall verstreut in Europa. [nsa]

- ▶ www.wildeuropa.org
- ▶ Seite der EU-Kommission: www.kurzlink.de/eu-com-wilderness

Waldpolitik international

Jahr der Wälder 2011

■ Die Vereinten Nationen haben 2011 zum Internationalen Jahr der Wälder erklärt. Das Bundeslandwirtschaftsministerium hat ein Kampagnenbüro eingerichtet, um „durch zahlreiche Veranstaltungen und Initiativen Wald als faszinierenden Naturraum und lebendigen Wirtschaftszweig erfahrbar zu machen“.

Der BUND betont dagegen vor allem die Rolle der Wälder für die Artenvielfalt und will sich besonders für den Schutz der Buchenwälder einsetzen. Die weitere Privatisierung öffentlicher Waldflächen müsse gestoppt werden. Der NABU forderte, den auf der Weltklimakonferenz in Cancún beschlossenen globalen Waldschutzfonds zügig aufzulegen. [bv]

- ▶ Deutsche Kampagne: www.wald2011.de
- ▶ BUND, Heidrun Heidecke, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 27586-495, E-Mail: heidrun.heidecke@bund.net
- ▶ www.nabu.de/wald2011

Waldpolitik**Waldstrategie 2020 kommt**

■ Sobald Agrar- und Umweltressort die konkreten Maßnahmen fachlich abgestimmt haben, will die Bundesregierung ihre Waldstrategie 2020 veröffentlichen. Das soll noch 2011 geschehen, ist der Antwort auf eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion vom Oktober zu entnehmen. Die Waldstrategie soll danach Handlungsempfehlungen liefern und einen „Optimierungsprozess“ in Gang setzen, damit der Wald für zukünftige Generationen gesichert wird. Die Strategie umfasse nach derzeitigem Stand die Themenbereiche

- ▶ Eigentum, Arbeit und Einkommen;
- ▶ Rohstoffe, Verwendung und Effizienz;
- ▶ Waldbau und Jagd;
- ▶ Klimaschutz und Biodiversität;
- ▶ Erholung, Gesundheit und Tourismus;
- ▶ Bildung und Forschung.

Der Textentwurf basiere auf den Ergebnissen von drei durch das Landwirtschaftsministerium veranstalteten Symposien. Der Wald-Klima-Fonds zur geplanten Finanzierung der Maßnahmen soll der Antwort zufolge ab 2013 eingerichtet werden. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/waldstrat-kl-anfrage

EU-Bodenschutzrahmenrichtlinie**Argumentationshilfe**

■ Die EU-Koordinationsstelle des Deutschen Naturschutzrings hat im Dezember ein Themenheft zum europäischen Bodenschutz veröffentlicht. Die Online-Broschüre beschreibt Bedeutung und Gefährdung der Böden und rollt die Geschichte der EU-Bodenschutzbemühungen auf. Die ExpertInnen des DNR stellen den Bodenschutz in Deutschland vor, erörtern die Notwendigkeit europaweit einheitlicher Bodenschutzregeln, nennen Ziele und Defizite der geplanten EU-Bodenschutzrahmenrichtlinie und ordnen die Argumente dafür. [bv]

- ▶ www.eu-koordination.de/publikationen
(Hintergrundpapiere – Biologische Vielfalt)

Bienen- und Hummelsterben**EU will Bienen schützen**

■ Ein Diskussionspapier mit Maßnahmen zum Schutz von Honigbienen und Hummeln hat die EU-Kommission im Dezember veröffentlicht. Anlass ist ein vermehrtes Bienensterben in verschiedenen Ländern der Welt in den letzten Jahren. US-Forscher haben im Dezember zudem den Rückgang von vier Hummelarten um bis zu 96 Prozent seit 1990 nachgewiesen. Bisher konnten wissenschaftliche Untersuchungen weder das genaue Ausmaß noch die Ursache für den Rückgang der Bienen- und Hummelpopulationen herausfinden. Mit den Vorschlägen vom Dezember will die Kommission nun einer Lösung näherkommen. Honigbienen wie auch Hummeln sorgen sowohl für die Honigerzeugung als auch für die Bestäubung von Pflanzen, zum Beispiel Obstbäumen. Die Bienenzucht ist in der EU weit verbreitet. Die meisten der rund 700.000 Imker betreiben die Bienenzucht ehrenamtlich. [mbu, bv]

- ▶ www.kurzlink.de/eu-bees
- ▶ US-Studie zum Rückgang bei Hummelarten:
www.pnas.org/site/misc/highlights.shtml#bees

Biodiversitätspolitik**Bericht zur Strategie**

■ Das Bundeskabinett hat im November den ersten Indikatorenbericht für die Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt verabschiedet. Der Fortschrittsbericht zum Naturschutz in Deutschland soll eine Erfolgskontrolle der Ziele und Maßnahmen der 2007 verabschiedeten Strategie ermöglichen. Er enthält 19 Indikatoren – von der Gefährdung von Arten und Nutztierassen über die streng geschützten Gebiete und den Gewässerzustand bis zum Zustand der Flussauen. Erfasst werden auch Belastungsfaktoren wie der Flächenverbrauch oder der Stickstoffüberschuss der Landwirtschaft. Fast alle Indikatoren sind noch weit von ihren Zielwerten entfernt. [bv]

- ▶ www.bmu.de/Indikatorenbericht-NBS

Grünes Band**Gegen Privatisierung**

■ Der BUND hat die Bundesregierung im Dezember aufgefordert, sich für einen Privatisierungsstopp bei Flächen im Biotopverbund „Grünes Band“ an der früheren innerdeutschen Grenze einzusetzen. Obwohl die Regierung zugesagt habe, alle bundeseigenen Flächen im Grünen Band für den Naturschutz zu sichern, sei die Verwendung von etwa 1.000 Hektar im Besitz der Bodenverwertungs- und -verwaltungs-GmbH (BVVG) ungeklärt. Diese würden teilweise auf dem freien Grundstücksmarkt angeboten. Ein Drittel des ehemaligen Grenzstreifens ist noch nicht unter Schutz gestellt. Der BUND forderte, das Grüne Band durch die 2010 geschaffene Naturschutzkategorie „Nationales Naturmonument“ zu schützen. [bv]

- ▶ BUND, Projektbüro Grünes Band, Dr. Liana Geidezis, Nürnberg, +49 (0)911 / 575294-0,
www.bund.net/gruenes-band

Biodiversitätspolitik international**Welt hat Biodiversitätsrat**

■ Die UN-Generalversammlung hat im Dezember der Gründung des Weltbiodiversitätsrates formal zugestimmt. In Anlehnung an den Weltklimarat IPPC existiert nun das neue Gutachtergremium zur Biologischen Vielfalt unter dem Dach der Vereinten Nationen. Die Gründung des Intergovernmental Panel on Biodiversity and Ecosystem Services (IPBES) war im Juni 2010 auf einer Konferenz des UN-Umweltprogramms UNEP in Südkorea beschlossen worden.

Das Gremium soll politischen Entscheidungsträgern regelmäßig unabhängige und glaubwürdige Informationen über Zustand und Entwicklung der Biodiversität als Entscheidungshilfe zur Verfügung stellen. Neben globalen Analysen sind auch nationale und regionale Berichte vorgesehen, die die Wissenschaftler fast ausschließlich ehrenamtlich erstellen sollen. Der erste Bericht soll in drei Jahren vorliegen. ▶

Eine Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services soll zudem eine Brücke zwischen Politik und Wissenschaft schlagen.

Die geschätzten jährlichen Kosten von zweieinhalb bis fünf Millionen Euro für Gutachten sowie von etwa drei Millionen Euro für die Unterhaltung eines zentralen IPBES-Sekretariats und möglicherweise regionalen Sekretariats sollen auf freiwilliger Basis durch die Geberländer getragen werden. Wo der neue Rat seinen Sitz haben wird, steht noch nicht fest. [bv]

► www.ipbes.net

Gebietsfremde invasive Arten

Studie für EU-Strategie

■ Das Institut für Europäische Umweltpolitik (IEEP) hat im November eine Studie zur Eindämmung gebietsfremder invasiver Arten veröffentlicht. Sie analysiert die politische Ausgangssituation, nennt Prioritäten und soll zur Entwicklung einer EU-Strategie beitragen. Auch beinhaltet sie eine vorläufige Schätzung der Kosten der vorgeschlagenen Maßnahmen. [bv]

► www.kurzlink.de/invasivealien-eu

STADT & REGION

Straßenbeleuchtung

Erhebliche Sparpotenziale

■ Die durchschnittliche deutsche Straßenlaterne ist 21 Jahre alt und kostet 92 Euro pro Jahr, davon allein 55 Euro für Strom. Die Beleuchtung eines Straßenkilometers schlägt in ländlichen Kommunen bis 5.000 Einwohner mit 2.100 Euro zu Buche, in der Großstadt durchschnittlich mit 3.600, in Einzelfällen bis 4.800 Euro. Das ergab eine bundesweite Befragung in 341 Städten und Kommunen durch die Unternehmensberatung PricewaterhouseCoopers (PwC).

Die Kostenunterschiede sind PwC zufolge nicht nur auf Faktoren wie Anzahl und Art der Straßenlaternen oder die Strompreise zurückzuführen, sondern auch auf das Management. So verwendeten 80 Prozent der befragten Kommunen Dämmerungsschalter und jede vierte schaltet die Beleuchtung zeitweise ganz aus. Nur eine Handvoll Kommunen nutzt laut der Studie Bewegungsmelder oder Anschaltung per Anruf.

Bundesweit ließen sich durch stromsparende Leuchtmittel und intelligente Konzepte mindestens 100 Millionen Euro

pro Jahr sparen, errechnete PwC. Die EU-Ökodesignrichtlinie verbietet ab 2015 die Nutzung von ineffizienten Leuchtmitteln. [jg]

► www.kurzlink.de/pwc-beleuchtung

Fördermittel

Geld für lokale Klimaprojekte

■ Das Bundesumweltministerium vergibt erneut Fördermittel für Klimaschutzprojekte auf lokaler Ebene. Bis zum 31. März können soziale, kulturelle und öffentliche Einrichtungen Anträge beim Projektträger Jülich einreichen. Die Vorhaben werden im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative finanziert. 30 Millionen Euro stehen zur Verfügung. Neu ist die Möglichkeit, bis zu 80 Prozent Kofinanzierung zu bekommen, wenn Kommunen mit ihren Konzepten bis 2050 ihre Treibhausgasemissionen um mindestens 95 Prozent senken wollen. Kommunen, die ihre Straßen- und Außenbeleuchtung auf LED-Technik umrüsten, können 40 Prozent Förderung erhalten. Lokale Klimaschutzmanager können Geld für ein eigenes Budget beantragen. [jg]

► www.bmu-klimaschutzinitiative.de



Komplexe Welt, einfach erklärt

Wie lösen wir die Probleme unserer Zeit in einer Welt, die chaotischer, überfüllter, vernetzter und veränderlicher ist als je zuvor? Mit einfachen Erläuterungen, Praxisnähe und einer Prise Humor erklärt dieses Buch, wie komplexe Systeme funktionieren, und wie wir in der Firma, der Politik oder im Engagement für eine bessere Welt zu klugen Entscheidungen kommen. So leicht war es noch nie, die Welt zu durchschauen – und zu verändern!

D. H. Meadows

Die Grenzen des Denkens

Wie wir sie mit System erkennen und überwinden können

238 Seiten, mit vielen farbigen Abbildungen, 19,90 EUR, ISBN 978-3-86581-199-8

Erhältlich bei www.oekom.de, kontakt@oekom.de

Die guten Seiten der Zukunft



TIERSCHUTZ & ETHIK

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Tierhandel**Tierbörsen ohne Tierschutz**

■ Der Deutsche Tierschutzbund und die Organisation Pro Wildlife haben im Dezember auf Missstände bei deutschen Tierbörsen hingewiesen. Dort würden „nahezu alle Tierschutzvorgaben missachtet“, erklärte Pro Wildlife. Hinzu komme der Verkauf von Wildfängen und gefährlichen Arten, die als Haustier ungeeignet seien. Die Organisationen führten auf 32 Tierbörsen verdeckte Untersuchungen durch und legten die Berichte zusammen mit einem Forderungskatalog dem Bundeslandwirtschaftsministerium vor.

Ursprünglich sollten Tierbörsen Privatpersonen die Möglichkeit geben, den Nachwuchs ihrer Haustiere unterzubringen. Weil die Börsen aber mittlerweile „zu kommerziellen Flohmärkten verkommen“ seien, fordern die beiden Verbände nun klare Regeln im Tierschutzgesetz. [hmp]

- ▶ www.prowildlife.de/wildtierhandel
- ▶ www.tierschutzbund.de/4254.html

Legehennenhaltung**Illegale Kleingruppen**

■ Das Bundesverfassungsgericht hat im Oktober die sogenannte Kleingruppenhaltung bei Legehennen untersagt, da sie nicht mit dem Tierschutz, wie er im Grundgesetz vorgeschrieben ist, vereinbar sei. Die Klage hatte 2007 das Land Rheinland-Pfalz eingereicht. Der Deutsche Tierschutzbund, der die Klage begleitet hatte, begrüßte die Entscheidung des obersten Gerichtshofes. Die herkömmliche Käfighaltung von Hennen war bereits vorher verboten worden, nicht aber die Kleingruppenhaltung, in der den Tieren geringfügig mehr Platz zur Verfügung gestellt wird. [lk]

- ▶ Urteil: www.kurzlink.de/kleingruppen
- ▶ www.tierschutzbund.de/4244.html

Tierschutzaktionsplan**EU schützt Hunde und Katzen**

■ Die Europäische Union dehnt ihre Kompetenz auf den Schutz von Hunden und Katzen aus. Die durch ihre AgrarministerInnen vertretenen EU-Mitgliedstaaten fassten Ende November in Brüssel einen entsprechenden Beschluss auf Initiative Belgiens. Die EU-Kommission wird damit beauftragt, den Schutz von Hunden und Katzen in den Tierschutzaktionsplan für 2011 bis 2015 aufzunehmen und entsprechende Regelungen EU-weit zu harmonisieren. Dabei geht es nach Angaben des Deutschen Tierschutzbundes um Zucht, Handel, Kennzeichnung und Registrierung der Tiere, außerdem um ein Verbot, Schwänze und Ohren zu kupieren, und um die Vermittlung von Sachkunde an die Tierhalter. Tierschutzverbände begrüßten den Beschluss und lobten die belgische Regierung für ihren Vorstoß. Die Harmonisierung in der EU müsse aber auf hohem Niveau geschehen, strengere Bestimmungen einzelner Mitgliedstaaten dürften nicht aufgeweicht werden. [mb]

- ▶ www.kurzlink.de/eu-hunde-katzen
- ▶ Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, www.tierschutzbund.de/4236.html

Haischutz**EU-Parlament gegen Finning**

■ Das EU-Parlament unterstützt eine Resolution für ein Verbot des sogenannten Finnings. Damit bezeichnet man das Abschneiden der Flossen von lebenden Haien, um sie zurück in Meer zu werfen, wo sie verenden. Vier Abgeordnete hatten eine Erklärung verfasst, die im Dezember die nötige Mehrheit im Plenum erreichte. Die Initiatoren forderten die EU-Kommission auf, nun schnell ein Gesetz zu erarbeiten. Da Haie langsam wachsen und sich erst spät fortpflanzen, sind sie besonders von Überfischung betroffen. Ein Drittel der europäischen Arten gilt als bedroht. [lk]

- ▶ www.sharkalliance.org/content.asp?did=36688

Europäische Bürgerinitiative**Mehr Macht dem Souverän**

■ EU-Parlament und Ministerrat haben im Dezember mit großer Mehrheit grünes Licht für die Einführung der Europäischen Bürgerinitiative gegeben. EU-EinwohnerInnen können damit ab 2012 die Europäische Kommission direkt zu Gesetzesvorschlägen auffordern. Dazu müssen sie in zwölf Monaten eine Million Unterschriften in mindestens einem Viertel der Mitgliedstaaten sammeln, zurzeit also in sieben EU-Ländern. Wer eine Bürgerinitiative starten möchte, muss einen Bürgerausschuss mit mindestens sieben BürgerInnen aus sieben Mitgliedstaaten bilden. Die Kommission muss dann innerhalb von drei Monaten über ihr Vorgehen entscheiden.

Die 27 EU-Staaten haben nun ein Jahr Zeit, die Regeln in nationales Recht umzusetzen. Das Bürgerbegehren ist bereits im Lissabon-Vertrag vorgesehen, der seit einem Jahr gilt, konnte aber nicht angewandt werden, weil die Details umstritten waren. Auch wenn die Hürden hoch sind, planen Umweltorganisationen bereits ein EU-Bürgerbegehren gegen Gentechnik. [mbu]

- ▶ www.kurzlink.de/eu-buergerinitiative

Umweltstatistik**EU-Daten kompakt**

■ Eurostat, das statistische Amt der EU, hat im Dezember umfassende Daten über die zentralen Umweltprobleme der EU veröffentlicht. Der Bericht fasst erstmals Daten von Eurostat, der Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission, der Europäischen Umweltagentur und den EU-Mitgliedstaaten zusammen. Ein Schwerpunkt liegt auf dem Einfluss europäischer Privathaushalte auf die Umwelt. Enthalten sind auch Daten zu ökologischen Steuern. [ej]

- ▶ www.kurzlink.de/envi-stat-2010.pdf (10 MB)

Ermittlungen in Sachen Klima

Zwei Jahre lang reiste der Journalist Bernhard Pötter um die Erde, um Spuren im globalen Kriminalfall Klimawandel zu sichern. Er beschreibt Menschen und Länder, Unternehmen und Institutionen, die für den Klimawandel verantwortlich sind, an ihm kräftig verdienen oder eine Lösung anzubieten haben, und andere, die schuld- und machtlos unter ihm leiden. Ein politisches Buch – spannender als jeder Krimi.

B. Pötter

Tatort Klimawandel

Täter, Opfer und Profiteure einer globalen Revolution

264 Seiten, 19,90 EUR
ISBN 978-3-86581-121-9



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de



EU-Haushalt

126,5 Milliarden im Budget

■ Mitte Dezember haben die EU-Institutionen sich nach langer Debatte auf einen Haushalt für 2011 geeinigt. Demnach darf die EU 126,5 Milliarden Euro ausgeben, rund drei Prozent mehr als 2010. Das EU-Parlament verzichtete auf seine Forderung nach einer sechsprozentigen Steigerung und erhält dafür mehr Mitsprache bei der längerfristigen Finanzplanung. Fast die Hälfte des EU-Budgets wird für Landwirtschaft, Umwelt und arme Regionen aufgewendet. Der zweitgrößte Posten sind mit etwa 42 Milliarden Euro die Strukturfonds, aus denen Projekte für Wirtschaftswachstum und Beschäftigungspolitik gefördert werden. [mbu]

► www.ec.europa.eu/budget

Ökologische Finanzreform

Grüneres EU-Budget möglich

■ Eine Koalition aus sieben europäischen Umweltverbänden, darunter Friends of the Earth und BirdLife, hat Ende letzten Jahres einen Bericht zu umweltfreundlichen Finanzperspektiven und dem Abbau umweltschädlicher Subventionen vorgelegt (siehe S. 6). Der Bericht analysiert mehrere EU-Politikbereiche und gibt detaillierte Handlungsempfehlungen für eine umweltverträgliche Ausgestaltung des EU-Budgets für 2014 bis 2020. Es ist das erste Mal, dass große, EU-weit agierende Umweltverbände gemeinsam Vorschläge für ein grünes EU-Budget unterbreiten.

Für den Verkehrssektor schlagen die Verbände vor, nur Projekte zu fördern, die zur CO₂-Reduktion beitragen. Agrarsubventionen sollen an umweltverträglichere Bewirtschaftung und Naturschutzmaßnahmen gekoppelt werden. Für die Struktur- und Kohäsionsfonds empfiehlt die Umweltkoalition eine Vergabestruktur, die die umweltverträgliche, ressourcenschonende Entwicklung ländlicher Räume fördert. [jgl]

► Bericht: www.kurzlink.de/changingperspectives

EU-Ratspräsidentschaften

Noten für Belgien, Forderungen an Ungarn

■ Das Europäische Umweltbüro (EEB) hat Ende 2010 Bilanz zu den Umweltfortschritten des belgischen EU-Vorsitzes gezogen. Belgien erntete ein „Gut“ für das Engagement für Biodiversität und Regierungsführung, aber schlechte Noten bei Klimaschutz und Finanzen.

Der Dachverband lobte den Einsatz Belgiens für ein 7. Umweltaktionsprogramm und die Thematisierung der ungeklärten Fragen zu Nanotechnologien. Kritik gab es, weil die Präsidentschaft sich zu wenig um einen Beitrag der EU-Finanzpolitik für eine Wende zu einem CO₂-armen, ressourceneffizienten und nachhaltigen Europa gekümmert habe. Auch sei der belgische Vorsitz, statt sich für eine mindestens 30-prozentige CO₂-Emissionsreduktion einzusetzen, bei dem wenig ehrgeizigen 20-Prozent-Ziel der EU geblieben.

Am 1. Januar hat die ungarische Regierung den Vorsitz über die EU-Ratspräsidentschaft übernommen – und ebenfalls vom EEB zehn grüne Prüfsteine mit auf den Weg bekommen.

Ehrgeizige Energiesparfortschritte fordert der Verband als Topthema auf der ungarischen Agenda. Gelegenheit hierfür bietet etwa der Energiegipfel am 4. Februar. Bei der „Low Carbon Roadmap 2050“ soll die Präsidentschaft für hohe Standards kämpfen. Für eine wirkliche Agrarreform sollen die Ungarn sich ebenso einsetzen wie für einen mehrjährigen Finanzrahmen mit maximaler Umweltfreundlichkeit. Das EEB fordert außerdem eine neue EU-Quecksilberstrategie, die ehrgeizige Umsetzung der Biodiversitätsstrategie sowie ein neues Moratorium für gentechnisch veränderte Organismen. Die ungarische Regierung müsse sich auch für eine Revision der Lärm- und der Emissionsgrenzwertrichtlinie einsetzen. In der Abfallpolitik müssten nicht-nachhaltige Trends gestoppt werden, etwa bei Elektroschrott und Bioabfallmanagement. [jgl]

► www.eeb.org (library)

Transparenz**Rüge vom Ombudsmann**

■ Der Europäische Bürgerbeauftragte (Ombudsmann) Nikiforos Diamandouros hat die EU-Kommission im Dezember aufgefordert, aus Spanien stammende Dokumente über den 2006 genehmigten Bau eines Industriehafens auf Teneriffa zu veröffentlichen. Damit hatte eine Beschwerde des Europäischen Umweltbüros (EEB) aus dem gleichen Jahr Erfolg. Dem Dachverband war der Zugang zu den Genehmigungsdokumenten mit der Begründung verweigert worden, die spanischen Behörden hätten Bedenken gegen eine Veröffentlichung. Die Kommission fürchtete außerdem, es könnten laufende Gerichtsverfahren beeinträchtigt werden. Der Ombudsmann stellte jedoch klar, dass EU-Mitgliedstaaten auf Grundlage der EU-Transparenzregeln wirklich überzeugend darlegen müssen, warum sie von der Kommission verlangen, Dokumente, die von ihnen stammen, nicht freizugeben.

Der Ombudsmann will nun untersuchen lassen, wie die EU-Institutionen generell mit Anfragen zum Zugang zu Dokumenten umgehen, die aus den Mitgliedstaaten stammen. [bv]

► www.ombudsman.europa.eu (Presse – 15.12.2010)

Umweltaktionsprogramm**Minister wollen Langfristplan**

■ Der EU-Umweltministerrat hat sich im Dezember einstimmig für ein 7. Umweltaktionsprogramm (UAP) ausgesprochen und die Europäische Kommission „eingeladen“, ein solches bis spätestens Anfang 2012 zu schreiben. Als zentrale Themen nannten die UmweltministerInnen Klimawandel, Artenvielfalt, Ressourceneffizienz und „grüne Wirtschaft“. Außerdem soll die Kohärenz – die Abstimmung politischer und institutioneller Maßnahmen – verbessert werden.

Die Mitgliedstaaten fordern die Kommission auf, die derzeit laufende Evaluierung des 6. UAP zügig abzuschließen und

noch früh im Jahr 2011 vorzustellen. Die Kommission zögert bisher ein 7. UAP zu schreiben und begründet dies mit der Evaluierung, deren Ergebnisse sie abwarten müsse (siehe auch S. 2).

Wissenschaft, Regierungen und Nichtregierungsorganisationen, darunter das Europäische Umweltbüro (EEB) und der Deutsche Naturschutzring (DNR), hatten sich auf einer Konferenz Ende November ausdrücklich für ein neues Umweltaktionsprogramm ausgesprochen. [am]

► www.eu-koordination.de (EU-News – 01.12.2010 und 21.12.2010)

Umweltforschung**Umwelt im Bewusstsein, nicht immer im Handeln**

■ Das Umweltbundesamt hat im Dezember die neueste Erhebung zum Umweltbewusstsein und -verhalten vorgestellt. Die Repräsentativumfrage zeigt, dass Umweltschutz zu den drei wichtigsten Themen zählt – gleich nach Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. Ein Viertel bis ein Drittel der Befragten sieht ausreichenden Umwelt- und Klimaschutz als Grundbedingung zur Bewältigung anderer gesellschaftlicher Herausforderungen an. Die Antwort wird allerdings vom sozialen Status beeinflusst. Wer in anderen Bereichen zu kämpfen hat, ist weniger bereit, dem Umweltschutz hohe Priorität zu geben.

Fast 30 Prozent der Befragten fühlen sich durch Umweltprobleme stark, vier Prozent sogar sehr stark belastet. Allerdings ändert sich die Einschätzung mit der Distanz zum Problem: Was weiter weg oder später passiert, wird als gefährdeter eingestuft als das Geschehen vor der eigenen Haustür. So bewerten 87 Prozent die Umweltqualität in der eigenen Gemeinde als gut, 16 Prozent als sehr gut. Die globale Umweltsituation wird aber von über 80 Prozent als schlecht eingeschätzt.

Fast zwei Drittel der Bevölkerung verlangen laut Studie ein aktiveres Handeln der Politik. Drei Viertel erwarten von Staat

und Industrie Beiträge zum Umweltschutz, die Hälfte sieht auch im individuellen Handeln Potenziale, beim Konsumverhalten sogar zwei Drittel. Der Anteil der Umweltengagierten hat sich seit 2008 auf neun Prozent verdoppelt.

Der 96-seitige Bericht steht im Internet. Im Frühjahr sollen Vertiefungsberichte zu einzelnen Themen erscheinen. Die Umweltbewusstseinsstudie wird seit 1996 alle zwei Jahre durchgeführt. [jg]

► www.umweltbundesamt.de/umweltbewusstsein

Umweltbericht I**EU-Verbrauch schwächt Ökosysteme weltweit**

■ Die Europäische Umweltagentur (EEA) hat ihren vierten Umweltzustandsbericht (SOER 2010) veröffentlicht. Der Bericht hebt hervor, wie rasant der Weltbedarf an natürlichen Ressourcen für Nahrung, Kleidung, Wohnen und Personenbeförderung ansteigt. Dadurch wachse der Druck auf Ökosysteme, Volkswirtschaften und den sozialen Zusammenhalt.

Der SOER 2010 betont, „dass gute umweltpolitische Strategien die Umwelt Europas kontinuierlich verbessern, ohne dabei das Wachstumspotenzial zu schmälern“. Beim Klimaschutz sieht die EEA Nachholbedarf besonders im Bereich Verkehrszunahme, bei der Anpassung an den Klimawandel und beim Biodiversitätsschutz. Intensivierte Landnutzung, der Verlust von Lebensräumen und die Überfischung hätten verhindert, dass die EU ihr selbst gestecktes Ziel, den Artenverlust bis 2010 aufzuhalten, erreichen konnte.

Um Europa zu einer ressourceneffizienten „grünen Wirtschaft“ zu verhelfen, müsse die Preisgestaltung die Folgen der Ressourcennutzung einschließen. Die EEA bewertet alle fünf Jahre den Zustand der Umwelt in Europa. Zusätzlich liefern die Mitgliedstaaten Selbstanalysen. [jg]

► www.eea.europa.eu/soer

► www.eu-koordination.de (News – 02.12.2010)

Umweltbericht II

Große Erfolgsgeschichten der deutschen Umweltpolitik

■ Deutschland ist weltweit führend im Umwelt- und Klimaschutz. Das ist zumindest das Ergebnis des Umweltberichts 2010, den das Bundeskabinett im Dezember beschlossen hat. Auf 233 Seiten hat die Bundesregierung den durch das Umweltinformationsgesetz alle vier Jahre vorgeschriebenen Bericht dem Bundestag vorgelegt. Der Umweltbericht 2010 liefert einen Überblick über die Situation in Deutschland und international sowie daraus abzuleitende Handlungsanforderungen.

Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) hob bei der Vorstellung des Berichts die umweltfreundliche Energieerzeugung und die Kreislaufwirtschafts- und Abfallpolitik hervor, die laut Bericht „zu den großen Erfolgsgeschichten der deutschen Umweltpolitik“ gehören. Deutschland will hier den weltweiten Ausbau der Kreislaufwirtschaft fördern und seine Wettbewerbsvorteile ausnutzen.

Neben positiven Bilanzen etwa bei der Treibhausgasreduktion sowie den arbeitsmarktpolitischen Erfolgen der Umweltbranche vermeldet der Umweltbericht auch einige Defizite. So lag der Flächenverbrauch von 2006 bis 2009 bei durchschnittlich 94 Hektar pro Tag – weit entfernt von dem in der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie für 2020 angestrebten Zielwert von 30 Hektar. Bei der Rohstoff- und Materialeffizienz gibt es laut Bericht große ungenutzte Potenziale; das Ziel einer Verdopplung der Rohstoffproduktivität bis 2020 erfordere mehr Anstrengung. Die EU-Luftreinhaltevorschriften von 2005 hat Deutschland immer noch nicht ausreichend umgesetzt. Trotz des leichten Rückgangs zählt der Nitrateintrag ins Grundwasser weiter zu den Hauptproblemen im Gewässerschutz, ähnlich die wachsenden Mengen von Arzneimittlrückständen. Auch im Verkehrsbereich gebe es viel zu tun, zumal der Autoverkehr in Deutschland weiter wachsen soll. [jg]

► Umweltbericht 2010: www.bmu.de/46768

Umweltrecht

EU-Gericht stärkt Klagerecht für Umweltverbände

■ Die Generalanwältin am Europäischen Gerichtshof (EuGH) hat am 16. Dezember in ihrem Schlussantrag das Klagerecht von Umweltverbänden bei industriellen Großprojekten gestärkt. Wenn der EuGH dem Antrag folgt, dürfen Umweltverbände künftig auch ohne direkte individuelle Betroffenheit Dritter klagen. Das Urteil wird bis März erwartet. Hintergrund ist ein Rechtsstreit zwischen dem BUND und der Bezirksverwaltung Arnsberg über die Genehmigung des Kohlekraftwerks Lünen in Westfalen. Das Oberverwaltungsgericht Münster hatte den EuGH für ein Vorabentscheidungsverfahren angerufen. Nach deutschem Recht können Umweltverbände bisher nur gegen immissionsrechtliche Verwaltungsentscheidungen klagen, wenn sie direkt betroffene Dritte vertreten. Eine umweltrechtliche Kontrolle von Industrie-großvorhaben durch die Umweltverbände ist damit bisher nicht möglich.

Die Generalanwältin bezieht sich in ihrem Schlussantrag auf die EU-Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und zur Beteiligung der Öffentlichkeit bei bestimmten umweltrelevanten Planungen sowie zum Zugang zu Gerichten (2003/35/EG). Diese Richtlinie sei in Deutschland nicht vollständig umgesetzt worden und daher im vorliegenden Fall direkt wirksam. Demnach haben nach Auffassung der Generalanwältin nichtstaatliche Organisationen eine automatische Klagebefugnis, die sich auf Artikel 10a der Richtlinie stützt.

Der BUND-Landesverband Nordrhein-Westfalen begrüßte die Entscheidung der Generalanwältin. Sollte der EuGH ihrer Auffassung folgen, sei dies „ein herausragender Fortschritt für mehr Umweltschutz und Bürgerbeteiligung“. Die Entscheidung des EuGH hätte vermutlich auch Auswirkungen auf die Kohlekraftwerksprojekte in Datteln und Krefeld. [am]

► www.eu-koordination.de (EU-News –20.12.2010)
 ► BUND NRW, Dirk Jansen, Düsseldorf, Tel. +49 (0)211 / 30200522, www.bund-nrw.de

VERKEHR & TOURISMUS

Fehmarnbeltquerung

Brückenpläne versenkt?

■ Eine Tunnellösung hat das Brückenbauprojekt über den Fehmarnbelt zwischen Deutschland und Dänemark auf Platz zwei verwiesen. Das geht aus einer vorläufigen Empfehlung der staatlichen dänischen Planungsgesellschaft Femern A/S hervor. Als Gründe nennen die Planer die geringeren Kosten für einen Tunnel und niedrigere Umwelttrisiken. Laut Planungsgesellschaft müsste dann der Meeresboden nicht so stark bearbeitet werden.

Die geschätzten Kosten für eine Brücke waren in den letzten beiden Jahren von rund 4,4 Milliarden Euro auf gut 5,2 Milliarden gestiegen, vor allem wegen immer höherer Sicherheitsauflagen.

Geht es nach der dänischen Empfehlung, werden Tunnelteile aus Beton auf den Meeresboden versenkt, ohne dass darunter gebohrt wird. So war auch ein Stück der Öresundquerung zwischen Dänemark und Schweden gebaut worden. Im Fehmarnbelt würde der Tunnel allerdings mit 19 Kilometern fast fünfmal so lang werden wie im Öresund. Zudem ist das Meer zwischen der Insel Fehmarn und dem dänischen Lolland mit bis zu 40 Metern auch viermal so tief.

Der Naturschutzbund NABU, der jegliche feste Verbindung im Fehmarnbelt ablehnt, appellierte an die Bundesregierung, die Ausstiegsklausel im deutsch-dänischen Staatsvertrag zu nutzen und das Projekt zu beenden. Auch die Tunnellösung richte Umweltschäden an.

Welcher der beiden Vorschläge für eine feste Fehmarnbeltverbindung das Rennen macht, entscheidet sich voraussichtlich Anfang dieses Jahres. Dann soll die Umweltverträglichkeitsprüfung fortgesetzt werden, die eine Grundlage für das deutsche Planfeststellungsverfahren ist. [mbu]

► Femern A/S: www.femern.de
 ► NABU, Malte Siegert, Tel. +49 (0)173 / 9373241, www.schleswig-holstein.nabu.de/projekte/fehmarnbelt/infod

EU-Abgasnormen

Kleintransporterkompromiss

■ EU-Parlament, Ministerrat und Kommission haben Ende 2010 eine informelle Einigung über die Abgaswerte für Kleinlaster und Transporter erzielt. Damit ist der Weg frei für die entsprechende Verordnung zur Begrenzung des CO₂-Ausstoßes leichter Nutzfahrzeuge. Der Kompromiss sieht vor, dass die CO₂-Emissionen bis 2017 auf 175 Gramm pro Kilometer reduziert werden. Das ist ein Jahr später als die Kommission vorgeschlagen hatte. Bis 2020 soll der Ausstoß dann noch einmal sinken: auf 147 g/km statt wie von der Kommission angestrebt auf 135 g/km. Dieses langfristige Ziel soll 2013 noch einmal überprüft werden. Damit bleiben die Vorgaben deutlich unter dem ursprünglichen Entwurf der EU-Kommission.

Während EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard die Einigung als richtigen Schritt bezeichnete, kritisierten ökologische Verkehrsverbände wie T&E in Brüssel oder der deutsche VCD die abgeschwächten Grenzwerte. Im Februar muss noch das Parlament darüber abstimmen. [mbu]

- ▶ EU-Strategie zu CO₂-Emissionen von Kleintransportern: www.kurzlink.de/kleinlasterabgase10
- ▶ T&E: www.transportenvironment.org

Bahn

Gewinn soll ins Netz fließen

■ Die Länderverkehrsminister haben den Bund aufgefordert, Gewinne der Bahn für die Verbesserung des laufenden Betriebs zu verwenden, solange die Bahn nicht genug Geld erhalte, um Mindeststandards auch in Extremsituationen zu gewährleisten. Nach der Sonderkonferenz im Januar kündigte Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) mehr Investitionen an.

Aus Sicht des ökologischen Verkehrsclubs Deutschland (VCD) und der Allianz pro Schiene muss viel mehr Geld in die unterfinanzierte Eisenbahninfrastruktur gesteckt werden. Die Bundesregierung benachteilige aber die Schiene massiv, kritisierte der VCD. Die Mittel für den Erhalt der Bundesfernstraßen seien in diesem Jahr auf rund 2,2 Milliarden Euro erhöht worden, das müsse auch für die Schiene gelten. Nach Berechnungen der Allianz pro Schiene benötigt das Schienennetz gut eine Milliarde Euro mehr als vorgesehen. Im Haushalt 2011 seien 3,9 Milliarden Euro für Investitionen ins Netz eingeplant, nötig seien aber fünf Milliarden. [mbu]

- ▶ Verkehrsministerium: www.bmvbs.bund.de
- ▶ www.vcd.org
- ▶ www.allianz-pro-schiene.de

WASSER & MEERE

Plastikmüll

Auch Mittelmeer verseucht

■ Französische Meeresforscher schätzen, dass im Mittelmeer 500 Millionen Tonnen Plastikmüll schwimmen. Kunststoffgegenstände und -verpackungen würden an Stränden zurückgelassen, von Schiffen geworfen oder von Flüssen ins Meer gespült. Das könne auch für Menschen gefährlich werden, wenn das fein zerbröselte Plastik von Meerestieren für Plankton gehalten werde und über die Nahrungskette auf den Teller komme. Mit einer Internetpetition fordern die Forscher die EU auf, die Abfallgesetzgebung zu verschärfen und eine breite Öffentlichkeitskampagne zu starten.

Das Problem wird seit einigen Jahren in allen Weltmeeren beobachtet. US-Forscher des Instituts 5 Gyres haben im Südatlantik selbst in entlegenen Gebieten, mehr als 1000 Kilometer von Siedlungen entfernt, Plastikreste gefunden. Jeder Europäer und Nordamerikaner verbraucht rund 100 Kilogramm Kunststoff im Jahr. [am]

- ▶ Petition: www.expeditionmed.eu/petition
- ▶ US-Expedition: www.5gyres.org



BUVKO 2011

18. Bundesweiter Umwelt- und Verkehrskongress

18.-20. März 2011 in Trier

Grenzen des Verkehrs, Verkehr ohne Grenzen?



Informieren, diskutieren und Trier, die älteste Stadt Deutschlands, erleben - für alle Akteure in den Kommunen



Infos + Anmeldung: **UMKEHR** und **FUSS e.V.**, Tel. 030-492.74.73, info@buvko.de, www.buvko.de

Fangquoten im Atlantik

Hai geschützt, Thunfisch nicht

■ Die Internationale Kommission zum Schutz des Atlantischen Thunfisches (ICCAT) hat sich im Dezember auf Vorschlag der EU-Kommission auf Fangverbote für den Weißspitz-Hochseehai und den Hammerhai verständigt. Für den Blauflossenthunfisch, der stark überfischt ist, verabschiedeten die Vertragspartner dagegen Fangquoten, die nur wenig unter denen des Vorjahres liegen. Damit bleibt das Schutzniveau für den Blauflossenthunfisch noch hinter der EU-Position zurück, die bereits über wissenschaftlichen Empfehlungen lag. Die EU-Kommission hatte vorgeschlagen, die europäische Position streng nach wissenschaftlichen Kriterien zu definieren. Bei den Verhandlungen im EU-Fischereirat im Vorfeld des ICCAT-Treffens setzten Mittelmeeranrainer aber eine Verwässerung des Vorschlags durch, für den dann auch Deutschland stimmte. Greenpeace kritisierte das Ergebnis des ICCAT-Treffens scharf. [am]

- ▶ www.iccat.int
- ▶ www.kurzlink.de/eu-fischereirat-1110
- ▶ Greenpeace: www.kurzlink.de/gp-tuna-271110

Fangquoten der EU

Intensives Quotengeschacher

■ Die EU-Fischereiminister haben im November und Dezember Fangmengen bis 2012 für mehrere Fischarten in der Nordsee sowie für die Tiefsee beschlossen. Bei der Tiefseefischerei einigten sie sich Ende November auf Fangverbote für Tiefseehai und Kaiserbarsch. Für andere Arten beschlossen sie Fangquoten teilweise über dem von der EU-Kommission vorgeschlagenen Niveau. Der Internationale Rat für Meeresforschung ICES, der die EU zu Fischereibeständen und Fangquoten berät, hatte vorab erklärt, die Fangquoten für alle Tiefseefischarten in EU- und internationalen Gewässern des Nordatlantiks seien zu hoch. Greenpeace fordert einen Stopp der Tiefseefischerei, die hohe Schäden an den

Ökosystemen verursache. In der Nordsee dürfen in diesem Jahr 13 Prozent weniger Seelachs und 20 Prozent weniger Kabeljau gefangen werden als im Vorjahr. Der WWF begrüßte diese Entscheidung, kritisierte aber die Erhöhung der Fangquoten für Hering.

Der Rückwurf von Beifang ist eines der großen Probleme bei der Überfischung der Meere, da er nicht in die Fangquoten eingerechnet wird, aber dennoch zur Ausdünnung der Fischbestände beiträgt. Das Problem soll unter anderem durch freiwilliges Anbringen von Kameras auf Fischereischiffen eingedämmt werden. [hmp, jgl]

- ▶ Greenpeace, Saskia Richartz, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2741902, www.greenpeace.org/eu-unit
- ▶ Fischereirat: www.kurzlink.de/agri-fisch-pms1210
- ▶ Greenpeace: www.kurzlink.de/tiefsee-briefing

EU/Arktis

„Arktischer Fußabdruck“

■ Um ihre Umweltauswirkungen auf die Arktis zu reduzieren, hat die EU die von ihr verursachten Belastungen in der Region ermittelt. Die Vizepräsidentin des EU-Parlaments Diana Wallis stellte dazu Mitte Dezember einen Bericht vor. Der Klimawandel werde die biologische Vielfalt und die Einwohner der Arktis gefährden und außerdem zu höheren Schadstoffbelastungen führen, heißt es darin, er könne aber auch wirtschaftliche Chancen für Schifffahrt, Fischerei und Tourismus bringen. [lk]

- ▶ www.arctic-footprint.eu

Ölpest/Golf von Mexiko

Zurück zur Tagesordnung?

■ Die US-Regierung hat wieder Ölbohrungen im Golf von Mexiko erlaubt. Sie sollen schärferen Sicherheitsbestimmungen unterliegen. Allerdings müssen Unternehmen, die schon vor der Explosion der Ölbohrplattform Deepwater Horizon in

der Region nach Ölfeldern gesucht haben, ihre Umweltpläne nicht anpassen. Anfang Januar erschienen US-amerikanische und britische Regierungsberichte, in denen Zweifel an ausreichenden Sicherheits- und Katastrophenvorkehrungen an Ölplattformen geäußert werden.

Der Ölkonzern BP bietet Betroffenen der Ölpest im Golf Einmalzahlungen gegen Klageverzicht an. Politiker und Anwälte warnen jedoch davor, weil die Folgeschäden häufig nicht abschätzbar seien. [am]

- ▶ www.klimaretter.info/umwelt/-/7656
- ▶ Britischer Bericht: www.kurzlink.de/uk-oel-report

Ölpest/EU

Aktionsplan für die Nordsee

■ Minister und Vertreter von neun Staaten und der EU-Kommission haben sich Ende November in Dublin auf einen Aktionsplan zum besseren Schutz der Nordsee vor Verschmutzung durch Öl und andere Schadstoffe (BAAP) geeinigt. Die Nordseeanrainer wollen das Gebiet gemeinsam per Flugzeug und Satellit überwachen und Umweltdaten über Schiffsverkehr, Bohrplattformen und illegale Emissionen sammeln. Mit gemeinsamen Notfallplänen und Übungen wollen sich die Staaten auf den Fall eines Ölaustritts vorbereiten. Die Nordsee wird darüber hinaus in Zuständigkeitsbereiche eingeteilt. Geplant sind auch gemeinsame Forschungsprojekte. Der BAAP-Aktionsplan gilt bis 2013. [em]

- ▶ www.bonnagreement.org
- ▶ www.kurzlink.de/baap-10-13
- ▶ www.kurzlink.de/bonn-erklarung-1110

Gewässerschutz

Neue Verordnung in Arbeit

■ Die Bundesregierung hat Mitte Dezember den Referentenentwurf für eine Verordnung veröffentlicht, die Gewässer besser vor gefährdenden Stoffen schützen soll. Die Verordnung soll bisherige Landes-

verordnungen zusammenführen und ein einheitliches Schutzniveau herstellen. Betreiber von Anlagen müssen demnach ihre Stoffe nach der Wassergefährdung kategorisieren. Behälter mit wassergefährdenden Stoffen müssen künftig während der gesamten Betriebszeit dicht sein. Anlagen mit erhöhtem Risiko müssen gefährliche Stoffe automatisch zurückhalten können und bei Austritten Alarm auslösen. Für Funktionstüchtigkeit zu sorgen soll in der Verantwortung des Betreibers liegen. Verbände und Kommunen können bis zum 18. Februar Kommentare abgeben. [am]

- ▶ Entwurf und Begründung (PDF, je 1,3 MB):
www.kurzlink.de/vo-wasser-stoffe1210
www.kurzlink.de/vo-stoffe-begr.1210

EU-Flusspolitik

Donaustrategie veröffentlicht

■ Die EU-Kommission hat im Dezember eine Strategie für den Donaoraum veröffentlicht, um dessen Wirtschaftspotenzial zu erschließen und die Umweltbedingungen zu verbessern. Dazu sollen keine neuen Rechtsakte erlassen, aber Politikbereiche und Akteure besser verknüpft werden. Ein Aktionsplan nennt vier Schwerpunktfelder – bessere Anbindung, Umwelt, Wohlstand und Institutionen – und entsprechende Ziele, darunter 20 Prozent mehr Güterverkehr auf der Donau bis 2020.

Der WWF begrüßte die Umweltziele der Strategie, etwa die Erhaltung des Störbestands. Mehr Verkehr auf der Donau werde aber schwere Folgen für die einzigartige Flussumwelt haben. Besonders kritisiert der WWF die geplante Entfernung von Engpässen, was meist mit Flussverbreiterungen oder -vertiefungen verbunden sei. Dass dies den Donaoraum zu einer ähnlich wirtschaftlich erfolgreichen Region wie die Rheinregion machen werde, sei wegen der unterschiedlichen Vorbedingungen kaum vorstellbar. [am]

- ▶ www.kurzlink.de/mitteilung-donau-10
- ▶ WWF, Andreas Beckmann, Wien, Tel. +43 (0)676 / 842728216, www.panda.org/epo

Natura 2000

Ems darf renaturiert werden

■ Die Unter- und Außenems wird Teil des EU-Schutzgebietsnetzwerks Natura 2000. Das hat das Oberlandesgericht Oldenburg Ende November entschieden und damit Klagen gegen die Aufnahme abgelehnt. Die Entscheidung steht im Einklang mit dem Urteil des EU-Gerichtshofs im Vorabentscheidungsverfahren von Anfang 2010 (umwelt aktuell 02.2010, S. 27). Geklagt hatten unter anderem die Städte Emden und Papenburg sowie die dort ansässige Meyer-Werft.

Umweltverbände bereiten nun die Renaturierung der Unterems vor. Deren ökologischer Zustand sei durch die starke Ausbaggerung für Kreuzfahrtschiffe sehr schlecht, so BUND, NABU und WWF in einer Pressemitteilung. Ziel der Maßnahmen sei ein Zustand, in dem Ökonomie und Ökologie ausgewogen seien. Zum Auftakt des Projekts fand im Dezember eine Expertenkonferenz in Emden statt. [am]

- ▶ BUND, Vera Konermann, Hannover, Tel. +49 (0)511 / 9656975, www.bund-niedersachsen.net
- ▶ NABU: www.niedersachsen.nabu.de
- ▶ WWF: www.kurzlink.de/wwf-ems-1110

Weservertiefung

„Überflüssig und schädlich“

■ Die Außenweser soll nach dem Willen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes vertieft werden, damit sie tideunabhängig befahrbar ist. Die Vertiefung würde jedoch das Ökosystem Weser weiter belasten und außerdem dazu führen, dass der bald fertiggestellte Tiefwasserhafen Jade-Weser-Port nicht mehr ausgelastet wäre, kritisierten die BUND-Landesverbände Bremen und Niedersachsen Anfang Januar. Im kostspieligen Jade-Weser-Port sollen Schiffe tideunabhängig fahren können. Bisher fehlt noch die Zustimmung der beteiligten Bundesländer. [am]

- ▶ BUND Bremen, Martin Rohde, Tel. +49 (0)421 / 79002-0, www.bund-bremen.net (Presse)

Hochwasserschutz

Rückdeichungen gefordert

■ Der Deutsche Naturschutzring (DNR) hat die Landesumweltminister Anfang Dezember aufgefordert, Pilotprojekte für Rückdeichungen in ihren Bundesländern anzuschieben. Dabei werden Deiche weiter von den Flüssen weg ins Landesinnere verlegt, um Flussauen wiederherzustellen und Ausweichgebiete für Hochwasser zu schaffen. Hintergrund der Forderung ist eine Studie des Bundesamts für Naturschutz vom August 2010, nach der Rückdeichungen nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch sinnvoll sind.

Auch der BUND hält Rückdeichungen für alternativlos. Dies sei die einzige Möglichkeit angesichts der Hochwasserstände, sagte die Leiterin des Elbe-Projekts Iris Brunar. [am]

- ▶ DNR, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, www.dnr.de
- ▶ BUND, Iris Brunar, Tel. +49 (0)340 / 8507978, E-Mail: i.brunar@gmx.de, www.elbeinsel.de

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

Wachstumskritik

Enquete berät öffentlich

■ Die neue Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ ist am 17. Januar im Bundestag zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammengekommen. Wie die sich anschließende erste Kommissionssitzung sollen auch die meisten anderen Sitzungen öffentlich sein.

17 Abgeordnete aller Fraktionen und 17 Sachverständige sind Mitglieder der Enquete, die sich mit den Wohlstandsperspektiven für die nächsten Jahrzehnte und dem Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft befassen soll. Zudem will die Kommission prüfen, „wie die Einflussfaktoren von Lebensqualität und gesellschaftlichem Fortschritt zu einem gemeinsamen Indikator zusammengeführt werden können“. Bis Mitte 2013 ▶

sollen Handlungsempfehlungen für das Parlament erarbeitet werden. Die Initiative für die Enquete war von Hermann Ott und Kerstin Andreae von der Grünen-Fraktion ausgegangen. Michael Müller, Vorsitzender der NaturFreunde und Mitglied im DNR-Präsidium, wurde von der SPD als Sachverständiger benannt und soll die Sicht der Umweltverbände einbringen.

Das globalisierungskritische Netzwerk Attac begrüßte die Enquete, warnte aber vor einer Verkürzung der Themen. Das Magazin Telepolis hatte berichtet, die Koalition habe im Vorfeld eine „Entschärfung“ des Auftrags der Enquete erreicht. Attac bemängelte, die Kommission rede über Wohlstandsindikatoren, statt zu beraten, „welche zerstörerischen und auf fossilen Energieträgern beruhenden Wirtschaftssektoren geschrumpft werden sollen und wie dies sozial aufgefangen werden kann“. Dies wollen nun Attac sowie die Friedrich-Ebert-, die Heinrich-Böll- und die Rosa-Luxemburg-Stiftung bei einem Kongress im Mai in Berlin diskutieren. [mb]

- ▶ www.kerstin-andreae.de/enquete-wachstum
- ▶ www.blog.naturfreunde.de/category/wachstum
- ▶ www.spdfraktion.de/rs_dok/0,,54681,00.html
- ▶ www.attac.de/jenseits-des-wachstums
- ▶ www.telepolis.de/r4/artikel/34/34036/1.html
- ▶ Kongress: www.jenseits-des-wachstums.de

Ökologische Unternehmen

Geht Hess Natur an US-Fonds?

■ Der Ökofirma Hess Natur könnte ein Verkauf an den Private-Equity-Fonds Carlyle drohen. Das in den 1970er-Jahren gegründete Versandhaus ist eine der größten deutschen Marken für ökologische Bekleidung und die einzige mit einer lückenlosen Biozertifizierung. Hess Natur wurde 2001 an den Karstadt-Betreiber Arcandor und nach dessen Pleite an die Primondo Group verkauft. Diese will Hess Natur abstoßen, laut einem Bericht der Frankfurter Rundschau möglicherweise an den US-Fonds Carlyle Group, dem auch zahlreiche große Rüstungsfirmen gehören. Nach den Medienberichten teilte Primondo allerdings mit, ein Verkauf sei vorerst nicht geplant.

Das globalisierungskritische Netzwerk Attac warnte davor, dass „bewusst gezahlte Extra-Euro für faire Ökoleidung dann auf denselben Konten wie die Erlöse aus Panzer- und Minenverkauf landen“ könnten, und rief zum Protest gegen den Verkauf auf. Im Januar trafen sich Vertreter von Attac, dem Betriebsrat von Hess Natur und dem Netzwerk Solidarische Ökonomie, um eine mögliche Geschäftsform als Genossenschaft zu diskutieren. [lk]

- ▶ www.solidarische-oekonomie.de

Seltene Erden I

Batterien aus Salzseen

■ Die Puna, eine Hochwüste in der Grenzregion von Argentinien, Bolivien und Chile, gerät wegen ihrer lithiumhaltigen Salzseen zunehmend in den Blick der Bergbauindustrie, berichtet die Tageszeitung Taz. Schätzungen zufolge beherbergen die Seen bis zu 80 Prozent der weltweiten Lithiumvorkommen. Das Alkalimetall ist wegen seiner Verwendung in wiederaufladbaren Batterien in Handys, Laptops und der wachsenden Zahl an Elektroautos stark gefragt. Der Marktpreis für eine Tonne Lithiumkarbonat verdoppelte sich in wenigen Jahren auf 6.000 US-Dollar.

Die Firma Lithium America, die auch VW, Opel und Mitsubishi versorgt, steckte kürzlich im argentinischen Teil der Puna ein 44.000 Hektar großes Gebiet ab. Das Metall befindet sich dort meist in den unterirdischen Wasserläufen der Salzseen. Mit Sprengungen wird ein Zugang geschaffen und das Wasser in überirdische Bassins gepumpt. Wenn es in der Sonne verdunstet, bleibt Lithiumkarbonat übrig. Der durch die Bohrungen sinkende Wasserspiegel ist jedoch für die indigene Bevölkerung bereits jetzt spürbar und könnte langfristig ihren Nutztierbestand sowie die Tierwelt und den Tourismus bedrohen.



Den Kapitalismus zähmen

Die Finanzkrise hat gezeigt, wie ausgebrannt unser scheinbar kraftstrotzendes Wirtschaftssystem in Wahrheit ist. Doch die globalisierte Marktwirtschaft macht weiter wie bisher und ignoriert Armut, Ressourcenknappheit und Klimawandel. Der ehemalige Top-Manager Peter H. Grassmann zeichnet einen neuen Weg vor, der weder dem Macho-Kapitalismus noch der Staatsgläubigkeit huldigt – den Weg des gesellschaftlichen Dialogs.

P. H. Grassmann

BURN OUT

Wie wir eine aus den Fugen geratene Wirtschaft wieder ins Lot bringen

152 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, 14,90 EUR, ISBN 978-3-86581-191-2
Erhältlich bei www.oekom.de, kontakt@oekom.de

Die guten Seiten der Zukunft



Bolivien schloss im Dezember mit Japan ein Investitionsabkommen zum Lithiumabbau ab und will später auch selbst Batterien oder sogar E-Mobile produzieren. [Ik]

► www.womblog.de/2011/01/11/g

Seltene Erden II

China will Standards erhöhen

■ Der Abbau Seltener Erden soll umweltfreundlicher werden. China will im Februar entsprechende Regelungen mit zwei- bis dreijähriger Übergangsfrist verabschieden, berichtete die Zeitung China Daily. Unter anderem sollen die Grenzwerte für die Verunreinigung von Luft und Boden mit Phosphaten und radioaktivem Abfall sowie für Ammoniakstickstoff im Abwasser gesenkt werden. Durch die höheren Standards sollen auch die Preise steigen und die Exporte sinken. Seltene Erden sind für die Hightechindustrie ebenso unverzichtbar wie für Umweltechnologien. Sie werden zum Beispiel für Handys, Windkraftanlagen und Elektromobile benötigt. Der Abbau der Metalle ist meist sehr umweltschädlich. Seltene Erden werden zurzeit zu etwa 95 Prozent in China abgebaut. [mb]

► www.klimaretter.info/umwelt/-/7678

Verteidigungspolitik

Ressourcen im Visier der Nato

■ Die Nato-Mitgliedsländer haben bei ihrem Gipfeltreffen in Lissabon im November eine neue Strategie verabschiedet, der zufolge sich das Militärbündnis verstärkt um die Energie- und Rohstoffsicherheit kümmern will. Dies soll Transportrouten wichtiger Ressourcen und Kommunikationsnetze einschließen. Die Nato-Länder seien „zunehmend auf vitale Kommunikations-, Transport- und Transitrouten angewiesen, von denen der internationale Handel und Wohlstand abhängt“. [Ik]

► www.klimaretter.info/politik/-/7369

Die Gemeingüter müssen über dem Wettbewerbsrecht stehen

Investoren greifen ständig auf öffentliche Güter wie Atmosphäre, Boden oder Meere zu, ohne dass sie für deren Zustand verantwortlich gemacht werden. Damit muss Schluss sein, sagt Gerhard Scherhorn vom Wuppertal Institut.

„Probleme kann man nicht mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“ Albert Einstein hat das über die Weltwirtschaftskrise von 1929 gesagt. Es gilt auch für die Finanzkrise von 2008, für die permanente Beschäftigungskrise, für die immer bedrohlicher werdende Klimakrise, für die kommende Ressourcenkrise. Doch welche Denkweise diese Probleme verursacht, davor schließen wir die Augen.

Lieber erlauben wir den Märkten auch weiterhin, sich vom Ganzen der Wirtschaft abzukoppeln. Der Markt bleibt in unserem Denken nur für Privatgüter zuständig. Über die Kollektiv- oder Gemeingüter wird in anderen, eigenen Sphären entschieden: in den Räumen der öffentlichen Güter, der kollektiven Aktionen, der Allmenden oder Common Pool Resources. Dabei übersehen wir, dass die Märkte in die Gemeingüter hineinreichen.

Das Recht der Privateigentümer, über ihre Grundstücke, Produktionsanlagen, Fahrzeuge und so weiter nach Belieben zu verfügen, hat ja die Folge, dass aus dem privaten Eigentum heraus ungezügelt auf Gemeingüter zugegriffen werden kann, auf Atmosphäre, Atemluft, Bodenfruchtbarkeit, Wasserreinheit, Fischreichtum, Artenvielfalt, Gesundheit, Beschäftigung ...

Darauf beruht schließlich das bisherige Wirtschaftswachstum, und ohne dieses Wachstum mag man sich die Zukunft der Wirtschaft lieber nicht vorstellen.

Das Wachstum beruht bis heute darauf, dass Gemeingüter übernutzt werden. Die meisten sind bereits in ihrem Bestand so weit dezimiert, dass sie dringend geschont und regeneriert werden müssen. Dazu müssten wir sie so behandeln wie unsere privaten Besitztümer und Produktionsanlagen – wir müssten in ihre Erhaltung und Erneuerung beziehungsweise Ersetzung reinvestieren. Das ersparen wir uns bisher, was die Preise verbilligt und die Gewinne überhöht, aber die Substanz verzehrt.

Im Klartext heißt das: Mit dem Segen des Wettbewerbs- und des Gesellschaftsrechts verweigern wir Gemeingütern die Ersatzinvestitionen, die wir Privatgütern zugestehen. So schützt unsere Wirtschaftsordnung die Freiheit des Wettbewerbs auch dann, wenn der „Markterfolg“ durch Ausbeutung von Gemeingütern erzielt wird, wenn die „Marktleistung“ also auf der Externalisierung privater Kosten beruht. Ist das wirklich eine Freiheit, auf die wir stolz sein können?

Wäre uns nicht von Grund auf wohlher, wenn wir von der Verantwortung des Marktes für die Gemeingüter ausgehen würden, nicht nur in einzelnen Umwelt-, Sozial und Verbraucherschutzvorschriften, sondern in den Grundsätzen der Wirtschaftsordnung? ⁽¹⁾ Wenn es zum unlauteren Wettbewerb erklärt würde, Kosten auf Gemeingüter abzuwälzen? Wenn es zu den Pflichten der Unternehmen gezählt würde, Gemeingüter zu schonen, zu regenerieren, zu ersetzen? Wenn auch Banken, Investmentfonds, private Investoren bei der Geldanlage auf den Schutz der Gemeingüter verpflichtet würden?

Das könnte die Denkweise bewusst machen und verändern, die heute den Keim zu den nächsten Krisen legt.

► (1) Siehe den Appell „Nachhaltige Entwicklung braucht Gesetze für nachhaltigen Wettbewerb“, www.ethisches-consulting.de (Ethisches Investment).

Gerhard Scherhorn ist emeritierter Professor für Konsumökonomik an der Universität Hohenheim in Stuttgart und Senior Consultant des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie.

Kontakt:

E-Mail: g.scherhorn@vype.de,
www.wupperinst.org,
www.ethisches-consulting.de

THEMA

Wie ökologisch sind Islam und Muslime?

„Wie ‚grün‘ ist der Islam?“ Unter diesem Titel fand im November in der Evangelischen Akademie Loccum eine Tagung über „Umwelt- und Klimaschutz mit muslimischer Perspektive“ statt. Der Schutz der Natur ist ein Thema, das in den islamischen Quellen und der islamischen Ethik tief verwurzelt ist, das Muslime aber gerade erst begonnen haben zu entdecken.

■ Um Ökologie aus der Sicht von Muslimen ging es bei der Fachtagung „Wie ‚grün‘ ist der Islam?“ im vergangenen November an der Evangelischen Akademie Loccum bei Hannover. Im Auftaktvortrag sprach Fazlun Khalid von der britischen Stiftung IFEES, Pionier in Sachen Islam und Umweltschutz, über die muslimische Sicht auf die Schöpfung und deren Schutz.

Die islamische Sicht auf die Schöpfung

Khalid beschrieb die aktuelle Lage mit dem Bild eines Bulldozers, der ein riesiges Loch gräbt, und Menschen verschiedener Religion, die versuchen, mit Schaufeln das Loch wieder zu füllen, während dieses jedoch größer und größer wird. Das Umweltproblem habe erst mit der industriellen Revolution begonnen, einhergehend mit dem Verlust des Bewusstseins, ein Teil der Natur zu sein, welches von allen Religionen geteilt werde. Die Frage sei heute, ob das Denken, welches das Problem verursacht habe, auch die Lösung bringen könne, so Khalid, der dies natürlich verneinte. Der Glaube an unbegrenztes Wachstum und Fortschritt führe letztlich nur zu Zerstörung. Die Natur wurde zum Objekt degradiert und an der Wurzel des Problems sei auch das heutige ökonomische System zu finden. Khalid nannte auch die islamischen Prinzipien, die das Verständnis der umgebenden Schöpfung und den Umgang mit ihr bestimmen sollten, und wie diese sich heute praktisch umsetzen ließen. Dass der Mensch Teil der Natur ist, in sie „eingebettet“ ist, wie Khalid es nannte, müsse auch Muslimen oft erst wieder vermittelt werden.

„Brauchen wir einen Öko-Islam in Deutschland?“, war die Frage bei der einleitenden Podiumsdiskussion. Schon hier wurde deutlich, dass es eigentlich um zwei-erlei Aspekte des Themas ging: Zum einen, welche islamischen Quellen und Begrün-

dungen sich für aktiven Umweltschutz und Umweltbewusstsein finden lassen, und zum anderen, wie man Muslime unter Berufung darauf für den Umweltschutz gewinnen kann. Ein Teilnehmer sagte, viele Muslime gingen nur selten selbst oder mit ihren Kindern in die Natur, sodass es bereits in der Erziehung an Naturerfahrung mangle. Auch viele muslimische Kinder wüchsen in der virtuellen Scheinwelt von Fernseher und Computer auf. Dort müsse man beginnen.

Projekte in und außerhalb von Moscheegemeinden

Als aktive Umweltschützer stellten Turgut Altuğ vom Türkisch-Deutschen Umweltzentrum, der sich selbst freilich nicht muslimisch definiert, sowie Yasemin Aydemir, beide aus Berlin, ihre Arbeit vor. Yasemin Aydemir engagiert sich bei Yeşil Çember (Grüner Kreis), einer türkischsprachigen Gruppe im Umweltverband BUND, die vor allem Migranten ansprechen will. Ebenfalls beim BUND, aber mit Beteiligung der Türkischen Gemeinde Deutschland und anderer gibt es das Projekt Bizim Dünya (Unsere Welt), das unter anderem Multiplikatoren schult. Altuğ und Aydemir besuchen auch Moscheegemeinden. „Wir brauchen keinen ‚Öko-Islam‘, denn der Islam ist schon ökologisch. Wir brauchen ökologisch handelnde Muslime“, sagte Yasemin Aydemir.

Diese türkischsprachigen Aktivitäten stießen jedoch auch auf Kritik. So merkte Can Aver vom Zentrum für Türkeistudien an, dass Muslime in Deutschland noch immer vor allem als Migranten angesprochen würden, und nicht als Deutsche oder muslimische Deutsche, wie es etwa in Großbritannien eher der Fall sei.

Reinhard Benhöfer, Umweltbeauftragter der Evangelischen Landeskirche Hannover, stellte seine Arbeit vor, bei der er für

zahlreiche Kirchengemeinden zuständig ist. Allerdings geht die Umweltarbeit der Kirchen von einer ganz anderen finanziellen Ausstattung aus als die der muslimischen Gemeinden in Deutschland und ist in ganz andere Strukturen eingebettet.

Tanju Doğanay von Nour Energie aus Darmstadt präsentierte ein Konzept für Fotovoltaikanlagen auf Moscheedächern. Jenny Bednarek von der GTZ stellte ein Projekt vor, bei dem Imame in Algerien in die Umweltbildung der Bevölkerung einbezogen werden, wobei auch ein Umwelthandbuch für Imame und ein Biodiversitätslehrbuch für Koranschulen entstanden, welche die Verbindung von Islam und Umweltschutz deutlich machen. Viele Teilnehmer waren überrascht, dass der deutsche Staat im Ausland solche Aktivitäten entfaltet, und es kam die Frage auf, warum solche Programme nicht auch in Deutschland aufgelegt würden. Eine entsprechende Fortbildung und Sensibilisierung von Imamen auch hierzulande wurde allseits für sinnvoll befunden.

Mehrfach wurde vorgeschlagen, dass die muslimischen Verbände Umweltbeauftragte einsetzen und die Bewahrung der Schöpfung auch in die Lehrpläne des islamischen Religionsunterrichts einbringen.

Wer soll den ersten Schritt tun?

Erörtert wurden auch Berührungspunkte zwischen den Naturschutzverbänden sowie Muslimen und deren Verbänden. Die Verbände sähen sich oft selbst bereits als offen und erwarteten von Muslimen, dass sie bei Interesse auf sie zukämen, meinte Christine Katz von der Universität Lüneburg. Auf muslimischer Seite wurden dagegen teils von den Erfahrungen in den Herkunftsländern herrührende Hemmungen sich öffentlich zu engagieren konstatiert, etwa von Firouz Vladi von der Schura Niedersachsen, aber auch,

dass man mit Problemen wie Diskriminierung bereits mehr als ausgelastet sei, wie Ahmad Aweimer vom Zentralrat der Muslime sagte. Aweimer meinte, dass die etablierten Umweltverbände zuerst ihrerseits auf die muslimischen Verbände und Moscheen zugehen sollten, und nannte einige erfolgreiche Beispiele. Im Verlauf der Tagung wurden mehrere Vorschläge für konkrete Kooperationsmöglichkeiten und Netzwerke gemacht.

In seinem Vortrag über „Öko-Moscheen“, für die es im angloamerikanischen Raum und in Südostasien einige interessante Beispiele gibt, schlug Mounir Azzaoui Modellprojekte auch für Deutschland vor. Er plädierte gleichzeitig für eine mehr den örtlichen Gegebenheiten angepasste Architektur. Ein Problem sei auch, dass junge, qualifizierte Muslime sich von der Arbeit in den Moscheen zurückgezogen hätten. Azzaoui kritisierte aber auch eine generelle Haltung unter Muslimen: „Viele Muslime sind immer noch zurückgezogen. Wie soll man sich für die Umwelt einsetzen, wenn man kein Interesse für die Menschen um sich herum hat?“

[Yasin Alder]

Der Autor ist Redakteur der Islamischen Zeitung in Berlin, wo dieser Beitrag in der Langfassung erschienen ist: www.islamische-zeitung.de/?id=13991

► Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 240489-74, Fax -75, E-Mail: alder@islamische-zeitung.de

DNR INTERN

Mitgliederversammlung 2010

Effizienz und Wachstum

Die Mitgliederversammlung des Deutschen Naturschutzrings fand am 27. November 2010 in Berlin statt. In seiner Rede zur Lage der Umweltbewegung appellierte DNR-Präsident Hubert Weinzierl an die Delegierten, die Suche nach Gleichgewicht statt Wachstum, mehr Behutsamkeit und mehr Bescheidenheit fortzusetzen. Den

Gastvortrag hielt Eberhard Jochem, Professor für Energieökonomik und tätig am Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung in Karlsruhe, zum Thema „Effizienz-Revolution an den Grenzen des Wachstums“. Es folgte eine angeregte Diskussion.

Die von der Mitgliederversammlung angestoßene Leitbild- und Strukturdebatte nahm einen breiten Raum bei den Diskussionen ein. Aufgrund des großen Interesses wurde die Strukturkommission um einige Mitglieder erweitert. Auf der nächsten Mitgliederversammlung im November 2011 soll das neue Leitbild verabschiedet werden.

Der Dachverband wurde durch die Neuaufnahme der Beate-und-Hubert-Weinzierl-Stiftung und der Heinz-Sielmann-Stiftung verstärkt. Bei der Nachwahl eines Beisitzers setzte sich Ludwig Wucherpfennig vom Deutschen Alpenverein gegen Renate Seidel vom Deutschen Tiererschutzbund durch.

Als Arbeitsschwerpunkte für 2011 beschloss die Mitgliederversammlung:

- Fortsetzung der Leitbild- und Strukturdebatte;
- Energie- und Klimapolitik mit dem Schwerpunkt Energieeffizienz;
- Biodiversität;
- Umsetzung des Naturschutzrechts in den Bundesländern nach der Föderalismusreform.

Im Jahr 2012 sollen die Arbeitsschwerpunkte im Zeichen des Rio+20-Gipfels stehen. Dabei ist auch an die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft „Greening the Economy“ gedacht. Auch die Durchführung eines Kongresses „Nachhaltiges Wachstum und Biodiversität“ gemeinsam mit Kirchen, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Gruppen wird angestrebt.

Mit großer Mehrheit wurden die eingebrachten Resolutionen angenommen:

- zur Öffnung der Haringvliet-Schleusen;
- zur Sicherung des Naturerbes;
- zu „Atomkraft kostet Menschenleben“;
- zur kritischen Begleitung der Münchner Olympiabewerbung.

Die Mitgliederversammlung 2011 findet am 26. November 2011 in Bonn statt. Am Vorabend soll es eine kleine Veranstaltung

„Adieu Bonn“ geben. Zum 1. Januar 2012 wird der DNR seine Geschäftsstelle komplett nach Berlin verlagern.

Vorträge und Resolutionen sind auf der Internetseite des DNR veröffentlicht.

[hjh, mb]

- DNR, Helga Inden-Heinrich, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de
- www.dnr.de/publikationen/veroeffentlichungen

Umweltgutachterausschuss

DNR entsendet Vertreter

Anfang Dezember hat der DNR seine Vertreter für den Umweltgutachterausschuss nominiert: Wolfgang Guhle (BBU), Ludwig Glatzner (BUND) und Jens Pape (NABU); als Stellvertreter Edmund Spindler sowie erstmals Stefan Müssig (bfub) und Marion Hasper (BUND). [mb]

- DNR, Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Forum Umwelt und Entwicklung

AG Meere gegründet

Im vergangenen November haben in Berlin 17 VertreterInnen von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen eine AG Meere im Forum Umwelt und Entwicklung gegründet. Die Themenschwerpunkte sollen bei der EU-Fischereipolitik, der europäischen Meeresstrategie-rahmenrichtlinie, der Ausweisung von Meeresschutzgebieten und den Meeresboden-Ressourcen gesetzt werden. Die Koordination übernimmt Kai Kaschinski vom Bremer Verein Internationalismus und Kommunikation. [jg]

- Forum Umwelt und Entwicklung, AG Meere, Koordinator Kai Kaschinski, E-Mail: verein.intkom@gmx.de, www.forumue.de/163.html

Bundesweite Kampagne

„Meine Landwirtschaft – Unsere Wahl!“

■ Naturschutz- und Entwicklungsverbände, Kirchen und bäuerliche Organisationen haben Ende Januar in Berlin die Kampagne „Meine Landwirtschaft – Unsere Wahl!“ gestartet. Sie wollen damit bis zur Entscheidung über die EU-Agrarreform im Jahr 2012 den gemeinsamen Druck für eine wirkliche Agrarwende organisieren. Dazu gehören Veranstaltungen, Aktionen und gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit. Die zentralen Aktionen und das Kampagnenbüro unter dem Dach des DNR sollen aber vor allem eine Vielzahl von regionalen und lokalen Aktivitäten unterstützen. Im Mittelpunkt stehen dabei Diskussionen von Verbraucherinnen und Verbrauchern, Bauern und Bäuerinnen vor Ort – auch mit den in diesem Jahr wahlkämpfenden Abgeordneten. Initiiert wurde die Kampagne von den Trägern der Großdemonstration „Wir haben es satt“ am 22. Januar in Berlin und weiteren Organisatoren wie dem Bund Deutscher Milchviehhalter (BDM), Misereor und Brot für die Welt.

Auf der Internetseite der Kampagne www.meine-landwirtschaft.de wurde gleich zu Beginn die Aktion „Meine Wahl“ gestartet. „Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU regelt, wie und zu welchen Bedingungen rund 56 Milliarden Euro Steuergelder aus dem EU-Agrarhaushalt verteilt werden“, heißt es dort. Umgerechnet zahle jeder Bürger, jede Bürgerin Europas 100 Euro im Jahr in diesen Topf. „Wofür soll dieses Geld verwendet werden? Verteilen Sie Ihre 100 Euro so, wie Sie es für richtig halten“, werden die Besucher aufgefordert. 15 Möglichkeiten von „echtem Tierschutz“ bis zu „Gentechnikforschung“ stehen zur Auswahl. Das Ergebnis soll dann gemeinsam durchgesetzt werden.

Die Kampagne sucht weitere Verbände und Träger sowie auch Spenden. [ah, mb]

- ▶ Kampagne „Meine Landwirtschaft“, Aglaia Hajkova, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-76, E-Mail: info@meine-landwirtschaft.de, www.meine-landwirtschaft.de

EHRENAMT

Nationale Engagementstrategie

DNR bezieht Stellung

■ Der Deutsche Naturschutzring (DNR) hat im Dezember einen Kommentar zur Nationalen Engagementstrategie der Bundesregierung veröffentlicht. Der Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände begrüßt darin das Ziel der Bundesregierung, einen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft zu leisten. Kritisch hingegen bewertet der DNR, dass die Regierung weniger eine Strategie als vielmehr eine Darstellung vorhandener und geplanter Projekte vorgelegt und die Empfehlungen des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation nicht berücksichtigt habe. Das Bundeskabinett hatte das Papier im Oktober vorgelegt.

Zum Ziel hat sich die Regierung demnach unter anderem gesetzt, eine größere Anerkennung der Leistungen von freiwillig Engagierten und bessere Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement zu schaffen.

Auch das Bündnis für Gemeinnützigkeit hatte sich im Dezember zu dem Papier geäußert und es als einen „ersten Schritt“ bezeichnet.

Der DNR weist in seiner Stellungnahme besonders auf die Verknüpfung zwischen der Idee der Nachhaltigkeit und dem Zusammenhalt in der Gesellschaft hin und bezeichnet bürgerschaftliches Engagement als wirksames Korrektiv zu einseitig wirtschaftlichem Denken. [hmp]

- ▶ DNR, Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de
- ▶ Kommentar: www.kurzlink.de/dnr-engagement
- ▶ Strategie und weitere Stellungnahmen: www.b-b-e.de/?14671#17543

In eigener Sache: Ergebnisse der Lesenumfrage

Liebe Leserinnen und Leser,

was Ihnen an unserer Zeitschrift wichtig ist und was Sie sich von uns wünschen, wollten wir in unserer Lesenumfrage im Oktober wissen. Gemessen an der Auflage haben zwei Prozent von Ihnen geantwortet – ein guter Schnitt. Die wichtigsten Ergebnisse:

- ▶ 56 Prozent der Antwortenden nutzen umwelt aktuell überwiegend beruflich, 17 Prozent fürs Ehrenamt und 26 Prozent privat.
- ▶ 29 Prozent arbeiten im NGO-Bereich, 18 im Öffentlichen Dienst, 14 Prozent in Firmen.
- ▶ Die meisten Antwortenden haben umwelt aktuell durch ihre Arbeit oder über andere Zeitschriften kennengelernt.
- ▶ umwelt aktuell bekommt im Durchschnitt die Schulnote 1,5 für Sprache und Verständlichkeit und die Note 2,1 für das Layout.
- ▶ Fehlende Themen werden kaum genannt, mehrmals wird das breite Spektrum gelobt.
- ▶ Als mit Abstand wichtigster Heftteil wird „Aktuell“ angesehen („sehr wichtig“), gefolgt von „Themen“. Unwichtige Heftteile

gibt es nicht, als „mittelwichtig“ werden die ökopädNEWS genannt. Bei der Zufriedenheit mit den Heftteilen ist die Rangfolge gleich.

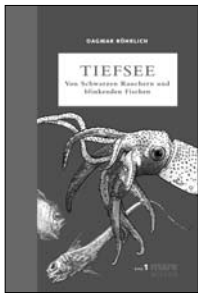
- ▶ Im Aktuell-Teil interessieren besonders Landwirtschaft & Gentechnik, Klima & Energie, Wirtschaft & Ressourcen und Umweltpolitik & Umweltrecht. Als durchschnittlich interessant wird Tierschutz & Ethik genannt.
- ▶ Der Umfang der Heftteile und ebenso der Abopreis werden als passend angesehen.
- ▶ Fast alle Antwortenden haben einen Hochschulabschluss. 70 % von ihnen sind zwischen 41 und 60 Jahre alt, keiner ist unter 25. Geantwortet haben zu 61 % Männer.

Den 1. und den 2. Preis (Büchergutscheine 100 und 75 Euro) gewannen Jan Schubert und Christiane Janßen. Den 3. bis 5. Preis (Großtechnologie-Paket) erhalten Stefan Rostock, Margarete Remmert-Rieper und Pieter Poldervaart und der 6. bis 10. Preis (Jahresabo „Nationalpark“) gehen an Brigitte Biermann, Christian Dickenhorst, Ruth Brauner, Lena Heilmann und Ute Dicks. Herzlichen Glückwunsch! [Die Red.]

REZENSIONEN

Von den Wundern und Bedrohungen des Lebensraums Tiefsee

Die Weltmeere sind in ihren Tiefen ein nahezu unbekannter Raum. Forschergruppen entdecken Landschaften von atemberaubender Schönheit, ungezählte neue Lebewesen – und wertvolle Rohstoffe. Diese Entdeckungen locken nicht nur die Wissenschaft, sondern auch Politik und Industrie. Die Eroberung des Meeresbodens hat längst begonnen. Neben Umweltzerstörung drohen auch soziale Konflikte. Zwei Bücher über die Tiefsee liefern aktuelle Informationen.



■ Rund zwei Drittel der Erde sind von Wasser bedeckt. Doch selbst die Rückseite des Mondes ist gründlicher erforscht als die dunklen Weiten der Ozeane – dabei ist die kalte, lichtlose

Welt jenseits einer Tiefe von 800 Metern der größte Lebensraum der Erde.

Nun haben sich zwei Autorinnen aufgemacht, Licht in das scheinbar unendliche Dunkel zu bringen. Zum einen Dagmar Röhrlich, die Grande Dame unter den deutschsprachigen Wissenschaftsjournalistinnen, vielfach prämiert, unter anderem mit dem Georg-von-Holtzbrinck-Preis. Der Geologin gebührt die Ehre, den ersten Band zur neuen Buchreihe „Mare Wissen“ beisteuern zu dürfen; und auch Band 2, „Urmeer“, wird aus ihrer Feder stammen. Zum anderen die Newcomerin Sarah Zierul, Autorin und Regisseurin für Fernsehdokumentationen. Auch sie wurde für ihre Filme über die Tiefsee mehrfach ausgezeichnet. Die Voraussetzungen waren also günstig, die Erwartungen an die beiden Bücher entsprechend hoch – in beiden Fällen wurden sie erfüllt.

Röhrlichs Buch „Tiefsee“ ist schlichtweg ein Augenschmaus für den Bücherfreund. Edles Halbleinen, Lesebändchen sowie eine Vielzahl aufwendiger, farbiger Illustrationen des Berliner Grafikers Jan Feindt machen das Buch zu einem wahrhaft gelungenen Werk. Wo immer nötig, werden Fakten von der Nordatlantischen Oszillation bis hin zu den Black Smokers mit Kästen und Grafiken vertieft oder veranschaulicht. Darüber hinaus versteht es Röhrlich sehr gut, Wissenschaft verständlich und gut lesbar zu präsentieren. Um ihr erzählerisches Potenzial voll und

ganz zur Geltung kommen zu lassen, hat sie die harten Fakten aus Biologie, Ozeanografie, Chemie und Geologie geschickt eingebettet in herausragende Episoden der Erforschungsgeschichte der Weltmeere, etwa den Tauchgang Auguste Piccards zum tiefsten Punkt der Erde im Marianengraben oder die Forschungsreisen des Segelschiffs Challenger, die in den Jahren zwischen 1872 und 1876 die bis dato herrschende Lehrmeinung von der leeren und leblosen Tiefsee widerlegten. Stattdessen entwickelten sich unter den extremen Bedingungen mit Eiskälte und giftigen Unterwasserquellen eine Vielzahl von Lebensformen. Entstanden ist eine äußerst ansprechende Mischung aus Wissenschaftsgeschichte und Naturwissenschaft, eine (Zeit-)Reise zu leuchtenden Bakterien, Drachenfischen und Riesenkalmaren im „Keller der Weltmeere“.



Dem gegenüber steht das Buch über den „Kampf um die Tiefsee“, bei dem es um den aktuellen Wettlauf um Rohstoffe geht. Bereits Titel und Untertitel kündigen an, dass Sarah Zieruls Fokus ein anderer

ist. Sie berichtet über die Ausbeutung der Meere, über Umweltzerstörung und drohende politische Konflikte. Hierzu ist die Journalistin gereist, nach Neuseeland zu den entstehenden Unterwasser-Erzminen und vor die Küsten Angolas etwa, wo der französische Mineralölkonzern Total mithilfe zweier gigantischer Ölförderschiffe das schwarze Gold aus über 1.000 Metern Meerestiefe pumpt. Herausgekommen ist bei den ausführlichen Recherchen ein „geopolitischer Thriller“ mit Schauplätzen vom

Nord- bis Südpol, auf allen Kontinenten und in den Chefetagen multinationaler Konzerne und Regierungsbehörden.

Am Internationalen Seegerichtshof in Hamburg trifft die engagierte Autorin auf einen der führenden Spezialisten bei Streitfällen auf hoher See, in Hannover auf Experten der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe. In den Gesprächen geht es um Hoheitsgebiete und 200-Meilen-Zonen, um Methanhydrate und Manganknollen – für die LeserInnen ein erster Einblick in das unübersichtliche Seerecht und eine Einführung in die Welt der Rohstoffe. Mit lebendigen Reportagen gelingt es Zierul zu sensibilisieren – für die Gefahren, die den Meeren und ihren Kreaturen drohen, aber auch für die einzigartige Schönheit eines Lebensraumes, den wir gerade erst beginnen zu begreifen. Deshalb fordert die Autorin auch eine breite öffentliche Debatte darüber, was „Forscher, Staaten und Konzerne am Meeresboden unternehmen dürfen“. Es gehe um nichts weniger als die Zukunft einer Welt, die noch immer erst zu einem Bruchteil erforscht ist.

Wer sich über das Leben in den Tiefen der Meere und die neuesten Erkenntnisse aus der Forschung informieren möchte, dem seien beide Bücher empfohlen; angesichts der unterschiedlichen Herangehensweise an das Thema sollten sowohl naturkundlich als auch eher politisch Interessierte beim Lesen sowohl informative als auch vergnügliche Stunden erleben können.

[Christoph Hirsch]

- ▶ Röhrlich, D.: Tiefsee. Von Schwarzen Rauchern und blinkenden Fischen. Mare, Reihe Mare Wissen Bd. 1, Hamburg 2010, 320 S., 26,- €, ISBN 978-3-86648-122-0
- ▶ Zierul, S.: Der Kampf um die Tiefsee. Wettlauf um die Rohstoffe der Erde. Hoffmann und Campe 2010, 350 S., 22,- €, ISBN 978-3-455-50169-8

Monsanto auf Deutsch



Sechs Monate Haft wegen einer Feldbefreiung sitzt der Gentechnik-Aktivist Jörg Bergstedt derzeit ab. Er hat die Zeit genutzt,

um sein neues Buch fertigzuschreiben: „Monsanto auf Deutsch“. Es handelt (fast) nicht vom skandalträchtigen US-Konzern, sondern schildert die Gentechnik-Seilschaften und ihr Wirken in Deutschland. Dieses Thema hatte Bergstedt schon in seiner Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“ aufgegriffen. In seinem Buch vertieft er den Blick in die Niederungen des Gentechniksumpfes, stellt weitere Firmen, Forscher und Lobbyverbände vor. Penibel hat er die Informationen über Personen, Organisationen, Behörden und Geldflüsse zusammengestellt, mit Quellen belegt und mit zahlreichen Beispielen anschaulich gemacht.

Die ersten Kapitel drehen sich um die Verflechtungen zwischen den Beteiligten. Immer wieder ziehen die gleichen Personen in verschiedenen Funktionen an den Strippen, zwischen allen Beteiligten besteht ein enges Geflecht, in dem sowohl Genehmigungsbehörden als auch Geldgeber mitspielen: Noch nie ist ein Feldversuch mit gentechnisch veränderten Pflanzen in Deutschland abgelehnt worden. Im zweiten Teil stellt Bergstedt an konkreten Fragestellungen die Strategien der Gentechnikbranche dar: ihre Propaganda und was davon zu halten ist. Das Spiel mit der Koexistenz. Die Repression gegen Kritiker.

Im Gegensatz zu zwei früheren Studien anderer Autoren, die sich bereits mit dem deutschen Genfilz befassten, beschreibt Bergstedt diesen Filz nicht wissenschaftlich-nüchtern. Der Ärger und die Wut des Gentechnikaktivisten über die korrupten Strukturen sind in jeder Zeile spürbar. Im Kapitel „Seilschaften auf grüner Seite“ bekommen das auch gentechnikkritische Verbände und Organisationen zu spüren, deren Aktivitäten aus Bergstedts Sicht systemstabilisierend, ineffektiv und auf den eigenen Erhalt durch Spendengelder

ausgerichtet sind. „Gentechnikfreiheit gibt es nur dann, wenn die 80 Prozent Ablehnung auch in direkten Protest umschlagen – nicht nur per Protestmail oder am Supermarktregal“, argumentiert der Feldbefreier und watscht einen Großteil der Anti-Gentechnik-Bewegung einseitig und polemisch ab. Die wird ihn dafür teilweise mit Missachtung strafen und das Buch links liegen lassen. Was schade wäre. Zur Vielfalt auf dem Öko-Acker gehören nun mal auch Kratzdisteln – aber ebenso alle anderen Pflanzen. [Leo Frühschütz]

► Bergstedt, J.: Monsanto auf Deutsch. Die Enzyklopädie der Gentechnik-Seilschaften. Seitenhieb, Reiskirchen 2010, 240 S., 18,- €, ISBN 978-3-86747-043-8

Europa-Oeckl



Der neue Europa-Oeckl für das Jahr 2011 enthält Daten aller Brüsseler Behörden und Agenturen, internationale Adressen und zahlreiche andere hilfreiche Fakten. Das blau-gelbe Nachschlagewerk liefert insgesamt

22.000 Kontaktmöglichkeiten mitsamt Fachbezeichnungen auf Deutsch und Englisch. Neue Behörden und Energieeffizienz-Vereinigungen sind ebenso vertreten wie die AnsprechpartnerInnen bei EU-Kommission, Parlament und Rat. Im Internet finden sich als frei zugänglicher Zusatzservice auch aktuelle PDFs zum Herunterladen, beispielsweise die Ergebnisse der Wahlen in Belgien oder Tschechien.

Die Datenbanken des Buches können gegen Aufpreis auch elektronisch genutzt werden, ein kostenloser fünftägiger Test ist möglich. [Juliane Grüning]

► Oeckl. Taschenbuch des öffentlichen Lebens. Europa 2010/2011. Festland, Bonn 2010, 1.710 S., 110,70 €, ISBN 978-3-87224-101-6. www.oeckl.de

INTERNET

Umweltthemen in den Medien

Anschauliche Grafiken bilden die „Karriere“ verschiedener Begriffe rund um nachhaltige Entwicklung

in internationalen Medien zwischen 1990 und 2010 ab. Die Zahl der jeweiligen Artikel zum Thema pro Ausgabe zeigen, wie politische Ereignisse wie UN-Gipfel die Nachrichtenlage beeinflussen. Die Suchmaske enthält 20 englische Begriffe – Air pollution, Biodiversity oder Ozone – sowie eine geografische Sortierung. [jg]

► www.trendsinsustainability.com

Elektromagnetische Felder

Das Wissenschaftsnetzwerk h.e.s.e.-project hat ein neues Austausch- und Informationsforum über Erkrankungen, die durch elektromagnetische Felder (EMF) verursacht sein könnten, geschaltet. Es richtet sich an MedizinerInnen, Betroffene sowie interessierte Laien. Die Projektverantwortlichen wollen damit eine Informationslücke schließen. Auf den existierenden Medizinseiten gehe man dem Thema Gesundheitsschäden durch EMF-Strahlung bisher aus dem Weg. [jg]

► www.hese-project.org/Forum/medizin

Agrarwende selber machen

Bäuerlich-ökologische Landwirtschaft, gesundes und fair produziertes Essen: dafür setzt sich ein Bündnis von Kirchen, Umwelt-, entwicklungspolitischen sowie Landbauverbänden ein und hat eine Kampagne mit Internetseite gestartet. Nutzer finden hier Fakten, Neuigkeiten und politische Positionen und können sich über den EU-Agrarhaushalt informieren, in den alle BürgerInnen rund 100 Euro jährlich einzahlen. Unter „Meine Wahl“ kann man selbst bestimmen, wofür dieses Geld ausgeben werden sollte (siehe auch S. 32). [jg]

► www.meine-landwirtschaft.de

NEU ERSCHIENEN

- ▶ Ammer, M. u. a.: **Rechtsstellung und rechtliche Behandlung von Umweltflüchtlingen.** UBA, Dessau 2010, 198 S., kostenlos, ISSN 1862-4804.
Download: www.uba.de/uba-info-medien/4035.html
- ▶ Beletes, M. u. a. (Hrsg.): **Klassenkampf gegen die Bauern. Die Zwangskollektivierung der ostdeutschen Landwirtschaft und ihre Folgen bis heute.** Metropol, Berlin 2010, 167 S., 16,- €, ISBN 978-3-940938-96-1
- ▶ Brot für die Welt u. a. (Hrsg.): **Land grabbing and nutrition. Challenges for global governance. The Right to Food and Nutrition Watch 2010.** FIAN, Heidelberg 2010, 90 S., kostenlos.
Downloads: www.rtfm-watch.org
- ▶ Büttner, H.; Kneipp, D.: **Gemeinsam Fahrt aufnehmen! Kommunale Politik- und Nachhaltigkeitsprozesse integrieren.** Umweltbundesamt, Dessau 2010, 56 S., kostenlos, ISSN 1862-4804.
www.uba.de/uba-info-medien/4030.html
- ▶ Dyer, G.: **Schlachtfeld Erde. Klimakriege im 21. Jahrhundert.** Klett-Cotta, Stuttgart 2010, 383 S., 22,90 €, ISBN 978-3-608-94611-6
- ▶ Ehlers, D. u. a. (Hrsg.): **Energie und Klimawandel. Tagungsband zum 14. Münsteraner Außenwirtschaftsrechtstag 2009.** Recht und Wirtschaft, Frankfurt/M. 2010, 160 S., 86,- €, ISBN 978-3-8005-1521-9
- ▶ Frech, S.; Reschl, R. (Hrsg.): **Urbanität neu planen. Stadtplanung, Stadtumbau, Stadtentwicklung.** Wochenschau Verlag, Schwalbach 2010, 256 S., 16,80 €, ISBN 978-3-89974-484-2
- ▶ Fritsche, U. R. u. a.: **Entwicklung von Strategien und Nachhaltigkeitsstandards zur Zertifizierung von Biomasse für den internationalen Handel.** UBA, Dessau 2010, 66 S., kostenlos, ISSN 1862-4804. www.uba.de/uba-info-medien/3960.html
- ▶ Gasche, U. P.; Guggenbühl, H.: **Schluss mit dem Wachstumswahn. Plädoyer für eine Umkehr.** Rüegger, Zürich 2010, 134 S., 15,- €, ISBN 978-3-7253-0965-8
- ▶ Glaser, P. u. a.: **Nano Gen Tech. Wie wollen wir leben?** Taz, Berlin 2010, 112 S., 8,50 €, ISBN 978-3-937683-28-7.
www.monde-diplomatique.de/edition
- ▶ Gray, J.: **Von Menschen und anderen Tieren. Abschied vom Humanismus.** Klett-Cotta, Stuttgart 2010, 246 S., 19,90 €, ISBN 978-3-60894-610-9
- ▶ Gronau, B.; Lagaay, A. (Hrsg.): **Ökonomien der Zurückhaltung. Kulturelles Handeln zwischen Askese und Restriktion.** Transcript, Bielefeld 2010, 388 S., 32,80 €, ISBN 978-3-8376-1260-8.
www.kurzlink.de/performativ
- ▶ Gruber, P. C. (Hrsg.): **Wie wir überleben! Ernährung und Energie in Zeiten des Klimawandels.** Budrich, Opladen 2010, 180 S., 20,50 €, ISBN 978-3-86649-296-7
- ▶ Haalck, F.; Reinken, B.: **Sikkation – Ein Grund zu fragen. Zur Reifesteuerung von Kartoffeln, Raps und Weizen.** MA-Verlag, Stelle 2010, 46 S., ISSN 2190-6963. www.kurzlink.de/sikkation
- ▶ Hartmann, H.; Vogel, J. (Hrsg.): **Zukunftswissen. Prognosen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft seit 1900.** Campus, Frankfurt/M. 2010, 302 S., 29,90 €, ISBN 978-3-593-39026-0
- ▶ Hentschel, K.-M.: **Es bleibt Licht. 100 % Ökostrom für Europa ohne Klimaabkommen. Ein Reiseführer.** DWV, Baden-Baden 2010, 345 S., 24,90 €, ISBN 978-3-86888-023-6
- ▶ Kell, T.: **Urlaub auf Biohöfen in Deutschland.** Ausgabe 2010. Baerens & Fuss, Schwerin 2010, 292 S., 14,- €, ISBN 978-3-935046-29-9
- ▶ Lösch, V. u. a. (Hrsg.): **Stuttgart 21 – oder: Wem gehört die Stadt.** Papyrossa, Köln 2010, 200 S., 10,- €, ISBN 978-3-89438-450-0
- ▶ Krüsemann, E. u. a.: **Handbuch Verbandsbeteiligung Nordrhein-Westfalen. 1. Ergänzungslieferung.** NABU, Düsseldorf 2010, 260 S., 21,- €, ISBN 978-3-00-028231-7. www.lb-naturschutz-nrw.de
- ▶ Von Lüpke, G. u. a.: **Schamanismus und Ökologie. Aus der Isolation in die Wissensgesellschaft.** Connection, Niedertaufkirchen 2010, 84 S., 9,- €, ISSN 0932-5565

Impressum

umwelt aktuell Februar 2011
ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Koblenzer Str. 65, D-53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de. **Gesellschafter/Anteile:** Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutschland, verantwortw.), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantwortw.). **Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Marion Busch [mbu], Antje Mensen [am], Eric Janáček [ej], Stefanie Langkamp [sl]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Leo Koppelkamm [lk], Hans-Magnus Preuß [hmp], Aglaia Hajkova [ah], Julia Glahe [jgl], Nadin Sauer [nsa], Eva Mahnke [em]. **Service:** Juliane Grüning, Matthias Bauer. **ökopädNEWS:** siehe S. 40

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, -81, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg
Titelfoto: DLR. **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier
Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus Medien Logistik GmbH & Co. KG, D-86899 Landsberg am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-608, Fax -405, E-Mail: oekom@de.rhenus.com

Anzeigen: oekom verlag, Stefanie Ott, München, Tel. +49 (0)89 / 54418435, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungsweise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



- ▶ Lynn, H.: **Die verkannte Gefahr. Umwelteinflüsse und Brustkrebs.** WECF, München 2010, 28 S., 2,- €, ISBN 978-3-981 3170-5-3. Download: www.kurzlink.de/verkanntegefahr
- ▶ Mez, L.; Gerhold, L.; de Haan, G. (Hrsg.): **Atomkraft als Risiko. Analysen und Konsequenzen nach Tschernobyl.** Peter Lang, Frankfurt/M. 2010, 277 S., 29,80 €, ISBN 978-3-631-55827-0
- ▶ Michler, G. (Hrsg.): **Klimaschock. Ursachen, Auswirkungen, Prognosen.** Ullmann, Potsdam 2010, 319 S., 29,95 €, ISBN 978-3-8331-5467-6
- ▶ Mountbatten-Windsor, C.: **Harmonie. Eine neue Sicht unserer Welt.** Riemann, München 2010, 384 S., 24,95 €, ISBN 978-3-570-50129-0
- ▶ Onken, W.: **Geld und Natur in Literatur, Kunst und Musik.** Gauke, Kiel 2010, 285 S., 29,90 €, ISBN 978-3-87998-460-2
- ▶ Parodi, O. (Hrsg.): **Wechselspiele: Kultur und Nachhaltigkeit. Annäherung an ein Spannungsfeld.** Edition Sigma, Berlin 2010, 386 S., 24,90 €, ISBN 978-3-89404-585-2
- ▶ Pickett, K.; Wilkinson, R.: **Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind.** Haffmans & Tolkemitt, Berlin 2010, 320 S., 19,90 €, ISBN 978-3-942048-09-5
- ▶ Schorlau, W. (Hrsg.): **Stuttgart 21. Die Argumente.** Kiepenheuer & Witsch, Köln 2010, 272 S., 8,95 €, ISBN 978-3-462-04258-0
- ▶ Strohm, H.: **Das Wunder des Seins und seine Zerstörung.** Sokrates, München 2010, 170 S., 12,- €, ISBN 978-3-9812912-0-9
- ▶ Tennekes, H. A.: **The systemic insecticides: a disaster in the making.** ETS Nederland, Zutphen 2010, 72 S., 29,95 €, ISBN 978-90-79627-06-6. www.disasterinthemaking.com
- ▶ Sina, S. u. a.: **Die EU auf dem Weg zu einer nachhaltigen Energieversorgung? Analyse des Nationalen Aktionsplans für erneuerbare Energie.** Ecologic, Berlin 2010, 15 S. www.ecologic.eu/de/3770
- ▶ Weltbank: **Weltentwicklungsbericht 2010.** UNO-Verlag, Bonn 2010, 512 S., 44,95 €, ISBN 978-3-7700-1404-0. www.kurzlink.de/wdr2010

TERMINE

FEBRUAR

10.–13.02., Kassel (D)
Permakultur-Wintertreffen.
 Open Space
 ▶ Permakultur-Institut, Branko Çanak, Hamburg, Tel. +49 (0)177 / 4205856, E-Mail: wintertreffen@permakultur.de, www.permakultur.de

11.02., Basel (CH)
Natur Kongress 2011. Natur und Konsum
 ▶ Ecos, Livia Graf, Basel, Tel. +41 (0)61 / 2051050, Fax +41 (0)61 / 2711010, www.natur.ch/kongress

16.–19.02., Nürnberg (D)
BioFach 2011. Messe und Kongress der Biobranche
 ▶ Messezentrum, Nürnberg, Tel. +49 (0)911 / 8606-0, Fax -8228, www.biofach.de

17.02., 01./15./31.03., verschiedene Orte (D)
Biologische Vielfalt in Agrarlandschaften/Flusslandschaften/Mittelgebirgen/an Küsten. Tagungen
 ▶ NABU, Tel. 49 (0)30 / 284984-1621, Fax -3621, E-Mail: kristian.kloeckner@nabu.de, www.nabu.de

17.–18.02. Freising (D)
Bedeutungen von Natur und Landschaft in der heutigen Freizeitgestaltung. Fachtagung
 ▶ ANL, Tel. +49 (0)8682 / 8963-0, Fax -17, E-Mail: anmeldung@anl.bayern.de, www.anl.bayern.de

17.-18.02., Bremen (D)
Bremen Environmental Law Conference
 ▶ Universität Bremen, Fax +49 (0)421 / 218660099, E-Mail: feu@uni-bremen.de, www.feuni-bremen.de

19.02., Iphofen/Unterfranken (D)
11. Tag der Kulturpflanze
 ▶ VEN, Ursula Reinhard, Tel. +49 (0)5306 / 1402, Fax +49 (0)208 / 475054, E-Mail: ven.nutz@gmx.de, www.nutzpflanzenvielfalt.de/termine

21.-22.02., Köln (D)
Denkmalschutz nicht ohne Umweltschutz. Seminar
 ▶ Difu, Sigrid Künzel, Tel. +49 (0)221 / 340308-0, Fax -28, E-Mail: kuenzel@difu.de, www.difu.de

21.–22.02., Berlin (D)
Hauptverkehrsstraßen im Fokus der Verkehrs- und Stadtentwicklung. Seminar
 ▶ Difu, Sylvia Bertz, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 39001-

258, Fax -268, E-Mail: bertz@difu.de, www.difu.de

22.–26.02., Stuttgart (D)
Didacta. Die Bildungsmesse. Mit Sonderschauen von Unesco und DNR zur Nachhaltigkeit
 ▶ Tel. +49 (0)711 / 185600, www.didacta-stuttgart.de
 ▶ www.kurzlink.de/didacta-unesco
 ▶ DNR, Helga Inden-Heinrich, Bonn, E-Mail: info@dnr.de, www.kurzlink.de/didacta-dnr

25.02., Bonn (D)
Energielandschaften & Klimaanpassung. Planung – Naturschutz – Gestaltung. Tagung
 ▶ BDLA, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 278715-0, Fax -55, E-Mail: info@bdla.de, www.bdla.de/seite315.htm

25.–27.02., Bad Honnef (D)
Eine neue Balance zwischen Geld und Leben. Ethische und ökonomische Grundlagen humaner Gesellschaften. Tagung
 ▶ KSI, Jutta Pieper, Tel. +49 (0)2224 / 955405, E-Mail: pieper@ksi.de, <http://tagen.erzbistum-koeln.de/ksi>

MÄRZ

02.–03.03. Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)
Natura 2000: Neue Konzepte zur Förderung der Konnektivität von Lebensräumen
 ▶ NNA, Tel. +49 (0)5198 / 989070, www.nna.niedersachsen.de (Veranstaltungen)

04.–05.03., Schwerte bei Dortmund (D)
Ist Nachhaltigkeit mit Wachstum vereinbar? Tagung
 ▶ Evangelische Akademie Villigst, Ulrike Pietsch, Tel. +49 (0)2304 / 755-325, Fax -318, E-Mail: u.pietsch@kircheundgesellschaft.de, www.kircheundgesellschaft.de (Veranstaltungen)

18.–20.03., Trier (D)
Grenzen des Verkehrs. 18. Bundesweiter Umwelt- und Verkehrskongress – BUVKO
 ▶ Umkehr e. V., Berlin, Tel. +49 (0)30 / 4927-473, Fax -972, E-Mail: info@bukvo.de, www.bukvo.de

01.–03.04., Tutzing am Starnberger See (D)
Ökologische Krise fordert Theologie
 ▶ Evangelische Akademie, Tel. +49 (0)8158 / 251146, programme@ev-akademie-tutzing.de, www.ev-akademie-tutzing.de

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 40
Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Wertevermittlung im Elementarbereich

Was Hänschen nicht lernt ...

Menschenwürde, Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und Gerechtigkeit für heute lebende Menschen und zukünftige Generationen sind die wichtigsten Grundlagen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung. Dass diese Werte bereits Kindern im Elementarbereich vermittelt werden können, zeigte eine Tagung in Potsdam. Praktische Übungen dazu enthält eine Praxismappe.

□ Seit der Antike hat sich unser Werteverständnis stetig gewandelt. Die aktuelle Werteumfrage von Unicef und der Kinderzeitschrift Geolino nennt als die wichtigsten Werte für Kinder Geborgenheit, Vertrauen, Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit. „Total wichtig“ fanden zwei Drittel der befragten Kinder Familie und Freunde; immerhin die Hälfte sprach sich auch für Bildung aus.

Ute Stoltenberg ist Professorin und Leiterin des Instituts für Integrative Studien an der Universität Lüneburg und Mitglied im wissenschaftlichen Beirat für das ANU-Projekt Leuchtpol. Ihrer Meinung nach bilden die Werte den Orientierungsrahmen der Zivilgesellschaft, der sich idealerweise in einem öffentlichen Verständigungsprozess herausbildet. Werte seien nicht statisch, sondern das Ergebnis einer umkämpften historischen Entwicklung, so Stoltenberg.

Fachtagung „Vom Wissen zum Handeln: Kinder, Werte, Klimaschutz“

Einen Schritt in einem solchen öffentlichen Verständigungsprozess bildete die ANU-Leuchtpol-Fachtagung im Dezember 2010 in Potsdam. Hauptthema war die Bedeutung von Werten für die Bildungsarbeit im Kindergarten: „Was ist uns wichtig?“ oder „Welche Beziehung haben wir zu den Dingen um uns herum?“ Am Beispiel des Klimaschutzes wurden in Vorträgen, und Diskussionsrunden Fragen nach dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und nach gerechtem Zusammenleben debattiert. Speziell die Arbeit im Kindergarten bietet durch die hohe Sensibilität der Kinder vielfältige Möglichkeiten, positive wertorientierte Haltungen zu Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Menschenwürde zu entwickeln.

Susanne Schubert, Bereichsleiterin für Pädagogik bei Leuchtpol, hatte die Tagung inhaltlich vorbereitet. Sie warnte davor, die Debatte um Werte in der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) zu überladen. Allzu leicht gleite man im Spannungsfeld von Theorie und Wirklichkeit in ein zu starkes Moralisieren ab und überfordere damit die Beteiligten. Die über 200 ErzieherInnen, FachberaterInnen, Fachschullehrkräfte, MultiplikatorInnen und MitarbeiterInnen in Umweltzentren konnten in Workshops und auf dem „Markt der Möglichkeiten“ verschiedene Ansätze und dokumentierte Beispiele gelungener Praxis diskutieren.

Diese Werte brauchen Kinder

Einen konkreten Vorschlag, wie wertbezogene Erfahrungsräume in der pädagogischen Praxis von Bildungseinrichtungen geschaffen werden können, machte der Landesbund für Vogelschutz in Bayern (LBV) mit dem Material „Leben gestalten lernen: Werte leben“. Ein roter Sammelordner enthält neben Praxisanleitungen zum spielerischen Lernen mit den Kindern auch Hintergrundinformationen und ein von Eltern verfasstes Kapitel „Erziehungspartnerschaft“.

Das umweltpädagogische Team um Klaus Hübner, den pädagogischen Leiter beim LBV, hat sich in seinem Wertekanon in langen Workshops und Diskussionen auf sieben Werte als die für den Elementarbereich wichtigsten geeinigt:

- ▷ Lebensfreude: die Grundhaltung, das Leben mit positiven Blickwinkeln zu besetzen;
- ▷ Mut: vor allem definiert als der Mut, die eigenen Grenzen zu überwinden und über sich selbst hinauszuwachsen;

- ▷ Verantwortungsbewusstsein: die Erkenntnis, dass das eigene Handeln Konsequenzen hat, um diese Macht zum eigenen und zum Wohle der anderen einzusetzen;
- ▷ Offenheit: die Bereitschaft, Neues zu lernen und dabei andere Meinungen zu respektieren und anzunehmen;
- ▷ Wir-Gefühl: Teil einer Gemeinschaft sein und mit für deren Wohl sorgen, ohne nur den eigenen Vorteil zu sehen;
- ▷ Vertrauen – in sich selbst und in andere Menschen, als Basis für Geborgenheit;
- ▷ Achtung – vor den eigenen Fähigkeiten, den Talenten der anderen, der Schöpfung, kulturellen Leistungen.

Auch für Klaus Hübner ist die Erfahrung von Werten das wichtigste Prinzip der Bildung für nachhaltige Entwicklung: „Kinder sollen lernen, vernetzt zu denken, um später solidarisch miteinander nach Lösungen für Herausforderungen wie Klimawandel, Armut und Verlust biologischer Vielfalt zu suchen.“ Erst wenn positive Werte erfahren und verinnerlicht würden, könnten Kinder ihre Fähigkeiten zum Guten für sich und andere einsetzen. Doch über all dem steht für Hübner noch die Lebensfreude, um positive Erfahrungen zu sammeln.

Auch die Wirtschaft fordert Wertevermittlung

Dass die Ausbildung von Eigenschaften und Haltungen wie Solidarität, Empathie und Sorge um die Mitwelt bereits in der frühen Kindheit reale nachhaltige Zukunftsvorsorge darstellt, wird auch von unternehmerischer Seite bestätigt. Eine Wertekommission aus Führungskräften deutscher Unternehmen legte in einer Studie dar, dass gelebte Werte ein wichtiges Führungsinstrumentarium und wichtig für eine höhere und nachhaltigere Wertschöpfung in Unternehmen sind. Der Kommissionsvorsitzende Sven Korndörffer betonte, dass Führungskräfte die entscheidenden Kompetenzen und Wertprägungen lange vor ihrer eigentlichen Karriere erfahren. Was Hänschen nicht lernt ... [Lisa Hübner]

- ▷ Umfrage: www.kurzlink.de/kinderwerte-monitor
- ▷ Tagung: www.leuchtpol.de/fachtagung
- ▷ Praxisordner: www.kurzlink.de/lbv-werteordner
- ▷ Studie: www.wertekommission.de

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU-Bundesverband auf Wachstumskurs

□ Fast 900 Mitglieder hat die Arbeitsgemeinschaft Natur und Umweltbildung, kurz ANU, bundesweit der größte Verband für Umweltbildungseinrichtungen und freiberufliche PädagogInnen. Stärkster Landesverband ist Bayern, gefolgt von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Das berichtete die Bundesvorsitzende Annette Dieckmann auf der Mitgliederversammlung im vergangenen Dezember in Potsdam.

Gestartet wurde das neue 13-monatige ANU-Projekt „Bildung für nachhaltige Entwicklung und Erneuerbare Energien“ – kurz BNEE. Es sieht vier bundesweite Veranstaltungen im kommenden Herbst vor, die Bildungs- und Fachexperten aus dem Erneuerbare-Energien-Bereich zusammenbringen sollen. Weiter stimmten die Mitglieder ein Positionspapier ab, in dem sich die ANU gegen die Laufzeitverlängerung deutscher Atomkraftwerke ausspricht.

Am 18. und 19. März werden sich im nordhessischen Licherode die ANU-Landesverbände treffen. Die diesjährige ANU-Bundestagung findet vom 21. bis 23. Oktober in Altenkirchen (Westerwald) zum Thema Ernährung statt. Außerdem ist ein großes Fest zum 21. Jubiläum der Bundes-ANU vorgesehen.

▷ www.umweltbildung.de

ANU Mecklenburg-Vorpommern: Wegweiser für außerschulische Lernorte

□ Pädagogische Einsteiger können sich unter BNE oftmals nichts vorstellen. Was Bildung für Nachhaltige Entwicklung eigentlich bedeutet und wie man diesen pädagogischen Ansatz in die eigenen Bildungsangebote integriert, erläutert eine rund 60-seitige Broschüre der ANU Mecklenburg-Vorpommern: „Nachhaltig Entdecken – der neue BNE-Wegweiser für außerschulische Lernorte in M-V“. Am Beispiel des Handys wird erläutert, wie ökologische, soziale und wirtschaft-

liche Aspekte miteinander verknüpft und die Jugendlichen in ihrer Lebenswelt abgeholt werden können. Viele praktische Tipps helfen bei der Planung, Durchführung und Nachbereitung von Lerneinheiten. Eine beigefügte Drehscheibe erläutert die schulischen Kompetenzbegriffe und schlägt eine Brücke zu Themen und Methoden. Kostenloser Bezug für Mitglieder des Landesverbandes, sonst gegen fünf Euro Schutzgebühr plus Porto.

▷ www.bneregionalkoordinatorenmv.wordpress.com/2011/01/06

Akademie Schleswig-Holstein jetzt Bildungszentrum

□ Die Akademie für Natur und Umwelt in Schleswig-Holstein heißt seit dem 1. Januar Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume. Integriert wurde der Verein Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins. Neue Leiterin des zertifizierten Bildungszentrums ist Anne Benett-Sturges, Försterin, ehemalige Leiterin des ErlebnisWaldes Trappenkamp und zuletzt Abteilungsleiterin bei den Schleswig-Holsteinischen Landesforsten. Ein Vorstand wird die grundsätzliche und thematische Ausrichtung und Schwerpunktsetzung des Bildungszentrums steuern, beraten durch ein Kuratorium. Neben dem Namen der Einrichtung ändert sich auch die E-Mail-Adresse. Der bisherige Leiter Jürgen Blucha wechselte als Referent für Umwelt und Landwirtschaft ins Hanse-Office nach Brüssel.

▷ Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume, Flintbek, Tel. +49 (0)4347 / 704-780, E-Mail: info@bnur.landsh.de, www.bnur.schleswig-holstein.de
▷ Hanse-Office, Jürgen Blucha, E-Mail: juergen.blucha@hanse-office.de, www.hanse-office.de

Leipzig streicht Umweltbildung zusammen

□ Kinder wissen immer weniger über die Natur – doch der Stadt Leipzig scheint das egal zu sein. Umweltbildung und bürgerschaftliches Engagement im Umweltschutz haben für die Stadtverwaltung

offensichtlich keine Bedeutung mehr: Im Jahresetat 2011 wurde der Bereich radikal zusammengestrichen. Dem Stadtgarten Connewitz droht nun nach über 15 Jahren erfolgreicher Arbeit das Aus. Letztes Jahr besuchten 60 Schulklassen und Kindergartengruppen den ehemaligen Schulgarten. Fast 3.000 Gäste nahmen an den rund 100 Veranstaltungen teil. Doch gerade noch schlappe 5.500 Euro ist der Stadt diese Bildungs- und Beratungsarbeit wert – während der Trägerverein, der lokale Umweltverband Ökolöwe, fast die zehnfache Summe beisteuert. Weitere Kürzungen treffen die Auwaldstation in Lützschna und den Fördertopf für die Arbeit aller Leipziger Umweltvereine.

▷ www.oekoloewe.de

Thüringen zentralisiert Bildungsarbeit

□ In Thüringen arbeiteten bislang vier regionale Nachhaltigkeitszentren. Sie bieten Initiativen und Akteure dezentral und leisteten Bildungsarbeit. Ab diesem Jahr gibt es nur noch eine zentrale Einrichtung für ganz Thüringen, die vom Land für 2011 und 2012 mit insgesamt 550.000 Euro gefördert wird. Den Zuschlag erhielt das bisherige Nachhaltigkeitszentrum Mittelhüringen der IG Stadtökologie Arnstadt, das neue Räume beziehen und in engem Austausch mit der Landesregierung, der Wirtschaft, der Koordinationsstelle zur Umsetzung der UN-Dekade BNE und dem Beirat für Nachhaltige Entwicklung arbeiten soll.

▷ www.stadtoekologie-arnstadt.de

SCHWERPUNKT: GLOBALES LERNEN

Jahrbuch Globales Lernen 2010

□ Die im Jahrbuch Globales Lernen 2010 zusammengestellten Fachbeiträge beleuchten das Globale Lernen als Herausforderung für Schule und Zivilgesellschaft. Neben Aufsätzen zur konzeptionellen Weiterentwicklung dieses Bildungsberei-

ches wird der aktuelle Stand in den 16 Bundesländern und in der Schweiz dargestellt. Vorgestellt werden zahlreiche Projekte für Schule, berufliche Bildung und Weiterbildung sowie außerschulische Lernorte. Kostenloser Download im Internet.

▷ www.venro.org/globaleslernen.html

Links for a better world

□ Wer sich in der Entwicklungszusammenarbeit engagieren möchte, braucht aktuelle Informationen. Das Internet beschert jedoch oftmals eine Informationsflut, die mehr verwirrt als hilfreich ist. Abhilfe schaffen will eine kleine Broschüre der Internationalen Weiterbildungsorganisation InWent. Der Internet-Guide führt ausgewählte Webseiten in deutscher und englischer Sprache auf und bietet Themen von Armutsbekämpfung über Bildung und Blogs bis Zivilgesellschaft. InWent fusionierte zum Jahreswechsel mit den staatlichen Entwicklungsdiensten DED und GTZ zur Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).

▷ www.inwent.org

▷ Broschüre: www.kurzlink.de/better-world.pdf

Mit GPS durch Teutoburger Wald und Oman

□ Seit 2007 kann man mithilfe einer Software und des Satellitennavigationssystems GPS Natur und Kultur im Naturpark Teutoburger Wald/Eggegebirge entdecken. Eine digitale Naturparkkarte vermittelt auf verschiedenen GPS-Erlebnispfaden Informationen über Klima, Geologie, Natur und Geschichte – vorausgesetzt man verfügt über Taschencomputer, PDA oder Mobiltelefon. Nun hat der Kreis Ostwestfalen-Lippe eine Kooperation zwischen dem Eggegebirge und dem 5.300 Kilometer entfernten Geopark Maskat im Sultanat Oman geschlossen, um Tourismus und Bildung zu verknüpfen. Unterzeichnet wurde auch eine gemeinsame Bewerbung um die Anerkennung als offizielles Projekt der UN-Dekade BNE.

▷ www.world-habitat-society.org/whs

Unterrichtsmaterial:

„Hunger durch Wohlstand?“

□ Die Folgen von Biosprit, Fleischkonsum und Klimawandel für die Welternährung verdeutlicht Heft 2 der „Hamburger Unterrichtsmodelle zum KMK-Orientierungsrahmen Globale Entwicklung“. „Hunger durch Wohlstand?“ heißt die 48-seitige Broschüre, die neben vielen Hintergrundinformationen praktische Arbeitshilfen bietet, darunter Lehrerbegleitmaterial, Planungsskizzen, Bewertungsbögen auch zur Selbsteinschätzung und 18 Arbeitsblätter. Interessant ist auch Heft 1 der Reihe mit dem Titel „Didaktisches Konzept“. Die hier vermittelten Grundlagen, darunter Bildungsziele, Kernkompetenzen, Lernmethoden und Medieneinsatz, sind auch auf die Umweltpädagogik übertragbar. Kostenloser Download im Internet.

▷ www.li-hamburg.de/publikationen
(Stichwortsuche: Globales Lernen)

Energiesparen für Schulpartner im Süden

□ Der Infodienst umweltbildung.ch berichtet in seiner Ausgabe 2/2010 über das Projekt „Robin des Watts“. Dabei stellt eine Schule des globalen Nordens einer Gemeinde des Südens die durch Energiesparmaßnahmen in Form von „Watts“ erzielten finanziellen Mittel für ein Projekt zur Verbesserung der Lebensbedingungen zur Verfügung. Dies macht die Zusammenarbeit verschiedener Partner aus Schule, Verwaltung und Technik nötig. Dank des Engagements von rund zehn Schulhäusern in Genf erhielten in den beiden vergangenen Jahren sechs Schulen in Benin und Peru Zugang zu Solarenergie.

▷ www.umweltbildung.ch/fokus/ub-info-archiv.asp

Öko-Ranking der japanischen Universitäten

□ Für eine Studie wurden vor einem Jahr in Japan 334 staatliche und private Hochschulen nach CO₂- und Energieeinsparung, aktiven Umweltmaßnahmen und Umweltbildung befragt. Das Ergebnis zeigt, dass rund 80 Prozent der Einrichtungen Energiesparlampen verwenden,

40 Prozent regenerative Energien nutzen und knapp 20 Prozent Umweltbildungskurse vorschreiben. Sieger wurde die Iwate-Universität in Morioka im Norden der Hauptinsel Honshu.

▷ www.japanfs.org/en/pages/029638.html

Rundbrief Bildungsauftrag Nord-Süd

□ Dreimal im Jahr erscheint auf acht Seiten der wichtigste Informationsdienst für das Globale Lernen. Im Mittelpunkt der Dezember-Ausgabe 2010 steht die UN-Dekade BNE mit dem Jahresthema Stadt. Neben Hinweisen zu Ausstellungen, Materialien, Links und Wettbewerben enthalten die Ausgaben stets auch einen Blick auf die Aktivitäten in den Bundesländern. Herausgeber ist der World University Service.

▷ www.wusgermany.de/?101

ANU-Übersicht der BNE-Medien

□ Rund 40 Einträge verzeichnet die Übersicht der Medien und Informationsdienste aus den Bereichen Globales Lernen sowie Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung, die die ANU auf ihrer Internetseite zusammengetragen hat.

▷ www.umweltbildung.de/5500.html

NEUE MATERIALIEN

Nachhaltigkeit – eine Utopie?

□ Die aktuelle Ausgabe 4/10 der Zeitschrift *umwelt & bildung* zieht einen interessanten Vergleich zwischen BNE und dem klassischen Erziehungsroman „Émile“ von Jean-Jacques Rousseau: Romanheld Émile wächst in der unverdorbenen „pädagogischen Provinz“ auf. So gesehen müsse die Schule als ein „Schonraum“ gedacht werden, wo Menschen lernen, sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen. Weitere Beiträge behandeln Utopien, den Film „Alamar“, Schafe und Window Shopping.

▷ www.umweltbildung.at (Publikationen)

Strategiespiel: Biodiversa

□ Wieso ist eine große Artenvielfalt wichtig für den landwirtschaftlichen Ertrag? Wie helfen uns Schutzgebiete bei Überschwemmungen? Was sind die Gefahren einer Monokultur? Beim Strategiespiel Biodiversa vom WWF Schweiz können Jugendliche ab zwölf Jahren die Wirkungsweise der Biodiversität selbst entdecken. Bis zu 30 Personen können mitmachen. Neben strategischem Denken ist auch viel Bewegung und Action mit im Spiel.

- ▷ www.wwf.ch/de/tun/aktivwerden/bildung/schule/schulbesuche/biodiversa.cfm

DVD: Kinder fairändern die Welt

□ Die neue DVD „Kinder fairändern die Welt“ dokumentiert den Kindergipfel 2010. Ein Kamerateam begleitete die Veranstaltung in Marburg und interviewte TeilnehmerInnen. Es entstand ein rund 20-minütiger Dokumentarfilm, der den Ablauf des Kindergipfels nachzeichnet und die Atmosphäre der Diskussionen und Aktionen einfängt. Die DVD kann gegen eine Schutzgebühr von 1,50 Euro je Exemplar plus Versandkosten angefordert werden.

- ▷ www.naturfreundejugend.de

Broschüre: Bildung für Nachhaltige Entwicklung

□ Von 2005 bis heute wurden in Deutschland über 1.000 Projekte von der Deutschen Unesco-Kommission ausgezeichnet. Darunter sind auch rund 160 von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) geförderte Vorhaben. 25 davon werden in der 64-seitigen Broschüre „Bildung für Nachhaltige Entwicklung – Beispiele zur UN-Dekade aus der Förderpraxis der DBU“ vorgestellt. Sie sind gemäß den Schlüsselthemen der UN-Dekade gegliedert in „Biodiversität und Naturschutz“, „Klima- und Ressourcenschutz“, „Umwelt und Entwicklung“, „Nachhaltiger Konsum, Wirtschaft und Beruf“ sowie „Wettbewerbe und Mitmachaktionen“.

- ▷ www.dbu.de/123artikel30900_335.html

Unterrichtseinheit „Klimaschutz und Wohnen“

□ Der Deutsche Mieterbund hat eine Broschüre und DVD zum Klimaschutz für die 5. und 6. Klasse herausgegeben. Sie informiert über die Ursachen des Klimawandels, enthält Forscheraufträge zur Suche von vorhandenen Energieverbrauchern in der Wohnung und bietet Tipps, Spiele und Materialien zum Energiesparen. Kostenloser Download.

- ▷ www.mieterbund.de/schulpakete.html

Mein Handy hat 'nen Vogel

□ Möchten Sie wissen, wie die Nachtigall singt, der Rothirsch röhrt, der Mittelspecht trommelt oder der Wolf heult? Auf den Internetseiten der Edition Ample gibt es neben vielen Audio-CDs mit Vogel- und Tierstimmen sowie anderen Naturgeräuschen jetzt auch Downloads und kostenlose Hörproben.

- ▷ www.tierstimmen.de

UMWELTBILDUNGS-TERMINKALENDER

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter www.umweltbildung.de. Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

08.02., Hausen/Thüringen (D)

Naturpädagogik. Kolloquium

- ▷ www.dekade-thueringen.de/Aktuell

09.02., Flintbek bei Kiel (D)

Vorbereitungsworkshop für die BNE-Aktionstage 2011 zum Thema „Stadt“

- ▷ www.bnur.schleswig-holstein.de

17.–18.02., Freising/Oberbayern (D)

Objekt der Sehnsucht, Ort der Bewährung, Schauplatz der Selbstinszenierung. Bedeutungen von Natur und Landschaft in der heutigen Freizeitgestaltung

- ▷ www.anl.bayern.de

18.02., Hemer/Sauerland (D)

Felsen über und unter Tage. Treffen des Arbeitskreises Umweltpädagogik Westfalen

- ▷ Susanne Stahlschmidt, Tel. +49 (0)234 / 9048562, E-Mail: s.stahlschmidt@versanet.de

18.–20.02., Ammersbek bei Hamburg (D)

BNE spielerisch gestalten. Seminar

- ▷ www.kurzlink.de/bne-spielerisch.pdf

22.–26.02., Stuttgart (D)

Didacta. Die Bildungsmesse 2011

- ▷ www.didacta-hannover.de

24.–25.02., Burg/Spreewald (D)

Kommunikation, Moderation und Präsentation.

Weiterbildungsmodul der ANU Brandenburg

- ▷ www.spreescouts.de/anu-weiterbildung

26.02., Bonn (D)

Kindergarten im Wald. Unverbindlicher „Schnupper-Workshop“ zum Lehrgang

- ▷ www.wilabonn.de

01.–02.03., Bad Herrenalb/Schwarzwald (D)

VisionQuest – ein Schwellenritual für Jugendliche? Eine erlebnispädagogische Perspektive in der Jugendbildung

- ▷ www.ev-akademie-baden.de

16.03., Bergisch Gladbach (D)

Unterrichtseinheiten zum Ressourcenschutz am Beispiel „Papier“. Fortbildung

- ▷ www.nua.nrw.de

17.–18.03., Lüneburg (D)

Schulen auf neuen Wegen durch die Biosphäre. BNE mit digitalen Medien

- ▷ www.schubz.org

Impressum ökopädNEWS

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Jürgen Forkel-Schubert (verantwortlich),

jfs@oekopaednews.de;

Birgit Paulsen, Webmaster, netzwerk@anu.de

ANU-Bundesverband Deutschland e. V.,

Robert-Mayer-Str. 48–50, D-60486 Frankfurt/M.,

Tel. +49 (0)69 / 310192-41, Fax -29,

bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de